

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 11. Juni 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,90 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Wochensommer-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr

Beitrag für die schlagfertige Kolonne: je 1000 Zeichen 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Nach 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Militaristische Aderlässe!

Unser Militarismus, der jährlich mehr als 1 1/2 Milliarden verschlingt, bekundet wieder einmal Appetit. Eine Zeitlang war unser Landmilitarismus durch seinen rasch emporgewachsenen Bruder, den Marinismus, zwar nicht ins Hintertreffen gedrängt, aber doch an der Geltendmachung besonders dreister Ansprüche behindert worden. Das Wachstum unseres Wasser militarismus wird auch in der nächsten Zeit keineswegs ins Stocken geraten. Denn da vom Jahre 1913 ab nach dem jetzt geltenden Flottenbauprogramm jährlich nur noch zwei große Schiffe gebaut werden sollen, wird sich bald genug die neue Marine vorläge einstellen, die den „notleidenden“ Werftstationären, Panzerplatten- und Kanonenfabrikanten und sonstigen „Patrioten“ wieder aus der Verlegenheit hilft.

Aber gerade weil unser Landmilitarismus diese Situation vorausieht, hält er es an der Zeit, nun endlich wieder auch einmal seinen Wünschen mit gesteigertem Nachdruck Geltung zu verschaffen. Er will nicht länger stiefmütterlich behandelt sein, sondern auch für sich eine nette Summe von Millionen heraus schlagen.

Unsere Militaristen haben nun zu dem Zwecke folgende Gesichts eingepudelt: In den „Hamburger Nachrichten“, der „Magdeburger Zeitung“ und anderen chauvinistischen Blättern wurde ein Artikel verbreitet, der den Titel trug: „Eine ernste Frage“. In diesem Artikel wurde behauptet, es sei feststehende Tatsache, daß die deutsche Regierung nach Ablauf des Quinquennates nur mit verschwindenden Forderungen für das Heer an den Reichstag herantreten werde. Reichskanzler, Reichssekretär und Kriegsminister hätten sich über diese verheerende Absicht, das Volk mit neuen militaristischen Lasten nach Möglichkeit zu verschonen, vor seinem Amtsantritt verständigt. So, die „Hamburger Nachrichten“ jagten dem Reichskanzler sogar die für diesen Philosophen überragend vernünftige Handlung nach, daß er bereits bei Übernahme der Geschäfte die Bedingung gestellt habe, es dürfe nach Ablauf des Quinquennates keine größere Heeresforderung kommen!

Nationalliberale und freikonservative Militaristen und Chauvinisten suchten dergestalt die Regierung zu einer Erklärung für ein intensiveres Rüsten zu provozieren. Und die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ sekundierte dabei den „Mittel-Parteien“. Der Graf Reventlow, aus dessen Feder möglicherweise auch die Artikel in der „Magdeburger Zeitung“ und den „Hamb. Nachrichten“ stammen, verbreitet sich in der Morgennummer des Bündlerblattes vom Donnerstag an leitender Stelle sehr ausführlich über die „ernste Frage“, ob denn wirklich dem deutschen Volke der bittere Reich neuer anspruchsvoller Forderungen für den Landmilitarismus erspart werden solle. Graf Reventlow erklärt zwar, wenn „ein so ernsthaftes und allen Sensationen abgeneigtes Blatt wie die „Hamburger Nachrichten“ derartiges ausspreche“, so verdiene das Beachtung; allein er stellt sich dann so, als ob er denn doch die Regierung gegen dergleichen ehrenrührige Verdächtigungen in Schutz nehmen müsse. Der Kriegsminister von Einem habe im Frühjahr 1909 erklärt, daß die Forderung der Heeresverwaltung nach Ablauf des Quinquennates zwar keine Erweiterung des jetzigen organisatorischen Rahmens der Armee enthalten würde, wohl aber die Ausfüllung einer Reihe von Lücken innerhalb dieses Rahmens. Es sei nun mit Sicherheit anzunehmen, daß auch der jetzige Kriegsminister grundsätzlich auf dem damals von seinem Vorgänger klar ausgesprochenen Standpunkt stehe. Sei das der Fall, so brauche man eine unangebrachte und in ihren Folgen sicher „höchst bedenkliche Sparbarkeit“ nicht zu befürchten. Denn die Beschränkung auf Ausfüllung der Lücken innerhalb der Organisation würde „an und für sich keineswegs verschwindende Forderungen bedeuten, da die Lücken groß und mannigfaltig“ seien. Und nun gibt Graf Reventlow einige Kostproben der von ihm empfohlenen Speisefarte: In einer ganzen Reihe von Regimentern fehlen noch Bataillone; der Artillerie fehlen Mannschaften und Bespannung; es fehlen Kavallerie divisionen; es fehlen endlich Pionierbataillone! Die Ausfüllung dieser Lücken, so versichert unser militaristischer Einpeitscher, werde in militaristischen Kreisen für dringend gehalten!

Aber es sei auch einem deutschen Reichskanzler und einem preussischen General und Kriegsminister unmöglich zuzutragen, daß sie der Sparbarkeit jemals nachgebenden Einfluß auf ihre Stellung gegenüber militaristischen Notwendigkeiten einräumen könnten. Solche Sparpolitik habe man früher einmal in der Marine getrieben, aber das sei doch gottlos ein längst überwundener Standpunkt! Nebenbei sei noch erwähnt, daß der militaristische Sachverständige des Bündlerblattes auch für vermehrte und verlängerte Übungen der aus dem Einjährigentraine hervorgehenden Reserveoffiziere eintritt und den „großen volkerzieherischen Wert einer Erhöhung der Präsenzstärke“ herausstreicht!

Das Auffallende nun ist, daß es nur des Gemeinkleins der „Hamburger Nachrichten“ und des Auf-den-Dusch-Kloppens des agrarischen

Blattes bedurfte, um die Regierung unseres ängstlichen Herrn v. Bethmann Hollweg sofort zu einer offiziellen Erklärung herauszulocken. Eine hochoffizielle Notiz an der Spitze der „Nordd. Allgemeinen Ztg.“ erklärt ausdrücklich, daß die Behauptung „eines Hamburger Blattes“, daß der gegenwärtige Reichskanzler bei seiner Uebernahme der Geschäfte sich Sparbarkeit ausbedungen habe, vollständig unrichtig sei. Dann heißt es wörtlich:

„Wir wollen feststellen, daß alle diese Angaben mit Einschluß der angeblich vom Reichskanzler verlangten Sparbarkeitsvollmacht auf reiner Erfindung beruhen. Hinsichtlich der kommenden Neuforderungen für das Heer ist nichts zu vertuschen. Sie werden für das nächste Quinquennat in voller Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und den militärischen Stellen ganz im Sinne der hierüber früher schon gegebenen Erklärungen aufgestellt und werden nichts vermissen lassen, was nach dem Urteil der kompetenten Behörden im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres notwendig ist.“

Unsere Chauvinisten und Militaristen haben also beim ersten Anlauf ihren Willen durchgesetzt. Sie haben nunmehr schwarz auf weiß die Erklärung der Regierung, daß sie sich keineswegs zur Sparbarkeit verpflichtet fühle, sondern nach dem „Urteil der kompetenten Behörden“ die angebliche militaristische Notwendigkeit über alle Finanzbedenken stellen wolle!

Daß sich aber die Ansichten über das im militaristischen Sinne Notwendige so ziemlich mit dem des Artikelfreiers der „Deutschen Tageszeitung“ decken werden, unterliegt kaum einem Zweifel! Wir dürfen also eine Militärvorlage erwarten, die unseren Hurratrioten das Herz im Leibe lachen und unseren Steuerzahler die Augen übergehen wird!

Und solche Neuforderungen wagt man anzukündigen in einer Zeit, wo selbst der krankhafte Argwohn eines Chauvinisten nirgends Befahren zu entdecken vermag, wo Wilhelm II. unlängst erst dem Gedanken eines europäischen Völkerbundes Ausdruck geben konnte! Frankreichs Rüstungen, die auch zur See von Deutschland bereits überflügelt sind, können selbst nach Ansicht des Grafen Reventlow für Deutschland deshalb nicht im geringsten als Drohung erscheinen, da ja die deutsche Nation die französische an Bevölkerungszahl um 50 Proz. übertrifft! Ebenso muß Rußland ausscheiden, dessen innere Verhältnisse so wenig geeignet sind, daß jeder neue Krieg nur den neuen Ausbruch der Revolution hervorrufen würde. Bei einer einigermaßen vernünftigen Politik wäre also für eine absehbare Zeit jede Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung für Deutschland ausgeschlossen! Trotzdem aber will man weiter rüsten, weil das den Herren Militaristen von Fach, für die der Militarismus eben nur Selbstzweck ist und die sich den Teufel um Finanznöte, Steuerdruck und Volksausplünderung kümmern, wünschenswert erscheint!

Es wird schon jeht an der Zeit sein, den Treiberen fanatischer Samaschenköpfe und chauvinistischer Deutepolitiker durch nicht minder entschiedene Kundgebung des Willens der eigentlichen Nation energisch entgegenzutreten!

Neue Forderungen für den Wasser militarismus?

Man schreibt uns aus Kiel: In der schleswig-holsteinischen Provinzpresse taucht die Nachricht auf, daß mehrere der der Westküste Schlesiens vorgelagerten Nordseeinseln besetzt werden sollen, um als Luftstützpunkt, Probiant- und Magazinstapelplatz für die deutsche Marine zu dienen. So ganz neu sind diese Pläne ja nicht, sie wurden schon vor mehreren Jahren laut, als der Chauvinismus gegen England ganz besonders ins Kraut geschossen war und die chauvinistische Presse die Gefahren einer Landung englischer Truppen an der schleswig-holsteinischen oder jütischen Küste an die Wand malte.

Diesmal scheint das Gerücht von der Absicht einer Besetzung verschiedener Nordseeinseln jedoch eine realere Unterlage zu haben, die die Militär- und Marineverwaltung selbst geliefert hat. Wie jeht bekannt wird, haben nämlich Ende Mai auf der Insel Sylt ganz im geheimen Kriegsspiele stattgefunden, die die Frage, ob eine feindliche Landung möglich sei, entscheiden sollten. Die Insel wurde in ihrer ganzen Länge von mehreren tausend Soldaten — Infanterie, Artillerie, Pioniere, Kavallerie — besetzt. Wie bei dieser Übung das Geld der Steuerzahler geradezu verpulvert worden ist, geht daraus hervor, daß nicht das nächstgarnisonierende Artillerieregiment herangezogen wurde, sondern das Garde-Fußartillerieregiment aus Spandau, das samt Geschützen mit der Wahn bis Hoyerhede und von da mit einem Dampfer nach der Insel übergeführt wurde. Das schönste aber ist, daß der von Marinetruppen verführte Landungsversuch gelang, trotzdem die Insel militärisch vollständig besetzt war, gelang, trotzdem der Sonnenmond hell und freundlich auf den weißen Dünensand bei Zisthien — dem nördlichen Teile der Insel, wo die Verteidiger der Insel vollständig überrascht wurden und im Ernstfalle alle hätten dran glauben müssen. Zweifellos meinen jedoch, der Ausgang des Landungsmanövers sei von vornherein so geplant gewesen, um die Notwendigkeit der Besetzung zu beweisen.

Die Insel Sylt mit ihren hohen Sanddünen zu besetzen, wird natürlich einen ordentlichen Beutel Geld kosten. Und dabei wird es nicht bleiben. Der nördliche Teil Sylts besitzt noch an geschützter Stelle einen alten Hafen, den Königshafen, der jetzt allerdings verlandet ist, in früheren Jahrhunderten aber ein sehr reichlicher Hafen gewesen sein soll. Die Marineverwaltung wird

schon längst ihr Augenmerk darauf geworfen haben, um hier eine Marinestation zu gründen. Wie die Marine allmählich an der Ostküste von Kiel nach Sonderburg und Flensburg hinaufgekrochen ist, wird sie es allmählich auch an der Nordsee Küste von Wilhelmshafen nach den nordfriesischen Inseln machen. Einige hundert Millionen Mark neuer Steuern spielen ja in Deutschland keine Rolle.

Die Wahl in Pommern.

Ein neuer stolzer Erfolg der Sozialdemokratie. Der Stimmenzuwachs, den sie in Uckermark und Uckermark-Wollin erzielte, ist noch größer als der in Jauer-Landeshagen-Vollenhain war, und er hebt sich noch stärker als dort vom Gesamtresultat ab, weil die Sozialdemokratie in diesem vorpommerschen Wahlkreise die einzige Partei ist, die Fortschritt und Wachstum aufzuweisen hat. Sie erzielte 1674 Stimmen mehr, während die beiden bürgerlichen Parteien, die mit ihr rangen, erheblichen Rückgang zu beklagen haben — die Freisinnigen büßten gegen 1907 nicht weniger als 2054, die Konservativen noch etwas mehr, nämlich 2091 Stimmen ein. Auf hartem Boden ist unser Erfolg erklämpft. Der Wahlkreis hat überwiegend ländliche Struktur und nicht nur in den Mittel- und Kleinstädten und Wabeorten, auch in den Dörfern ist, wie nähere Meldungen zeigen, das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu verzeichnen. Die Reichsfinanzreform und die Wahlrechtsvorlage haben Aufklärungsarbeit auch auf dem platten Lande geleistet, von der die Väter dieser Wechselbälge sich nichts träumen ließen. Und schließlich hat auch noch die Erhöhung der Zivilliste nachgeholfen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, dem dumpfen Groll, den die Steuerpländerung, die Rechtsverweigerung und die Lohnherabsetzung der Krone in der Brust der Proletarier und kleinen Leute geweckt hat, Ziel und Richtung zu geben, das Murren in Handeln umzuwandeln. Die Genossen an der Obermündung haben, wie das Ergebnis des 9. Juni zeigt, diese Aufgabe gut erfüllt.

Alle großen Wähler haben sie allerdings noch nicht dazu bringen können, das bürgerliche Lager zu verlassen und den Stimmzettel der Sozialdemokratie abzugeben. An 2900 Wähler haben weniger abgestimmt, als im Jahre 1907. Sie haben zu beiden bürgerlichen Parteien, zu Konservativen wie Fortschrittlichen kein Vertrauen mehr. Für die Sozialdemokratie waren sie nicht, zum Teil wohl noch nicht zu haben. Ihre Stimmhaltung zeigt aber ebenso deutlich wie der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie, wie sehr der Kredit der bürgerlichen Parteien gelitten hat.

Nicht bloß der der Konservativen, nicht bloß der jener Parteien, die für die politischen Sünden der letzten Zeit direkt verantwortlich sind. Auch der Kredit der Liberalen. Die fortschrittliche Presse tut so, als müsse sie nach besonderen örtlichen Ursachen des fortschrittlichen Stimmenrückgangs suchen, und als habe sie die in der mangelhaften Organisation der Freisinnigen Vereinigung gefunden. Aber die Organisation dieser Partei war 1907, da sie in die Stichwahl gelangte, früher nicht besser als jeht. Außerdem ist diese Erscheinung, daß die Stimmen der Liberalen zurückgehen, durchaus keine vereinzelte, auf diesen pommerschen Wahlkreis beschränkte. Sie war bei zahlreichen Nachwahlen zu bemerken, und die Resultate von Syd-Diesko-Johannisburg und Jauer-Landeshagen-Vollenhain waren Ausnahmen, für die die besonderen Gründe zu suchen sind und zum Teil, wie für den ostpreussischen Wahlkreis, auch längst bekannt genug sind. Die Wahl an der Obermündung bestätigt nur die Erfahrung anderer, früherer Nachwahlen, daß die Wählerschaft die Liberalen, die bereit waren, die Reichsfinanzreform mit vier Fünfteln indirekter Steuern zu machen, für nicht viel besser tagiert, als die Parteien des blauschwarzen Blocks, die die Steuerpländerung schließlich ausgeführt haben. Der Fortschritt kann aus dem Wahlergebnis lernen, daß ihm die Halbheit gefährlich wird, daß er entscheiden muß, ob er rechts oder links gehen will. Der Mittelweg muß ihm nichts!

Winnen kurzem wird er vor den praktischen Fall gestellt sein. Die Stichwahl ruft ihn zur Entscheidung. Hier wird er zu zeigen haben, ob es ihm ernst ist mit dem Kampfe gegen den blauschwarzen Block oder ob die neugeeinte fortschrittliche Volkspartei bei der kläglichen Tradition des Freistums bleiben will, wonach in der Mehrzahl der Fälle die liberalen Wähler die Kandidaten der Reaktion herausheben. Wird die Leitung der neuen Partei eine Karole ausgeben, wird sie die Wähler auffordern, gegen die Junker zu stimmen? Sie wird sich nicht verhehlen dürfen, daß die Bedeutung ihrer Haltung in diesem Falle weit über den Moment hinausreicht, daß ihre Entschiedenheit ein Signal sein wird für die Gruppierung der Parteien bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1911. Die Sozialdemokratie hat das stärkste Interesse an der Verschmetterung des blauschwarzen Blocks und sie wird alle Parteien nach ihrer Stellung zu diesem Gebilde beurteilen und werten!

Natürlich werden die Genossen des Wahlkreises sich nicht auf die eventuelle Wahlhilfe des Fortschritts verlassen. Sie haben nach dem Erfolg der Hauptwahl die besten Ansichten, in der Stichwahl einen Sieg aus eigener Kraft zu erkämpfen und sie werden alles daran setzen, noch vor der großen Abrechnung von 1911 wieder einen pommerschen Wahlkreis zu erobern. Der Erfolg des ersten Ganges muß im zweiten zum vollen Siege vervollständigt werden.

Die Stimmen der bürgerlichen Presse zeigen die allgemeine Spannung, mit der die Wahlparole der fortschrittlichen Volkspartei erwartet wird. Das „Berl. Tageblatt“ und die „Berl. Volkszeitung“ fordern entschieden die Entscheidung gegen die Konservativen, die „Vossische Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“ sagen noch

nichts — nach alter, schlechter freisinnig-bolschewistischer Tradition. Doch bringt die „Vossin“ eine Korrespondenz aus Pafewitz, worin es zum Schluss heißt:

Wie das Stichwahlergebnis ausfallen wird, ist schwer zu sagen. Das eine steht allerdings fest, daß die Erbitterung der Freisinnigen gegen die Konserverativen wegen der Art der Verbeugung, vor allem des Herrn v. Bismarck, sehr stark und tiefgehend ist.

Die konservative Presse überreicht die Rechnung für Januar-Bundesrat-Vollversammlung und spart nicht an Drohungen. Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt:

„Der Freisinn wird hier in der unabweisbarsten Weise vor die Frage gestellt, ob er sich noch als bürgerliche Partei oder ob er sich nur als Schrittmacher der Sozialdemokratie fühlt und betätigen will. Wir glauben ruhig sagen zu können, daß der Freisinn hier am Scheidewege steht. Er hat zu wählen, ob er bei den Stichwahlen an der Gemeinbürgerschaft der bürgerlichen Parteien festhalten oder offen zur Sozialdemokratie übergehen will. Wir sehen dieser Entscheidung mit Besorgnis entgegen, aber wir glauben, daß sie von großer, vielleicht grundlegender Bedeutung für die Gesamtentwicklung unserer Parteiverhältnisse in absehbarer Zeit sein wird.“

Und die „Kreuzzeitung“ sagt mit anderen Worten dasselbe, wenn sie schreibt:

„Der Ausfall der hessischen Stichwahl dürfte auf das weitere Verhalten der konservativen Wähler bei künftigen Entscheidungen zwischen Fortschritt- und Sozialistenkandidaten von bedeutendem Einfluß sein.“

Nicht minder scharf stellt auf der anderen Seite die „Berliner Volkszeitung“ die Frage. Sie schreibt:

Von der Stellungnahme der Fortschrittlichen Volkspartei in dieser Stichwahl wird bei den nächsten Wahlen für die Partei sehr viel, wenn nicht alles abhängen. Gibt sie diesmal — es ist dies eine Feuerprobe von eminenter Bedeutung — unzulänglich zu erkennen, daß ihr alles daran liegt, den schwarzen blauen Block im Reichstage zu zertrümmern, dann wird ihr bei den nächsten allgemeinen Wahlen das Vertrauen der weitesten liberalen Kreise sicher sein. Macht sie sich aber trotz aller ihrer Nebenarten von der Gemeinbürgerschaft des Junktums bei dieser Stichwahl zur Eideshelferin der Reaktion, verflucht sie abermals einem Junker zu einem Reichstagsmandat, dann wird man überall im Lande ihre Kräfte gegen die Reaktion für hohle Redensarten halten. Dann wird man wissen, daß auch bei den allgemeinen Wahlen die Fortschrittliche Volkspartei nur für das erste Rennen die liberalen Farben heraufsticht, für den Entscheidungslampf in der Stichwahl aber dem Junktum Frondienste leistet. Die Folgen davon können und werden für die Partei vernichtend sein. Die Sozialdemokratie kann die Entscheidung des Fortschritts in Ruhe abwarten. Es ist nicht ihr Schicksal, das entschieden wird!

Die Politik des Gemeinplatzes.

Paris, 9. Juni. (Eig. Ber.) Die Programmpunkte der Regierungserklärung, die heute in beiden Kammern verlesen worden ist, sind schon vorher bekanntgemacht worden. So konnte sich das Interesse nur auf ihre Einarbeitung richten, in der Briand seine allgemeinen politischen Grundzüge und sein Verhältnis zu den Parlamentarierpartien darzulegen Gelegenheit hatte. Hier aber hat sich die Unzulänglichkeit dieses Ministers, die sich immer verrät, wenn es gilt, nicht virtuos, sondern in einer kompromittierenden Deutlichkeit gezeigt. Wüßte man nicht, daß Briand so etwas wie eine Parteizugehörigkeit hat, aus seiner Erklärung wäre unmöglich zu entnehmen, ob er ein Radikaler, ein Demokrat oder auch ein Liberaler ist. Sie ist ein Abhub der Phrasen, die allen bürgerlichen Regierungsprogrammen gemeinsam sind, ohne eine interessante, persönliche Note: „Regime der Gerechtigkeit und Freiheit in den Grenzen des Gesetzes.“ „Ausübung der Autorität der Exekutivgewalt, ohne Schwächung durch mißbräuchliche Einflüsse, die eine Konfusion der Gewalten hervorgerufen, die Geister verwirren, den Keim der Disziplinlosigkeit in den Reihen der Staatsbeamten säen.“ „Die Arbeiter werden konstatieren, wie sehr ihre eigenen Interessen mit denen der Nation solidarisch sind. Sie werden die soziale Idee der Ordnung erfassen.“ „Die erste Pflicht einer Regierung ist, die Ordnung gegen jeden Versuch der Gewalttätigkeit zu schützen.“ „Die materielle Macht der Republik ist die sicherste Bürgschaft ihrer Unabhängigkeit und Würde.“ usw.

Wenn diese unglücklich triviale Erklärung die Wirkung haben muß, das rasch sinkende politische Ansehen des Glückpilses Briand noch weiter herabzumindern, so ist ihre unmittelbare Folge eine Steigerung der parlamentarischen Vertreibung. Briand hat zwar von der Notwendigkeit einer festen, dauerhaften Majorität gesprochen, aber die Rede selbst, mit ihren zweideutigen Verbeugungen nach allen Seiten, hat die Aussichten auf die Bildung einer solchen Mehrheit noch verringert. In der Kammer fand sie zumeist im Zentrum und stellenweise auch auf der Rechten Beifall, so bei der Stelle über die Einkommensteuer, die von jeder Inquisition frei sein soll. Manche ihrer Wendungen verstimmten die Radikalen geradezu und nur die antiklerikale Reier zum Schluss entlockte der Linken einigen Applaus. Im Senat aber fiel die Erklärung, die dort vom Justizminister Parthou verlesen wurde, glatt ab und rief nur höhnisches Gelächter hervor. Diese Situation ist unlegbar für die dringendsten aller Gesetzesaufgaben, die Wahlreform, sehr gefährlich, denn sie gibt deren mehr oder minder offenen Feinden Gelegenheit zu allerhand Intrigen. Und Briands Erklärungen über das Wahlrecht leisten ihnen selbst Vorwand. Briand will von einer eigentlichen Verhältniswahl nichts wissen. Sie gilt ihm als „destruktiv“ und würde „auf den Wegen der Anarchie die Republik dem Untergang entgegenführen“. Was er bietet, ist die Listenwahl, mit einem Schutz der Minoritäten vor völliger Ausschließung. Die Scharfe, womit gerade diese Stelle formuliert ist, läßt ihm ein Zurückgehen in diesem Punkt nicht mehr frei.

Die Lage ist nun so, daß sich an 320 Deputierte als Anhänger des Proporzsystems gemeldet haben. Sicher sind recht viele von ihnen gar unsichere Kantontisten, aber eine Regierung mit starker Initiative, die sich an die Spitze der Reformbewegung stellt, könnte diese an allen Fallgruben vorbei rasch zum Sieg führen. Nun aber ist es gerade die Regierung, die sich der Strömung widersetzt oder sie vielmehr in ein anderes Bett leiten will. Briand appelliert an eine Majorität, aber die einzige, die sich in diesem gerüttelten Parlament findet — die für die Wahlreform — stört er in ihrem Werk. Wenn sie gleichwohl, eben der Befehlshaltung der Reform zuliebe, die Krise vermeiden möchte, so ist dies Ministerium dafür Treiber der Radikalisierung ausgesetzt, die nicht nur Rede für die bitteren Wahrheiten zu nehmen haben, die Briand der großbürgerlichen Kritik der Demagogie entnommen hat, sondern auch nicht ohne Grund annehmen, daß jede Reform des Wahlrechts eine Wiederkehr ihrer Parlamentarität ausschließt. Man sieht, daß die Wahlreform noch weit vom Hafen ist. Darum aber darf man das weitere

Programm Briands mit seiner übrigens sehr armseligen „Sozialreform“ unbeachtet lassen. Denn erst der Kampf um die Wahlreform wird die Physiognomie der künftigen Politik bestimmen.

Preßstimmen.

Paris, 10. Juni. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Briand findet in der Presse eine geteilte Aufnahme. Die radikale „Action“ schreibt: Wir sind überzeugt, daß die Regierung die von ihr verlangte feste und dauerhafte Mehrheit in der Kammer wie im Senate finden wird. Wir wünschen dies zu Ehren des Parlaments, denn zum ersten Male seit Gambetta steht die Republik einem wohlgeordneten inneren und äußeren Programm gegenüber.

„Gaulois“ sagt in der „Humanité“: Der große Fehler der ministeriellen Politik ist ihre Zweideutigkeit. Sie scheint darauf berechnet, alle Parteien zu täuschen. Der Ministerpräsident hat ein so geistiges Bild von den politischen Sitten des republikanischen Regimes entworfen, daß man erwartete, er werde energisch das Heilmittel vorschlagen. Er hat aber von der Wahlreform in so unbestimmten Ausdrücken gesprochen, daß die Gegner dieser Erneuerung neue Hoffnung schöpfen.

„Lanterne“ meint: Aus der bevorstehenden Interpellationsdebatte muß eine der Partei der Rechten unzugängliche Mehrheit hervorgehen. Die in der nächsten Woche bevorstehenden Erklärungen des Ministerpräsidenten werden jeder Zweideutigkeit ein Ende machen.

„Gaulois“ schreibt: Der Ministerpräsident bemüht sich gegenwärtig, rückwärts zu fahren unter dem Vorgeben, er wolle der Republik einen neuen Weg erschließen. Fast alles in seinem Programm, sowohl die Wiedereinführung der Zentralisierung wie das Verhältniswahlrecht, bedeutet eine Annäherung an die Ideen der konservativen Parteien.

„Lanterne“ fährt aus: Der Kampf zwischen den Anhängern des Blochs und dem Ministerium hat begonnen. Die Parteien der Rechten dürfen keinen Fehler begehen, wenn sie in diesem Streit an Boden gewinnen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni 1910.

Zweierlei Recht.

Das preussische Abgeordnetenhaus bewies am Freitag auf neue, daß seiner Mehrheit der Begriff der Gerechtigkeit völlig fremd ist. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe von Wahlprüfungen, darunter die des freisinnigen Abgeordneten Reinbacher, der in Rixdorf-Schöneberg mit geringer Mehrheit in der Stichwahl über unseren Genossen Weis gestiegen hat. Die Sozialdemokraten hatten die Wahl angefochten, einmal wegen einer ganzen Reihe von Verstößen in Rixdorf, und zweitens, weil bei der Bildung der Wählerabteilungen in Rixdorf die Steuerlisten von 1907, in Schöneberg die von 1908 zu Grunde gelegt waren. In der vorigen Session wurde die Wahl beanstandet. Die inzwischen eingegangene Antwort des Rixdorfer Magistrats ist keine Antwort in gewöhnlichem Sinne, der Magistrat hat es vielmehr für nötig befunden, in verschiedenen Punkten dem Urteil der Wahlprüfungskommission vorzugreifen und sie zu beeinflussen. Das war nun allerdings eine höchst überflüssige Arbeit, denn das konnte sich jeder, der die Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses kennt, an den Fingern abzählen, daß dies Parlament seine Grundzüge, die es bei der Prüfung von sozialdemokratischen Wahlen aufstellt, bei der Prüfung der Wahlen bürgerlicher Abgeordneter über den Haufen wirft. Die Kommission erklärte die Wahl einstimmig für gültig, und diesem Votum schloß sich das Plenum unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Ungültigkeitserklärung an.

Iwar gab sich Ströbel die denkbar größte Mühe, der Mehrheit ein Spiegelbild ihrer Ungerechtigkeit vor Augen zu halten und aufs Klarste darzulegen, daß das Haus, nachdem es im vorigen Jahre die Berliner Wahlen für ungültig erklärt hat, jetzt die Konsequenzen ziehen und auch die Wahl Reinbachers lassieren müsse; aber was nugen die schönsten Deduktionen, wenn die Mehrheit sich ihr Urteil gebildet hat und ihren Machtspruch an die Stelle des Rechtsstandpunktes zu setzen entschlossen ist! Daß Herr Fischbeck sich zum Wortführer dieser vorübergehenden reaktionären Mehrheit machte, versteht sich von selbst. Die übrigen Mitglieder des Hauses hatten wenigstens noch soviel Schamgefühl, daß sie schwiegen.

Hierauf erledigte das Haus in zweiter und dritter Beratung die Vorlage betr. die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten, bei welcher Gelegenheit die Konservativen dem durch Herrn v. Gwinner so arg zerzausten Rheinbaben ein Vertrauensvotum erteilten.

Die Beratung des Gesetzentwurfes über den Wohnungsgeldzuschuß, die schließlich noch in Angriff genommen wurde, mußte auf Sonnabend vertagt werden.

Die Junter gegen die Krone.

Das offizielle Organ der konservativen Parteileitung schreibt:

Der Weitere Vorstand (Zünftiger Ausschuß) der deutschkonservativen Partei war am Mittwochabend im Herrenhause versammelt zu einer Aussprache über geschäftliche Angelegenheiten. In bezug auf die politische Lage wurde folgende Resolution angenommen: „Der Weitere Vorstand (Zünftiger Ausschuß) der deutschkonservativen Partei spricht den konservativen Fraktionen des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten und ihren Führern für ihre Mitarbeit an den Beratungen über die Wahlreformvorlage die Anerkennung und den Dank der Gesamtpartei aus. Der Weitere Vorstand hat, in der Erwägung, daß das bestehende preussische Wahlrecht sich immer und durchaus zum Segen Preußens bewährt hat, und angesichts des Umstandes, daß sich über einen Versuch, an seine Stelle etwas Besseres zu setzen, unter den bürgerlichen Parteien keine Verständigung hat herbeiführen lassen, keinen Anlaß, den Ausgang der Beratungen zu bebauern. Für die Zukunft begt der Weitere Vorstand die feste Zuversicht, daß unsere Freunde im Herrenhause und im Hause der Abgeordneten jeder Demokratisierung des Wahlrechts mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten werden.“

Die Krone hat die Wahlreform als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet — die „Königstreuen“ Konservativen aber wollen jeder Wahlreform „mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten“.

Bei den Beratungen über den verschärften Wahlrechtswechsel erklärten die Redner der konservativen Partei wiederholt, daß sie nur deshalb für die geheime Wahl gestimmt hätten, weil die Krone eine Wahlreform verheißt habe, und sie mitteilen wollten, daß Königswort einzulösen. Natürlich war das oberflächliche Schwindel, denn die Konservativen stimmten nur deshalb für das mit dem Zentrum zusammen ausgeheute Kompromiß, um eine wirkliche Wahlreform zu vereiteln! Über die heuchlerische Verbeugung vor der Krone machte sich doch so schön!

Jetzt aber erklären die Junter wieder, daß sie von einer Wahlreform überhaupt nichts wissen, sondern jeder Demokratisierung der

Dreiklasseninfamie entgegenzutreten, also die Einlösung des Königsworts bereiten wollen!

Oder glauben sie, daß die Krone mehr Gewicht auf die Erhöhung der Kronrenten als auf die Einlösung eines dem Volke verstandenen Wortes legen werde? Das verriet doch eine Aufzählung von den Pflichten des „ersten Dieners des Staates“, die zwar nicht im staatsanwaltschaftlichen, um so mehr aber im Sinne der politischen Moral eine arge Majestätsbeleidigung darstellte!

Die Kröherei im preussischen Abgeordnetenhaus

wird selbst den Nationalliberalen zu dumm. So schreibt die „Straßburger Post“ (Nr. 660 vom 9. Juni) zu dem Hochberrats-Ordnungsruß gegen Genossen Hoffmann: „Dagegen erscheint uns die Auffassung des Herrn v. Kröcher eben nur für einen ganz vorfindlichen preussischen Junker erklärlich. Es ist selbstverständlich das gute Recht einer Partei, sich über die Einrichtung der Staatsdienerschaft und über die Art der Ernennung der Staatsdiener ihre Ansicht zu bilden und diese Ansicht öffentlich zu vertreten. Auch die Sozialdemokratie hat dieses Recht. Sie hat auch das Recht, Änderungen bestehender Gesetzesbestimmungen vorzuschlagen. Wer das Hochberratsamt, sobald diese Vorschläge seiner eigenen mittelalterlichen Gehirnkonstruktion nicht begreiflich sind, gehört eben nicht in unsere moderne Zeit. Er sollte den Ritterpanzer anziehen und auf der Landstraße im Steigpferden. Herr v. Kröchers Ordnungsruf war einfache Wälfur, war Vergewaltigung...“

Und zu dem blöden Streich der Mundtotmachung des Sozialdemokraten und anderer Redner bei Besprechung der Euzyliska-Interpellationen bemerkt die „Kölnische Ztg.“ vom 10. Juni, daß sie sich nicht mit einer Taktik befreunden könne, die einem Abgeordneten das Wort entziehe. Es sei das unzulässig vom parlamentarischen, brutal vom gesellschaftlichen Standpunkte aus.

Erzberger und die „Kölnische Volkszeitung“.

Herr Erzberger möchte sich den Ruhm, zum Sturze Dernburgs beigetragen zu haben, nicht gern nehmen lassen. Die diplomatische „Köln. Volksztg.“ hatte in ziemlich scharfen Worten jede Verantwortung für das Auftreten Erzbergers gegen Dernburg wieder einmal abgelehnt. Das rheinische Zentrumblatt hatte dabei u. a. folgendes gesagt:

„Der Antrag Erzberger, der im Mai soviel unnützes Aufsehen gemacht hatte, ist in der Presse und im Reichstage deutlich genug als Fraktionsantrag abgelehnt worden, so deutlich, daß Abg. Erzberger ihn nicht einmal ins Plenum zur Abstimmung gebracht hat. Und für den viel mäßigeren Antrag Latmann stimmte nicht die Hälfte der Zentrumsfraktion. Der Vorstand der Fraktion hat sich mit dem Vorgehen und dem Antrag Erzberger in einer langen Sitzung beschäftigt und beides einstimmig mißbilligt; nur ein Mitglied war früher weggegangen... Der Antrag Erzberger aber kann schon rein zeitlich nicht die Ursache zum Austritt Dernburgs gewesen sein, denn er kam Mitte Mai, und Dernburgs Austritt geschah datierte vom 1. Mai.“

Herr Erzberger stellt nun demgegenüber in der „Märk. Volksztg.“ fest, daß er seinen Antrag bereits am 16. April namens der Fraktion angekündigt habe, daß für den Antrag Latmann sämtliche anwesenden Zentrumsmitglieder bis auf drei gestimmt, und daß alles, was über eine Sitzung des Fraktionsvorstandes behauptet worden sei, in das Gebiet der Fabel gehöre. Erzberger schließt entristet:

„Wenn ich auch in vielen Punkten mit der „K. V. Z.“ gar nicht übereinstimme — ich befinde mich dabei in recht guter Gesellschaft innerhalb der Zentrumspartei — so kann man doch von einem Parteimitglied verlangen, daß es gegenüber einem Parteiangehörigen die Wahrheit nicht in der hier gekennzeichneten Weise auf den Kopf stellt.“

Man sieht, Herr Erzberger abzuschütteln, fällt jedenfalls nicht leicht. Der Mann will offenbar nicht verstehen, daß die Partei für Wahrheit und Recht nicht immer Lust hat, zu ihren Taten zu stehen.

Ein Beitrag zur Sparsamkeit bei der Marine.

In Friedrichsdorf bei Kiel ist seit 1907 ein Scheibenhof eingerichtet, auf dem von etwa 50 Arbeitern die für die Kriegsschiffe benötigten Scheiben angefertigt werden, während 88 Mann von der Marine mit dem Beziehen der Scheiben beschäftigt sind. Hier soll nun gespart werden. Der Kommandeur der Hochseeflotte, Vizeadmiral v. Holzenborn, hat an das Reichsmarineamt ein Schreiben gerichtet, in dem Vorschläge zur notwendigen Sparsamkeit gemacht werden. Es heißt darin u. a.:

„Der jetzige große Stamm von Werftarbeitern, der hohe Löhne verschlingt und das ganze Jahr auf dem Scheidenhof gehalten wird, ohne daß ein Bedürfnis vorliegt, wird aufgelöst und dafür das militärische Arbeitspersonal ersetzt.“

Man ist also der Meinung, auf dem Scheidenhof hätten die Arbeiter nichts zu tun. Dabei sind die Arbeiter stets vollauf beschäftigt, was der Materialverbrauch und die geleistete Arbeit beweisen. Die Sparsam mit dem angeblich großen Stamm der Arbeiter, der „hohe Löhne verschlingt“ gewirtschaftet wird, beweist das Ergebnis, daß bei 50 Arbeitern jährlich 80—80 000 M. erspart werden. Sollen diese 50 Arbeiter durch Soldaten ersetzt werden, so sind mindestens 100 Soldaten nötig, um das gleiche Arbeitspensum zu leisten. Dazu gehören auch Offiziere und Unteroffiziere, ferner muß auch ein Wohnschiff für die Soldaten instand gehalten werden. Sparen ließe sich auf andere Weise und nicht bei den Arbeitern, so zum Beispiel wenn die Intendantur keine Verträge mit Lieferanten abschließen, sondern alles in Submission vergeben würde. So kostet z. B. eine Hochseescheibe beim Lieferanten 11 000 M., in Submission 6500 M. Das Eisenzeug würde im Submissionswege zum halben Vertragspreis geliefert usw. Scheibenzüge, die mehr als drei Löcher haben, werden weggeworfen, trotzdem sie noch öfter gebraucht werden könnten. Zum Schleppen einer vier Meter langen und zwei Meter breiten Scheibe im Gewicht von 500 Kilogramm wird ein großer Hochseeslepper benutzt, der pro Stunde 88 Mark kostet. Ein kleiner und viel billigerer Dampfer oder eine Winde könnten dieselbe Arbeit verrichten. Gespart wird aber nicht hier, wo es möglich ist, sondern bei den Arbeitern, die mit ihren Steuern den Hauptanteil an den Kosten für die Marine tragen. Das oben erwähnte Schreiben des Vizeadmirals ist vom Reichsmarineamt an die Werkdirektion zur Begutachtung überandt. Sämtliche Arbeiter des Scheidenhofes haben deshalb schon dazu Stellung genommen und eine Resolution an die Werkdirektion ergangen, in der unter Klarstellung der Sachlage um Ablehnung dieses Sparsamkeitssystems ersucht wird.

Ein Hohenzollern-Redner.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. d. M. kam es bekanntlich zu einer scharfen Kritik der unsinnigen Majerei während der Prinz-Heinrich-Fahrt. Ausnahmsweise stimmten wie einmal völlig überein mit dem konservativen Abgeordneten Stroffer, der in der Sitzung erklärte, daß wider Recht und Gesetz die Re-

gierung wegen der Automobilsfabriken die Landstraßen stundenlang für den Verkehr gesperrt hat. Die tödlichen Unglücksfälle, die eines der traurigen Resultate der Schnelligkeitsprüfung auf dieser Fahrt waren, haben die tiefgehende Empörung weiter Kreise des Volkes noch um ein erhebliches gesteigert. Vollständig eindrucklos scheint die Erregung über die unsinnige Wettfahrrerei in den beteiligten Kreisen geblieben zu sein. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß auf dem Schlußbanquet in Homburg am Donnerstag Prinz Heinrich als Protektor der Veranstaltung eine Rede halten konnte, in der es heißt:

„Es lag auf der Hand, daß diejenigen, welche dem Automobilsport nicht freundlich gegenübersehen, hieraus eine Waffe schmieden würden, um den Autosport zu bekämpfen. Es sind die Gegner von Veranstaltungen und Rennen auf öffentlichen Straßen. Ich werde meinerseits gegen diese Angriffe energisch in die Schranken treten.“

Ob der Hohenzollernprinz mit seiner Drohung gegen die konservativen Kritiker bei diesen irgend welchen Eindruck machen wird, erscheint uns sehr zweifelhaft. Die preussischen Dreiklassenjunker haben des öfteren den Beweis geliefert, daß sie sich den Teufel um die Ansicht der Hohenzollern scheeren, wenn es gilt ihre Auffassung zur Geltung zu bringen. Das Schicksal der sehr unzulässigen Kanalvorlage und der Wahlrechtsvorlage, bei der die Konservativen über das feierlich verkündete Königswort toll zur Tagesordnung übergegangen sind, sollte dem Bruder des Kaisers eigentlich eine heilsame Lehre sein. Im übrigen ist es durchaus nicht notwendig, daß das durch die Debatten über das persönliche Regiment eingetretene Manöve an kaiserlichen Neben erseht wird durch gesteigerte Redseligkeit anderer Hohenzollern.

Verpachtung der Staatsjagden.

München, 7. Juni. Der Landtag hat vor zwei Jahren einmütig den Wunsch ausgesprochen, daß die Staatsjagden mehr als bisher an Private verpachtet werden. Die Einnahmen aus den Jagden an die Forstbeamten vergebenden oder in Regie betriebenen Jagden waren nämlich bisher in vielen Fällen lächerlich gering. Die Staatsregierung hat nun trotz des beständigen Widerstandes der höheren Forstbeamten mit der Verpachtung solcher Jagden an Private einen Anfang gemacht und das Ergebnis als ein sehr günstiges bezeichnet. Zu gleicher Zeit wurden auch die Pachtpreise für die dem Personal überlassenen Jagden erhöht, so daß die Mehreinnahmen rund 100 000 M. betragen. Das ist gegen früher eine Einnahmeerhöhung von rund 90 Proz. Einzelne Jagden bringen jetzt das 20- und noch mehrfache des bisherigen Ertrages.

Ein Weiterschreiten auf dem eingeschlagenen Wege wird gewünscht, um so mehr, als mit diesen Staatsjagden so mancher Unfug verbunden ist. Es kommt vor, daß höhere Forstbeamte Jagden, die sie vom Staate recht billig übertragen erhielten, nicht selbst betreiben, sondern an Private weiter verpachten. Es kommt trotz scharfer Kritik in früheren Sessionen immer wieder vor, daß Forstbeamte als Pächter von Staatsjagden das Waldpersonal für Zwecke ihrer eigenen Jagd verwenden, also Jagdarbeiten auf Kosten des Staates ausführen lassen. Es kommt weiter vor, daß Waldarbeiter von den Forstbeamten zu Treiberdiensten gleichsam befohlen werden, ohne daß sie eine entsprechende Vergütung für diese Dienste erhalten, obgleich sie zu gleicher Zeit ihren Tagelohn verlieren müssen.

Die gewöhnlich, wird Untersuchung und Abhilfe in Aussicht gestellt. In zwei Jahren werden dieselben Klagen wiederkehren.

Soldatenschildereien.

Wie aus Rastatt gemeldet wird, wurde vom dortigen Kriegsgericht der Hauptmann Karl Bahkam vom 111. Infanterieregiment wegen Soldatenschilderung zu zwei Jahren Gefängnis und Aussöhnung aus dem Heere verurteilt. Dem Hauptmann wurden gröbliche Mißhandlungen seiner Untergebenen in 200 Fällen nachgewiesen.

Oesterreich.

Die Nachwahl in Gablonz-Land.

Die sozialdemokratische Wahlkreisversammlung hat für das durch den Tod unseres Genossen Barth erledigte Reichsratsmandat den Genossen Trabeneder als Kandidaten aufgestellt.

Frankreich.

„Sozialistische Republikaner.“

Paris, 7. Juni. (Fig. Ver.) Die sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ haben bekanntlich bei den Wahlen sehr schlecht abgeschnitten. Von ihrer früheren Fraktion sind nur noch Krümmen vorhanden. Andererseits ist diesmal eine Reihe von Radikalen gewählt worden, die sich zu einem vagen „Sozialismus“ bekennen, aber doch den im Lande kompromittierten Namen der „Unabhängigen“ nicht übernehmen möchten. So ist man denn auf den Gedanken einer Umlaufe verfallen. Auf Antrag des Abgeordneten und späteren Generalgouverneurs von Madagascar Laguerre hat sich diese Gruppe jetzt unter dem Namen „Republicains Socialistes“ konstituiert. Durch Beitritt einer Zahl früherer Radikalsozialisten ist sie auf 40 Mitglieder angewachsen, was indes weniger die Aussichten der neuen Partei als die Verfestigung des Radikalismus bezeugt.

Aus der Prinzipienklärung entnehmen wir folgendes: Die Gruppe will entschieden und ausschließlich reformistisch sein. Sie steht aber in den Reformen nur Schritte der Entwidlung zu einer sozialen Ordnung, in der die Arbeit ihr volles Recht erlangen hat.

Die Politik der Gruppe soll, entsprechend den „wirtschaftlichen Realitäten“, für die verschiedenen Produktionszweige verschieden sein. In der Industrie, wo die Kapitalkonzentration die Arbeiter zu Lohnempfängern gemacht hat, soll eine kollektive Eigentumsform das Ziel sein. Die Vorbereitung dazu bilden die Stärkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation der Arbeiter, der Ausbau des Kollektivvertrages und die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung und am Gewinn der Unternehmungen. Weiter die Umwandlung der Privatmonopole in öffentliche Dienste und die Verstaatlichung neuererschlossener Reichtumsquellen.

In der Landwirtschaft und im Weinbau, so heißt es weiter, wo dagegen das kleine Eigentum, weit davon entfernt, zu verschwinden, das Bestreben hat, sich zu entwickeln, genügt die unter allen Formen vollzogene Assoziation der unabhängigen Produzenten, um den Anforderungen der modernen Wirtschaft nachzukommen. Dierher gehört namentlich die Forderung des landwirtschaftlichen Syndikats- und Genossenschaftswesens, zur Befreiung von der Uebermacht des Großgrundbesitzes.

Weiter will die Gruppe besonders auch die öffentlichen Dienste demokratisieren, durch Anerkennung des Rechts der Beamten, nicht nur ihre korporativen Interessen zu vertreten, sondern auch an der Organisation des Dienstes selbst teilzunehmen.

Der Einfluss des reformistischen Sozialismus auf dieses Programm ist offenbar. Unleugbar sind unter den Mitgliedern der neuen Partei auch einzelne unterrichtete und sozialpolitisch fortgeschrittene Leute. Aber die meisten sind doch mit kleinstädtischer Vorstellung erfüllte Wehrpolitiker, und allen fehlt die vorantreibende Kraft und die Kontrolle einer großen Partei, der Zusammenhang mit einer Massenbewegung. Deshalb wird die Partei auch unter dem neuen Namen bedeutungslos bleiben und ein bloßer Durchgangspunkt für politische Streber sein.

Italien.

Die Abschaffung des Zwangsdomizils.

Mit großem Beifall hat die italienische Kammer die Erklärungen des Ministerpräsidenten Luzzati über die geplante Abschaffung des Zwangsdomizils entgegengenommen. Das italienische Strafrecht sieht die Verschickung wiederholt rückfälliger Verbrecher auf verschiedene Inseln vor und macht diese Verschickung nicht von einem richterlichen Urteil, sondern von einer Polizeiverfügung abhängig. Es ist bekannt, daß dieses Gesetz zur Zeit des Höhepunktes der Erispischen Reaktion gegen Anarchisten und auch gegen Sozialisten angewendet wurde. Der erste Parteigenosse, der sich in Italien als gemeingefährlich vor der Kommission für das Zwangsdomizil verantworten mußte, war Giovanni Verda, doch wurde damals die Verschickung nicht verfügt. — Zugleich hat Luzzati einen Entwurf angekündigt, der Maßnahmen gegen die Rückfälligen enthalten soll.

England.

Die Kompromißverhandlungen.

Paris, 10. Juni. „Matin“ berichtet aus London: Bezüglich der Einberufung der Konferenz der Parteiführer zur Beratung der konstitutionellen Fragen und des Vetorechtes der Lords wird mitgeteilt, daß der Kabinettschef Asquith noch im Laufe dieser Woche einen dahingehenden Brief an Balfour richten wird. Der Wortlaut des Briefes bildet den Gegenstand einer längeren Beratung seitens der Kabinettsmitglieder. In diesem Briefe werden die Ansichten der Regierung bezüglich der Konferenz mit den Führern der Opposition erörtert. Asquith erklärt darin u. a., die Regierung beabsichtigt keineswegs ein Kompromiß einzugehen. Die verlaute, werden die Parteiführer der Opposition den Antrag des Kabinettschefs im günstigen Sinne beantworten und darauf hinweisen, daß dieses geschieht, um eine Krise zu vermeiden.

Dänemark.

Die Ministeranfrage.

Kopenhagen, 10. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichsgerichts setzte der öffentliche Ankläger seine gestrigen Ausführungen mit Bezug auf die Betrugsgelien Albertis fort und schloß seine Rede mit einer Darlegung der Geschichte der Bewilligung der landwirtschaftlichen Lotterien. Es ist unbestreitbar, erklärte er, daß Christensen die Lotteriebewilligung empfohlen hat, aber auch ebenso unbestreitbar, daß Christensen damals nicht ahnte, daß Albertis Gesetzwidriges anstrebte. Später jedoch kam es zur Kenntnis Christensens, daß Albertis Schwager an der Angelegenheit stark interessiert war, denn der Departementschef im Kriegsministerium Dahl hatte den Minister darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht angebracht wäre, wenn Albertis Schwager einen großen Vorteil von dieser Lotterie hätte. Nachdem habe Christensen die Augen ständig für alles geschlossen gehalten, was für ein Einseitigen gegen Albertis sprach. Er hätte aus allen Anzeichen unbedingt den Eindruck gewinnen müssen, daß es mit Albertis Verhältnissen ziemlich schlecht stehe. Albertis Auftreten sei so frech und unwürdig gewesen, daß es das Mißtrauen Christensens wie aller anderen hätte erwecken müssen. Dieser habe aber Vogel Strauß-Politik getrieben. Sein Widerstand gegen jede Untersuchung, sein Eintreten für Albertis und endlich die Auszeichnung, die er diesem bei seinem Rücktritt verliehen habe, ließen es zweifellos erscheinen, daß er sich strafbar gemacht habe. Die Sitzung wurde sodann auf Montag vertagt.

Rußland.

Die Schandtat vollbracht.

Petersburg, 10. Juni. Die Reichsduma nahm heute den ganzen Finnland-Gesetzentwurf mit 164 gegen 23 Stimmen der Oktoberisten an, in deren Namen der Abgeordnete Gjeschow folgende Erklärung abgab:

„Die Oktoberisten erkennen die Notwendigkeit einer allgemeinen Reichsgesetzgebung in Fragen, die Finnland wie das Reich betreffen, an, jedoch unter der Bedingung, daß die volle Selbstständigkeit Finnlands in inneren Angelegenheiten gewahrt bleibe. Nach der Ablehnung des von den Abgeordneten Berge, Anrep und Kapustin beantragten Amendements über die Schule und Presse Finnlands, widerspricht der Gesetzentwurf in der angenommenen Form zweifellos dieser Bedingung. Daher stimmen die Oktoberisten gegen den Entwurf.“

Bei der Annahme des Gesetzes brach stürmischer Beifall aus. Burischewitsch rief laut: finis Finlandiae.

Nun, der Führer der Schwarzen Hunderte wird sich mit seiner Hoffnung vom Ende Finnlands gründlich täuschen. Die Entrechtung Finnlands ist nur ein Grund mehr für die künftige russische Revolution, die nicht nur mit den Burischewitsch und Konforten ein Ende machen wird.

Türkei.

Ein politischer Mord.

Konstantinopel, 10. Juni. Der Chefredakteur des Blattes „Sadai Millet“ Ahmed Samin ist nachts in Stambul, als er in Begleitung eines Redakteurs des „Tanin“ heimging, durch Revolvergeschüsse getötet worden. Ein Vorübergehender wurde verletzt. Der Mörder ist entkommen. „Sadai Millet“ ist ein oppositionelles Blatt, das seit einiger Zeit an der Regierung und der jungtürkischen Partei scharfe Kritik übt.

Das Attentat erinnert an die Ermordung des Chefredakteurs des Oppositionsblattes „Serbesti“, Haffan Fakmi, der am 7. April 1909 auf der Galatabrücke getötet wurde. Dies war der Vorbote der Gegenrevolution, die zum Marsch der Jungtürken gegen Konstantinopel und zur Entthronung Abduls Gamilis am 27. April führte. Von anderer Seite verläutet, daß der Attentäter ein mohammedanischer Kretenser war, der das Attentat ausführte, weil der „Sadai Millet“ in der Kreta-Frage eine zu unentschiedene Haltung einnahm.

Der Boykott.

Konstantinopel, 10. Juni. Blättermeldungen zufolge hat der Boykott in Smyrna sehr heftige Formen angenommen. Mohammedanische Kreter durchzogen die Straßen und erganzten die Sperrung der griechischen Läden. Der Dragoman des griechischen Konsulats konnte nur durch das Einschreiten der Behörden vor Mißhandlungen geschützt werden. — Die Leichterfahrer, Lastträger und Karrenführer in Konstantinopel haben sich heute dem Boykott angeschlossen. — Die jungtürkische Partei hat beschlossen, in den Provinzen eine Kundmachung zu veröffentlichen, daß Griechenland Kreta nicht annectieren und daß die Regierung ihre Pflicht erfüllen werde.

Die Kretafrage.

London, 10. Juni. Gestern haben die Konsule der Schuttmächte der kreischen Regierung die letzte gemeinsame Note überreicht, welche besagt, daß, wenn die kreische Regierung den muslimischen Deputierten nicht gestattet, an den Arbeiten der Rationalversammlung teilzunehmen, wenn diese zusammentritt, die Mächte diejenigen aktiven Maßnahmen ergreifen werden, die die Lage erfordert.

Aus der Partei.

Die Tagesordnung des Magdeburger Parteitages.

Der Parteivorstand hat für den nächsten Parteitag, der vom 18.—24. September in Magdeburg tagen soll, die vorläufige Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
2. Bericht der Kontrollkommission.
3. Parlamentarischer Bericht.
4. Die Wahlrechtsfrage.
5. Die Reichsversicherungsordnung.
6. Die Genossenschaftsfrage.
7. Die Raiffeier.
8. Bericht vom Internationalen Kongress in Kopenhagen.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfindet.

Die Tagesordnung des Parteitages ist ebenso wichtig wie reichhaltig. Mit besonderer Besriedigung werden die Genossen davon Kenntnis nehmen, daß die Wahlrechtsfrage als besonderer Punkt auf der Tagesordnung erscheint. Wenn auch der Stand der Dinge in den anderen Bundesstaaten die Aufmerksamkeit des Parteitages hervorgerufen wird, so wird doch im Mittelpunkt der Verhandlungen die preussische Wahlrechtsfrage stehen als wichtigste Frage der deutschen Politik überhaupt. Wir erwarten, daß die Verhandlungen des deutschen Arbeiterparlamentes den Wahlrechtskampf in Preußen fördern und die neuen Aktionen der preussischen Genossen glänzlich einleiten werden.

Bei der Besprechung der Reichsversicherungsordnung wird das Ergebnis der Kommissionsberatung die Unterlage bilden können und das Kampffeld abgesteckt werden, auf dem gegen die Verschlechterungen des bisherigen Rechts und um die dringend nötigen Verbesserungsansätze unserer Genossen gefochten werden wird. Die Behandlung der Genossenschaftsfrage wird der zunehmenden Bedeutung dieses Zweiges der Arbeiterbewegung gerecht werden, aber auf der anderen Seite wohl betonen, daß gerade im Interesse der Genossenschaften selbst der Geist der deutschen Arbeiterbewegung nicht gerade von diesen Organisationen gewaltsam und einseitig zurückgedrängt werden darf.

Die übrigen Punkte sind mit Ausnahme der Berichterstattung über den Internationalen Kongress von Kopenhagen die alljährlich wiederkehrenden. Die politische Situation läßt auch hier wichtige Diskussionen erwarten.

Eine Abweisung Ferris durch Wedel.

Ferris hat bekanntlich längst bei einer amtlichen Veranstaltung zu Rom eine Rede zur Jahrhundertfeier der Argentinischen Republik gehalten, zur selben Zeit, da die Regierung dieser Republik in der niederträchtigsten Weise gegen die Arbeiterbewegung des Landes vorging und gegen die Sozialdemokratie schwarze Banden organisierte. Nach dieser Rede erfolgte die bekannte Begegnung des ehemaligen Führers der radikalen italienischen Sozialisten mit dem König. Ferris hat nachher seine Haltung mit höchst lahmenden Argumenten verteidigt, einer zeitweisen Abwendung der Sozialisten mit der Monarchie das Wort geredet und endlich gar die Stirn gegen sich zur Rechtfertigung seiner Haltung auf die bekannte Rede Wedels auf dem Internationalen Sozialistenkongress zu Amsterdam zu berufen, worin dieser sich gegen die inzwischen aufgekommene Taktik des damaligen rechten Flügel der französischen Genossen wandte und, um die Früchte dieser Taktik zu charakterisieren, kritische Bemerkungen über die bestehende kapitalistische französische Republik machte. Wer die Rede kennt, weiß, wie durchaus unberechtigt der Versuch Ferris ist, sich mit ihr zu decken. Genosse Wedel hat dem Mailänder „Secolo“, der ihn wegen der Verechtigung dieses Ferrischen Arguments befragt, eine Mitteilung zugehen lassen, die den Sachverhalt klarstellt. Er schreibt uns darüber:

„Ich habe auf die Anfrage des hiesigen Berichterstatters des „Secolo“, ob Ferris zugunsten seines Verhaltens sich auf meine Rede über die Taktik auf dem Internationalen Kongress zu Amsterdam beziehen könne, erwidert:

1. daß Ferris dazu kein Recht habe, weil seine Taktik sich mit meinen damaligen Ausführungen nicht decke; 2. daß die von Ferris allerdings eingeschlagene Taktik von mir auf das entschiedenste mißbilligt werde.“

Der italienische Parteivorstand über das ministerielle Votum.

Rom, 6. Juni. Nach ausgiebiger Diskussion hat der Parteivorstand mit 5 gegen 4 Stimmen eine Tagesordnung Giotti angenommen, die sich für die ungeführte Entwicklung des ministeriellen Experimentes der Fraktion ausspricht.

In dieser Tagesordnung heißt es, daß die Fraktion auf Grund einer aufrichtigen, wenn auch überschätzenden Wertung der positiven Resultate, die dem Proletariat aus der Unterstutzung des Kabinetts durch die Sozialisten erwachsen konnten, gehandelt hat. Der Parteivorstand erklärt, nicht alle Hoffnungen, die die Fraktion auf das Ministerium gründet, zu teilen, glaubt aber, daß die durch die Parteistatuten gewährleistete Autonomie der Fraktion es nötig mache, der Fraktion die Verantwortung, aber auch die Freiheit ihres Experimentes zu lassen. Schließlich fordert die Tagesordnung die Parteigenossen auf, eine energische Agitation für das allgemeine Wahlrecht zu entfalten und den Abgeordneten zu zeigen, daß sie die Pflicht haben, dieses Wahlrecht in der Kammer zu vertreten und an der Agitation teilzunehmen. Für diese Tagesordnung stimmten die Genossen Giotti, Raina, Ruffi, Cammareri-Scurti und Rosetti.

Die Tagesordnung Modigliani, die mit 4 Stimmen unterlag, konstatiert, daß die in Aussicht gestellte Wahlreform unzulänglich sei, daß die Regierung keine Eile sie zu verewirklichen hätte und kommt zu dem Schluß, daß unter diesen Umständen ein Vertrauensvotum der sozialistischen Fraktion deren parlamentarische Kampfstellung schwächen müsse. Weiter stellt die Tagesordnung fest, daß der Ministerialismus die heute ohnehin große Unsicherheit der Partei vermehrt, den antimilitaristischen Kampf schwächt und außerdem praktisch unndig sei, da die wenigen Reformen auch ohne die Haltung der Sozialisten eingebracht worden wären. Diese Tagesordnung verurteilt schließlich ausdrücklich die Haltung der Fraktion. Für sie stimmten die Genossen Modigliani, Marzetto, Bidolli, Signattari.

Da der italienische Parteivorstand ausschließlich aus Reformisten besteht, ist die Kritik der Tagesordnung Modigliani um so bemerkenswerter. Uebrigens braucht die Parteifraktion von den Neuerungen des Vorstandes nicht einmal Notiz zu nehmen, da sie völlig autonom ist. An der Diskussion des Parteivorstandes haben auf Einladung auch die Abgeordneten teilgenommen.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorstand.

In der zum „Freistaat“ Laska gehörigen Landgemeinde Trembs-Borwerk wurde am Mittwoch bei einer Ergänzungswahl zum Gemeindevorstand der Genosse Wedel mit 80 Stimmen gewählt. Auf den händlerischen Kandidaten Gutsberwalter haben erstens nur 26 Stimmen. Man darf gespannt sein, wie der republikanische Senat, der im Vorjahre die Wahl des Genossen Strauß in Pölsing nicht bestätigte, sich zu dem neuen Falle stellt.

Unsere Toten.

In Bismkau starb der Genosse Julius Seifert im Alter von 49 Jahren am Herzschlag. Seifert hatte seit 1887 die Parteiarbeit in Besh und hatte während dieser langen Zeit manchen Strauß mit den Behörden auszufechten und manchen wirtschaftliche Schädigung von bürgerlicher Seite hinnehmen müssen.

Arbeiter! Parteigenossen! Gedenkt der kämpfenden Bauarbeiter!

Gewerkschaftliches.

Die örtlichen Verhandlungen im Baugewerbe,

die jetzt allorts gepflogen werden, um Ortstarife abzuschließen, scheitern in den Hauptfragen, in der Festsetzung der Löhne und der Arbeitszeit nach den bis jetzt vorliegenden Berichten in allen Orten. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer zu diesen örtlichen Verhandlungen gibt zu der Vermutung Anlaß, daß ein genereller Beschluß im Arbeitgeberbund gefaßt wurde, der die örtliche Verhandlung ignoriert haben will, um so doch wieder auf zentrale Verhandlungen zu dringen.

Bisher liegen folgende Berichte vor:
In Frankfurt a. M. sind die Verhandlungen mit den Unternehmern insoweit erledigt, als eine völlige Einigung über die Akkordarbeit, die Überstunden, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses und die Behandlung von Streiktagen aus dem Arbeitsverhältnis und aus der Durchführung des Vertrages erzielt ist. — Keine Uebereinstimmung war zu erreichen über die Abgrenzung des Vertragsgebietes. Die Arbeitgeber fordern einen großen Bezirksvertrag, während die Arbeiter nur bereit sind, entsprechend dem Schiedsspruch der Unparteiischen örtliche Verträge zu schließen. — Die Möglichkeit einer Einigung scheint auch in der Lohn- und Arbeitszeiterfüllungsfrage ausgeschlossen. Die Arbeiter fordern Lohnerhöhungen von 8—10 Pf. pro Stunde und Ausgleich zwischen benachbarten Orten sowie Arbeitszeiterfüllung bis zu einer Stunde pro Tag. Die Arbeitgeber lehnen sowohl diese Arbeitszeiterfüllung wie auch jede Lohnerhöhung ab. Trotzdem sollen aber die Verhandlungen Freitag noch fortgeführt werden.

In Köln a. Rh. fanden die Einigungsverhandlungen Donnerstag während des ganzen Tages unter Vorsitz des Beigeordneten Fuchs statt. Sie wurden schließlich auf Montag vertagt. Die Unternehmer boten eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde in diesem Jahr, einen weiteren Pfennig im nächsten und im dritten Jahre wieder 2 Pf. an. Die Arbeitervertreter erklärten, diese geringfügige Aufbesserung unmöglich annehmen zu können, weil Köln die Stadt mit den teuersten Lebensmittelpreisen im Reich sei und weil in Köln eine Lohnerhöhung seit drei Jahren nicht mehr stattgefunden hat. Wenn die Unternehmer auf dem Gebiete des Lohnes kein Entgegenkommen beweisen, ist die Aussicht auf Frieden sehr gering.

Im Bezirk Nürnberg-Gärth sind die Verhandlungen im Baugewerbe vollständig gescheitert. Die Arbeiter hatten außer der neunstündigen Arbeitszeit gefordert: 70 Pf. Stundenlohn für Maurer und Zimmerer, 75 Pf. für Steinhauer und 80 Pf. für Probierer. Die Unternehmer erklärten jedoch, daß sie keinen Pfennig Lohnerhöhung und keinerlei Arbeitszeiterfüllung bewilligen. Sie verlangen Vertragsabschluss bis 1913. Die Arbeiter werden demnächst zu den Vorschlägen Stellung nehmen.

Die in Rostock stattgefundenen Verhandlungen mit den Bauunternehmern sind resultatlos verlaufen.
In Hannover sind Verhandlungen ebenfalls gescheitert, und zwar auch dort an der Lohnhöhe und Arbeitszeiterfüllung.

In Königsberg kam wegen der Lohnfrage keine Einigung zustande.

In Stuttgart wurde zwischen den Parteien 7 Stunden auf dem Rathause verhandelt, ohne daß man über eine allgemeine Besprechung der Sachlage hinauskam. Wahrscheinlich wird auch hier der Schiedsspruch in Berlin gefällt werden müssen.

Für den Thüringer Bezirk sind die Verhandlungen ebenfalls gescheitert.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schraubenautomaten- und Einzelbänke-Einrichter.

Die Streikenden kamen am Freitagmorgen zusammen, um einen Situationsbericht zu erstatten. Für die Arbeiter liegt die Sache günstig, da den Betrieben, die vom Streik betroffen sind, sämtliche Kräfte entzogen sind und Ersatz nicht zu finden ist, weil für diese Branche eine Reservearmee nicht besteht. Die Arbeit ist eine eigenartige und nicht leicht erlernbar, weshalb auch mit ungelerten Personen nichts anzufangen ist. Die Firma Ritzsch, die zuerst ein Formular unter Vorbehalt, auf Widerruf, unterschrieben hatte, hat nun bedingungslos unterzeichnet, so daß daselbst die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Dasselbe Resultat ist allem Anschein nach in den nächsten Stunden auch bei anderen Firmen zu erwarten. Die Streikenden stehen in geschlossener Einheit da; die Arbeitgeber scheinen auch die Hoffnung, Streikbrecher zu finden, von vornherein nicht gehegt zu haben, denn Annoncen nach Streikbrechern waren in den bürgerlichen Blättern bisher nicht zu finden. Die Unternehmervereinigung hatte gestern eine Zusammenkunft, wobei jedem der Arbeitgeber freigestellt wurde, mit seinen Arbeitern Abmachungen je nach Belieben zu treffen. Damit ist eine wesentliche Wendung in der Bewegung eingetreten und eine Basis für neue Unterhandlungen geschaffen. Auf Gandies Vorschlag beschloßen die Streikenden, am Sonnabendvormittag ihre Kommissionen in die einzelnen Betriebe zu senden, um wegen der noch ausstehenden Löhne vorzugehen.

Wegen des Streiks ist Berlin für die Einrichter gesperrt! Die Arbeiterpresse wird um Nachdruck gebeten!

Was man Arbeitern zu bieten wagt!

Ein bürgerlicher Herr schreibt uns voller Empörung:
„Sehr geehrte Redaktion!
Gestern abend wird mir von einem Arbeiter der Firma A. E. G., Güttenstraße, ein Schreiben vorgelegt folgenden Inhalts:
[Zitat] (Stempel)

Herrn (Fabriknummer)
Sie werden hiermit ersucht, binnen 8 Tagen und ein „po- litisches Führungs-Attest“ einzureichen.
Berlin, den 24. Mai 1910.

A. E. G., Turbinenfabrik
Hausverwaltung (Stempel).

Ich bemerke dazu, daß der Mann seit sieben Jahren in der A. E. G. arbeitet. Er erklärt mir weiter, daß alle Arbeiter dort ein derartiges Schreiben bekommen haben, sogar Leute, die 20 Jahre und darüber dort arbeiten, bekommen solche Taktlosigkeit zu gesandt.

Seit wann steht denn die freie, fleißige Arbeiterschaft unter Polizeiaufsicht?
Und was will die A. E. G. denn mit der Zuschrift bezwecken?

Vertragsbrüchige Unternehmer.

Die in der Treppengeländerbranche beschäftigten Arbeiter haben am 9. Juni Stellung genommen zu dem vertragswidrigen Verhalten der Unternehmer. Nach dem Bericht des Branchenleiters waren es nicht nur einzelne Fälle, die in Frage kamen, sondern die Leitung der Arbeitgeberorganisation hat jederzeit dahin gewirkt, daß die einzelnen Arbeitgeber ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Vertrages nur ihre persönlichen Interessen wahrnehmen dürften. Bei den Verhandlungen, die stattfinden mußten, um den bisher bestehenden Spezialtarif der Branche dem allgemeinen Tarif der Holzindustrie anzupassen, ist keine Verständigung erzielt worden, weil die Vertreter der Arbeitgeber die Ansicht vertraten, daß die Bestimmungen des allgemeinen Vertrages für sie nicht in Frage kommen.

In der äußerst regen Diskussion wurde einmütig das Verhalten der Arbeitgeber kritisiert. Die gut besuchte Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die es jedem Kollegen zur Pflicht macht, den Vertrag durchzuführen und alle in Frage kommenden Mittel anzuwenden, um diesen offiziellen Vertragsbruch der Arbeitgeberorganisation zu bekämpfen.

|| Tapezierer! Bei der Firma Wätner in Stettin legten alle Kollegen geschlossen die Arbeit nieder. Die Firma versucht in Berlin Arbeitswillige anzuzwerbten. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugang streng fernzuhalten.
Die Verwaltung.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Kupferschmiede in Magdeburg.

Die Firma Müller u. Schulze in Magdeburg, bei der die Kupferschmiede ausständig sind, sucht durch Zeitungsinserate tüchtige, ältere Kupferschmiede für dauernde Beschäftigung und bei hohem Stundenlohn. Sie bedient sich zu der Streikbrecherwerbung der berühmten Firma B. Müller in Wandsbek bei Hamburg, die an Kupferschmiede, die sich auf die Inserate hin melden, ein Engagementsschreiben richtet. In diesem Schreiben, das in der Rechtschreibung von gleicher Qualität ist, wie das Geschäft überhaupt, wird den sich Meldenden dauernde Stellung versprochen, weil kein Streikender wieder eingestellt wird. Der Stundenlohn wird mit 45—55 Pf. angegeben und den lieben Arbeitswilligen wird Unterkunft und Verköstigung mit 10 M. pro Woche angeboten.

Wir glauben nicht, daß die Firma selbst mit Hilfe der Arbeitswilligenagentur B. Müller viel Glück mit dem Fang von brauchbaren Arbeitskräften haben wird, dafür bürgt die gute Organisation der Kupferschmiede.

Die Arbeitsniederlegung der Former bei der Firma Romm in Elbing erfolgte am 7. Juni, nachdem die Firma den minimalen Forderungen der Former kein Entgegenkommen zeigte. Die Former forderten einen Akkordtarif sowie einen Einstellungsstundenlohn von 40 Pf., für Hilfsarbeiter 30 Pf., und Garantierung dieses Lohnes bei Akkordarbeiten. Für unverschuldeten Ausschub verlangten sie Bezahlung des Stundenlohnes. Überstunden sollten mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet werden. Ueber die Akkordpreise wurde eine Einigung wohl erzielt, doch weigerte sich die Firma, dieselben unterjährig anzuerkennen. Alle anderen Forderungen wurden abgelehnt. Nach zitta 2 Stunden schloß die Firma den gesamten Betrieb, indem sie vorgab, es sei geschieden wegen Mangels an Holz; zitta 500 Arbeiter wurden damit ausgesperrt. Zugang sämtlicher Metallarbeiter ist fernzuhalten. Arbeiterzeitungen werden um Abdruck gebeten.

Der Streik bei der Firma Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M. ist beendet. Donnerstag waren 600 Mann nicht zur Arbeit erschienen. Darauf hat sich die Firma mit dem Fabrikarbeiterverband ins Einvernehmen gesetzt. Es wurde ein Vertrag vereinbart, der allen Arbeitern eine 15prozentige Lohnerhöhung zusichert. Ferner wurde festgesetzt, daß in Zukunft bei den Beschäftigten 12 Stunden, statt bisher 10 Stunden bezahlt werden. Auch soll eine neue Arbeitsordnung festgesetzt werden, wonach ein Arbeiterauschub, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, gebildet werden soll.

Ausland.

Der österreichische Holzarbeiterverband veröffentlicht soeben einen reichhaltigen Jahresbericht über 1909; es war für den Verband ein sehr bewegtes Jahr. Die schlechte Konjunktur, die Kriegsgeschäft und der Abbruch des Vertrages der Wiener Tischler und Tapezierer besserten die Chancen der Unternehmer sehr. Trotzdem war die Zahl der Lohnbewegungen größer wie 1900. Es gab insgesamt 132 Lohnbewegungen in 1008 Betrieben mit 9504 Beteiligten. 116 endeten erfolgreich, 4 mit teilweisem, 10 ohne Erfolg. Sie kosteten der Organisation 1.848.696,86 Kronen, wovon der zentrale Schutzfonds 592.921,10 Kronen, die Lokalkassen 707.008,00 Kronen, sonstige Einnahmen, Sammlungen usw. 548.767,18 Kronen aufbrachten. Die große Wiener Holzarbeiterbewegung kostete bekanntlich allein 1.267.713,06 Kronen. Von den Lohnbewegungen betrafen 40 Wien, 92 die Provinz (41 davon Böhmen), 110 waren Angriffskämpfe, 23 wurden zur Abwehr geführt. Die Dauer der Streiks und Aussperrungen war bei 15 ein bis sieben Tage, bei 7 acht bis 14 Tage usw.; 2 Bewegungen dauerten 164—168 Tage — es waren die Wiener Kämpfe mit 4296 beteiligten Arbeitern, eine Bewegung dauerte gar 203 Tage. Insgesamt wurden 103 Verträge abgeschlossen. Auf die erreichten Verbesserungen einzugehen, würde hier zu weit führen.

Erfolgreicher Straßenbahnerstreik.

Die Pariser Straßenbahner, welche am 8. d. M. in den Ausstand getreten waren, haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Dem Beschluß ging eine Versammlung der Straßenbahner voraus, die vom Mittag bis in die Abendstunden dauerte und sehr stürmisch verlief. In der Sitzung legten die Delegierten der Straßenbahner, die sich nach dem Rathause begeben hatten, Rechenschaft ab über ihre Mission und über den ihnen gewordenen Empfang. Den Ausständischen ist nämlich durch ihre Delegierten Genugtuung geworden bezüglich der Hauptpunkte ihrer Forderungen. Ueber einige andere Punkte, in denen die Delegierten unrichtiger Sache zurückkehrten, entspann sich eine heftige Debatte, die schließlich damit endete, daß die Versammelten ihre Forderungen in diesen Punkten zurückstellten. Der Betrieb der Gesellschaft ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Der Ausstand hat keine Zwischenfälle gezeigt.

Streikbrecher-Lohnbewegung bei der Stockholmer Straßenbahn.

Das neue Personal der großen Straßenbahngesellschaft in Stockholm, das aus Leuten besteht, die während des Generalstreiks der (schwedischen) Arbeiterschaft oder später zum Ersatz der streikenden und von der Wiedereinstellung ausgeschlossenen Leute eingestellt wurden, befindet sich seit einigen Wochen in einer Lohnbewegung. Die Forderungen gehen darauf hinaus, daß man dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangt, wie sie die kleinere Straßenbahngesellschaft von Södermalm, dem südlichen Stadtteil Stockholms, ihren Angestellten gewährt. Die Direktion weigert sich hartnäckig, über die Forderungen zu verhandeln, und hat lediglich das Angebot gemacht, die Leute, die jetzt noch alle als Extrapersonal gelten, seit anzustellen. Das würde aber für die ersten Jahre statt einer Lohnaufbesserung eine Lohnverschlechterung bedeuten. Es ist erklärlich, daß die Leute, die der Gesellschaft nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern obendrein ihre Arbeiterehre verkauft haben, nun sehr ausgebracht sind. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch hielten sie eine große Versammlung ab und beschloßen, das Angebot der Direktion abzulehnen und nochmals um Verhandlung über die eingereichten Forderungen zu ersuchen. Antwort verlangen

sie bis spätestens den 1. Juli. Nach der Stimmung der Leute zu urteilen, scheint es gar nicht ausgeschlossen, daß sie über kurz oder lang einmal plötzlich in den Streik treten. Sie erklären, daß sie nur durch ihre bittere Notlage in die Lohnbewegung getrieben worden seien, und rufen nun die Allgemeinheit um Mithilfe zur Erlangung besserer Löhne an.

Die Allgemeinheit, oder wenigstens die Arbeiterschaft Stockholms, hat bekanntlich den Wohlstand über die große Straßenbahngesellschaft verhängt und führt ihn auch kräftig durch, allerdings nicht, um den notleidenden Streikbrechern zu helfen, sondern um das Recht des alten Personals, dem mit Hilfe jener Leute die Existenz geraubt wurde, zur Geltung zu bringen.

Ein Ausstand in der Wolllindustrie von Yorkshire wird als sicher angesehen, da die Verhandlungen, die in Huddersfield zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden sollten, infolge der Weigerung der Arbeitgeber, sich einem behördlichen Schiedsspruch zu fügen, wieder aufgegeben worden sind.

Vorsicht! Amerika. Im Auftrage der Firmen Sackett u. Wilhelms u. Co. und Burtchell, Rauch u. Co., beide in Brooklyn - New York, weist zurzeit ein Herr Julius Hermann in Europa, um Lithographien und Steindrucker für dort anzuwerben. Abgesehen davon, daß kontraktpflichtige Arbeiter Stellung nach Amerika nicht annehmen dürfen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß diese Firmen sich in Differenzen mit den dortigen Lithographen und Steindruckern befinden und organisierte Arbeiter nicht einstellen wollen.

Soziales.

Tätigkeit der bakteriologischen Institute im Ruhrkohlenbezirk.

Die große Typhusepidemie in Gelsenkirchen im Jahre 1901 ist dadurch hervorgerufen worden, daß das Gelsenkirchener private Wasserwerk mittels Stichtrohe ungeeignetes Ruhrwasser in das Leitungsgesetz brachte. Aus Anlaß dieser Epidemie ist auf Anregung des verstorbenen Professor Koch für den Ruhrkohlenbezirk eine Anstalt geschaffen, in der verdächtige Krankheitserscheinungen untersucht werden. Das erste derartige Institut für Bakteriologie wurde in Gelsenkirchen im Jahre 1901 eröffnet. Ihm schlossen sich im Laufe der Zeit Zweiginstitute in Bochum, Dagen, Essen und Duisburg an. Der Verein hat soeben seinen achten Jahresbericht für die Zeit vom 1. März 1909 bis zum 28. Februar 1910 veröffentlicht. Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich im wesentlichen auf das Gebiet des Oberbergamtsbezirks Dortmund; es kommt aber noch ein Teil des industriellen Sauerlandes hinzu. Abgesehen von der akuten infektiösen Poliomyelitis (Kinderlähmung) ist das Gebiet von größeren Epidemien verschont geblieben. Im Berichtsjahre wurden insgesamt 27 227 Untersuchungen vorgenommen, gegen 16 288 im Vorjahre. Umfangreiche Genidstarrunterforschungen wurden im April 1909 ausgeführt, als im Waisenhaus in Gelsenkirchen plötzlich 9 Erkrankungsfälle auftraten. Die Untersuchung erstreckte sich auf 250 Personen, von denen 60 als Kostenträger ermittelt wurden. Diese wurden mit Spülungen behandelt. Das Eingreifen hatte zur Folge, daß die Krankheit nur noch in einem Falle auftrat.

Besonders Interesse beansprucht die akute spinale Kinderlähmung. Die ersten Fälle wurden in der Stadt Mülheim beobachtet. Im August 1909 traten 2 Fälle auf, im folgenden Monat 27 und im darauffolgenden 182. Dann nahm die Seuche langsam ab. Der Monat November wies 68, Dezember 16, Januar 1910 18 und Februar 8 Fälle auf. Typhuserkrankungen waren 670 zu verzeichnen, Ruhr 194, Scharlach 8753, Diphtherie 4947, Lungentuberkulose 3695.

Bei den 25 Wasserwerken des Vereinsgebietes wurden 11 000 Wasseruntersuchungen vorgenommen; 14 Wasserwerke sind mit Keimzähler versehen. Seit dem Jahre 1901, dem Inkrafttreten des Instituts, ist die Zahl der Typhuserkrankungen im Ruhrkohlenbezirk wesentlich gesunken. Sie betrug auf 10 000 Einwohner 1901 2,94 (1,28 in Preußen), 1902 1,04 (0,81), 1905 0,74 (0,74), 1907 0,61 (0,57).

Die Zahl der Wurmerkrankungen betrug im Jahre 1903 4810, 1904 3663, 1905 2352, 1906 1859, 1907 1252, 1908 893 und 1909 749. Die Zahl der jährlich Untersuchten stieg von 12 175 im Jahre 1903 auf 14 548 im Jahre 1909.

Die Genidstarr erreichte ihren Höchststand im Monat Mai 1907 mit 327 Fälle und fiel auf 11 im Monat März 1910. Im Berichtsjahre sind im ganzen 390 Fälle zur Anzeige gelangt, gegen 1493 im Jahre 1907.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beurteilter Kinderschänder.

Schweinfurt, 10. Juni. (W. Z.) Die hiesige Strafkammer beurteilte den Zeitungverleger und Buchdruckerbesitzer Schmitt aus Volkach wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen am 7. Kindern, zu 4 Jahren 2 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenverlust. Der Beurteilte verbüßt zurzeit eine Gefängnisstrafe wegen eines ähnlichen Vergehens.

Erdschütterung.

Gelsenkirchen, 10. Juni. (W. Z. B.) Eine etwa fünf Sekunden andauernde Erdschütterung ist heute nachmittag hier namentlich im Stadtteil Bismarck verspürt worden. Man nimmt an, daß die Erschütterung durch den Bergbau verursacht worden ist.
Gelsenkirchen, 10. Juni. (W. Z. B.) Die hier verspürte Erdschütterung ist anscheinend durch eine Explosion im Schacht 3 der Zeche „Konsolidation“ hervorgerufen worden. In der Zeche befindet sich eine Belegschaft von 400 Mann, über deren Schicksal nichts bekannt ist. Die Zugänge sind durch Polizeimannschaften abgesperrt.

Doppelselbstmord.

Wien, 10. Juni. Auf dem hiesigen Friedhofe wurden ein junger Student, sowie eine 15 jährige Gymnasiastin erschossen aufgefunden. Beide haben die Tat aus unglücklicher Liebe getan.

Zum Eisenbahnerstreik in Paris.

Paris, 10. Juni. (W. Z.) Kabinettschef Briand empfing heute in Gegenwart des Bauteurministers die Delegierten des Verbandes der Eisenbahngesellschaften, mit denen er eine längere Besprechung hatte. Es verlautet, daß die Regierung sich eifrig bemüht, auf die Bahngesellschaften einzuwirken, daß dieselben gewisse Forderungen des Personals bewilligen. Die Delegierten erklärten, daß die Gerüchte über einen angeblichen Streik der Eisenbahner für nächsten Sonntag unrichtig sind, und daß die Betriebe in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben, bis eine Verständigung zwischen ihnen und den Angestellten erzielt sei.

Unwetternachrichten.

Paris, 10. Juni. (W. Z. B.) Infolge eines heftigen Gewitterregens ist die Eisenbahnlinie bei Ballon-en-Sully (Dep. Allier) unterbrochen. Ein Zug entgleiste. Drei Personen wurden getötet, mehrere andere verletzt.

Im Departement Pas-de-Calais hat ein Blitzstrahl fünf Personen getötet.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom Freitag, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgeordneten v. d. Knefede (fr.), Fischbeck (fortsch. Sp.), Wismann (natl.), Wüstemann (fortsch. Sp.), Wagner (fortsch. Sp.), Wogel (natl.) und v. Regelen (L.) werden ohne Debatte für gültig erklärt.

Bei der Wahl des Abg. Spingiz (fr.) werden gemäß dem Kommissionsantrage keine Erhebungen beschlossen.

Die Wahl des Abg. Sauer mann (B.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären. Nach kurzer Diskussion beschließt das Haus demgemäß. Für gültig erklärt werden noch die Wahlen der Abgeordneten v. Conrad (fr.), Frhr. v. Schönau (L.). Die Wahl des Abg. Reinbacher (fortsch. Sp.) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Die Wahl in Rixdorf-Schöneberg.

Abg. Ströbel (Soz.)

Begründet einen Antrag Borgmann, die Wahl für ungültig zu erklären. Unser Protest gegen diese Wahl stützt sich auf zwei Hauptgründe, erstens darauf, daß in Rixdorf die Steuerergebnisse der Liste von 1907 zugrunde gelegt sind, in Schöneberg die für 1908. In diesem Punkt hatte die Wahlprüfungskommission Erhebungen beschlossen. Der Rixdorfer Magistrat hat die Beschwerte bestätigt. Er erklärte, die Zugrundelegung der Steuer vom Jahre 1907 sei notwendig gewesen, die Steuerrollen für 1908 seien noch nicht vollständig vorhanden gewesen. Tatsache ist also, daß für die Arbeiterstadt Rixdorf das Jahr 1907, für die Bourgeoisstadt Schöneberg die Steuern vom Jahre 1908 maßgebend waren. Ein solches Verfahren halten wir für gänzlich ungerechtfertigt. Nach § 10 des Wahlgesetzes sollen die Wahlen nach Maßgabe der zu entrichtenden Steuern in drei Abteilungen geteilt werden. Der Berliner Magistrat erklärte im vorigen Jahre ganz richtig in seiner Auskunft, daß die Worte „nach Maßgabe der zu entrichtenden Steuer“, die im Gesetz ohne Zeitbestimmung gebraucht seien, nur auf die Gegenwart bezogen werden könnten. In Rixdorf wurden aber zahlreiche Wähler nicht auf Grund der zur Zeit der Auslegung der Listen geleisteten Steuern, sondern auf Grund der Steuerleistung des vorhergehenden Jahres in die Abteilungen eingeteilt. Im vorigen Jahre hat sich die Wahlrechtskommission und das Plenum des Abgeordnetenhauses allerdings auf einen anderen Standpunkt gestellt. Sie erklärten, daß wenn nur für einen Teil der Wähler die Steuer festgesetzt sei, dann alle Wähler nach der vorjährigen Liste auf die Abteilungen zu verteilen seien. Ich habe damals dieser Auffassung lebhaft widersprochen und auch Teile des Zentrums stellten sich auf den sozialdemokratischen Standpunkt. Aber selbst wenn man den Standpunkt der Mehrheit des Hauses vom vorigen Jahre vertritt, wäre die Verteilung des sozialdemokratischen Protestes anzuerkennen, denn es ist etwas ganz Ungehörliches, wenn innerhalb eines Wahlkreises in einem Orte das Steuerjahr 1907, in einem anderen das Jahr 1908 für die Steuerdrittteilung zugrunde gelegt wird. Man renommieret ja so viel mit dem Wahlen des Arbeiter Einkommens. Daher würden auch nach Ihrer Auffassung die Arbeiter in Rixdorf, die dort die ungeheure Mehrheit bilden, durch die Zugrundelegung der Steuer vom Jahre zuvor auf das schwerste benachteiligt. In Schöneberg aber, wo die bestehenden Klassen numerisch ausschlaggebend sind, brachte man das Wachstum des Einkommens durch Zugrundelegung der Steuern von 1908 in Anwendung. Wie jämmerlich es überhaupt um die Rechte des Volkes, der Arbeiter in dem Wahlkreise Rixdorf-Schöneberg bestellt ist, zeigt die Tatsache, daß für die sozialdemokratische Partei dort 29 764 Urwählerstimmen abgegeben sind, für alle anderen Parteien nur 10 355. Das dürfte interessant sein für den Herrn Finanzminister, der bezweifelt, daß eine große Anzahl Arbeiter hinter der Sozialdemokratie stehen. Das sind fast ebenso viele Wähler, wie die Freikonservativen im ganzen Lande auf sich vereinigt haben. Aber all diese Wähler sind hier vollständig ohne Vertretung. Ich erinnere auch daran, daß seinerzeit die vier Berliner sozialdemokratischen Mandate für ungültig erklärt wurden, eben weil verschiedene Listen aufgestellt worden waren. Damals wurde das Steuerjahr 1908 für die Einkommen bis 3000 Mark in Anrechnung gebracht, für die

Einkommen über 3000 Mark, wo die Listen noch nicht vorlagen, auf das Jahr 1907 zurückgegriffen. Heute soll das, was in Berlin unrichtig war, für Rixdorf-Schöneberg richtig sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo bleibt die Logik, die Gerechtigkeit, wo bleibt die politische Billigkeit? Herr Fischbeck wird nachher wahrscheinlich mit der formalen Ausrede kommen, daß in Berlin die Verschiedenartigkeit der Drittteilung innerhalb der Urwahlbezirke erfolgt ist. (Sehr richtig! bei der fortsch. Volkspartei.) Wenn aber innerhalb des gleichen Wahlbezirks Rixdorf-Schöneberg verschiedene Steuerzahlen für die Klassen drittteilung zu Grunde gelegt werden, so ist das für jeden Menschen mit sozialem Empfinden, mit gesundem Logik und politischem Anstandsgefühl genau das gleiche. (Widerpruch, sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das damals als unbillig empfunden wurde, so haben wir das Recht, auch heute zu verlangen, daß Sie die Wahl Reinbacher für ungültig erklären.

Die Ungültigkeit der Heranziehung verschiedener Jahre wurde seinerzeit von der Mehrheit genau so begründet, wie ich heute die Ungültigkeit der Verschiedenartigkeit der Steueranrechnung in Rixdorf und Schöneberg begründet habe. Auch damals war das Moment der von einem zum anderen Jahre variierenden Steuerleistung ausschlaggebend, und jetzt soll mit einem Male dieses Moment völlig ausschneiden. Es soll gleichgültig sein,

weil eben diesmal die Proletarier, die Keinen Handwerker und kleinen Geschäftskente die Leidtragenden sind.

Deren Interessen kommen für Sie offenbar nicht in Frage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Können Sie nicht etwa mit der kläglichen Ausrede, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre sich für die Zulässigkeit der Zugrundelegung der Steuerleistung verschiedener Jahre bei der Wahl der Berliner Abgeordneten erklärt. Gewiß, wenn Sie im vorigen Jahre sich auf unseren Standpunkt gestellt hätten, hätten wir keine Veranlassung, das Verfahren, das jetzt in Schöneberg-Rixdorf angewandt ist, anzusehen. Aber Sie haben unseren Standpunkt ja nicht anerkannt und deshalb verlangen wir jetzt von Ihnen Konsequenz. Sie sollen zeigen, ob Sie Ihre Verschlüsse lediglich davon abhängig machen, ob die Ungültigkeitserklärung einen Vertreter der Sozialdemokraten oder den einer bürgerlichen Partei betrifft. Unser zweiter Protestgrund war, daß bei der Zuteilung von Wählern mit gleicher Steuerleistung vielfach nicht die alphabetische Reihenfolge der Namen der Wähler, sondern der Straßen angewendet worden ist. Der Rixdorfer Magistrat gesteht diesen Fehler auch unumwunden zu und entschuldigt sich damit, daß er zur schleimigen Aufstellung der Listen zum Teil junge Anwärter habe annehmen müssen. Diese ungeheuerliche Verletzung des Wahrgesetzes

will die Kommission ebenfalls durchgehen lassen. Sie sagt, das sei kein Grund für die Ungültigkeitserklärung, denn bei richtiger Anwendung des Wahrgesetzes wäre auch kein anderes Wahlergebnis eingetreten. Als wir aber bei den Berliner Wahlen Beweiserhebungen darüber verlangten, ob die angeblich falsche Aufstellung der Listen am Wahlergebnis das geringste ändern würde, erklärte die Mehrheit dieses Hauses, daß es darauf gar nicht ankomme, sondern daß die bloße Tatsache von Verstößen für die Ungültigkeitserklärung genüge. Also die Kommission kann so und kann auch anders, je nachdem es sich um den Hinauswurf eines Sozialdemokraten oder eines Angehörigen des Byzantinerblocks handelt. Auf Ihre Entschuldigungen mögen ja diese Darlegungen ohne Einfluß sein. Aber das entsetzte Volk, die Wahlrechtsheloten, die jetzt schon unter dem erbärmlichen Wahlsystem so schwer leiden, werden sich empören, wenn sie erfahren, daß man die kläglichen Kräfte und Pfiffe zur Anwendung bringt, um ihr ohnehin so erbärmliches Wahlrecht noch mehr zu verkränken. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbeck (fortsch. Sp.): Die Kommission hat bei dieser Wahl genau die gleichen Grundzüge wie bei den Berliner Wahlen und zahlreichen anderen beobachtet. Die ganze Beweisführung des Herrn Ströbel fällt in sich zusammen, wenn man den springenden Punkt, den Herr Ströbel ja selbst erwähnt hat, berücksichtigt, daß nämlich in Berlin in den Urwahlbezirken, wo die Steuerlisten zusammengezählt und dann gedruckt wird, verschiedene Steuerlisten bei der Aufstellung der Wählerlisten zugrunde gelegt waren, während es sich bei dieser Wahl um verschiedene Steuerlisten in verschiedenen Gemeinden handelt. Rixdorf und Schöneberg sind doch keine gemeinschaftlichen Urwahlbezirke. Im übrigen hätte Herr Ströbel besser getan, über diesen Wahlprotest nicht noch zu reden, denn die Art, wie dieser Protest eingebracht ist, ist in der Kom-

mission mit Recht als Frivolität bezeichnet worden. In vielen Punkten ist Protest erhoben, weil es den Wahlmännern angeblich an wenigen Stimmen gefehlt hätte, trotzdem tatsächlich die sozialdemokratischen Wahlmänner gewählt waren. (Hört! hört!) Wenn man der Kommission zumute, tagelang über Protestpunkte zu verhandeln, die sich nachher als völlig unbegründet herausstellen, so soll man sich nicht noch hierher stellen und die Sache zu beschönigen suchen. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Das, worüber Herr Fischbeck zuletzt geredet hat, kommt ja bei dem, was ich ausgeführt habe, gar nicht in Frage. Nach dieser Richtung hin war gegen die Feststellungen in der Kommission gar nichts einzuwenden. Also das hätte sich Herr Fischbeck ersparen können, aber die Absicht war ja zu durchsichtig. Im übrigen hat Herr Fischbeck meine Ausführungen nicht zu entkräften vermocht. Wenn Sie den Grundfah aufstellen wollen, daß mit Recht in einem Wahlbezirk die eine Stadt die Listen so aufstellt, und die andere die Listen so, dann ist der Wahlerruption Tür und Tor geöffnet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer schließt uns davor, daß das abjektiv geschieht? Mir sieht es beinahe wie Absicht aus. Es wird oft vorkommen, daß eine kleine Bourgeoisestadt in der Wahlkreisverteilung verflochten ist mit einer Proletarierstadt und daß die kleine Stadt mit den Steuerlisten fertig ist, die Proletarierstadt noch nicht. Wenn dann das eine Jahr ein Jahr der wirtschaftlichen Depression und das folgende ein Jahr des Aufschwungs ist, wo die Erhöhungen der Löhne eine erhebliche Rolle spielen, wie das in Rixdorf der Fall gewesen ist, dann braucht man in der Proletarierstadt nur das vorige Jahr heranzuziehen, um die Arbeiter in der scheußlichsten Weise zu benachteiligen. Wenn Sie sich das überlegen, werden Sie mit mir zu dem Ergebnis kommen, daß wenn man den Proletariern das geringe Maß von Rechten, das ihnen das Dreiklassenwahlsystem zugestiftet, wenigstens sichern will, man mit solchen Ungehörlichkeiten, wie sie in Rixdorf vorgekommen sind, aufräumen und die Wahl von Reinbacher für ungültig erklären muß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission auf Gültigkeitserklärung der Wahl wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes, betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten.

Eine längere Debatte entspinnt sich lediglich über einen Zusatzartikel auf Streichung des Kommissionsbeschlusses, wonach die Anstalten verpflichtet sind, ein Viertel ihres Vermögens in preussischen Staats- oder in Reichspapieren anzulegen. Schließlich wird der Antrag abgelehnt und das Gesetz in zweiter Lesung und hierauf en bloc in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Wohnungsgeldzuschüsse für Beamte.

Eine Reihe von Anträgen wünscht Änderungen in den Ortsklassen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Der Standpunkt der Regierung ergibt sich aus dem historisch gewordenen Zustand, wonach stets auf eine Übereinstimmung der Beschlüsse des Reichs und Preußens in bezug auf den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten das größte Gewicht gelegt wurde. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich um Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Nach den Kommissionsbeschlüssen wird eine große Ungleichheit zwischen verschiedenen Kategorien der preussischen Beamten geschaffen. Das wird kein Beamter verstehen können. Eine solche Regelung des Wohnungsgeldzuschusses ist für die Regierung unannehmbar. Ein Scheitern der Vorlage wäre aber um so bedauerlicher, da die Regierungsvorlage für das Gros der Beamten eine Verbesserung bedeutet.

Abg. v. Hennigs-Zechlin (kons.): Die Situation liegt jetzt klar so, daß wenn nicht die Kommissionsbeschlüsse beseitigt werden, die Vorlage gefallen ist. Dafür können meine Freunde die Verantwortung nicht übernehmen. Im Interesse der großen Mehrzahl der Beamten bitte ich, keine lokale Interessen zurückzustellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Giesberts (B.): Der größere Teil meiner Freunde wird, dem Zwange der Dinge Rechnung tragend, für die Regierungsvorlage eintreten. Ein anderer Teil bleibt auf den Kommissionsbeschlüssen bestehen. Wir hätten gewünscht, daß die starke preussische Regierung bei den Beratungen des Reichstags ihren Einfluß mehr zugunsten der preussischen Beamten in die Waagschale geworfen hätte. (Bravo! im Zentrum.)

Minuten heruntergezählt. Leider wurde über diese Dreißigstündigkeit nicht mal mit Hischen quittiert. Abgegeben von der Sitzung, war auch das Spiel unter aller Kritik, stellenweise geradezu schmieremäßig. Nicht fünf Groschen war die ganze Vorstellung wert. Wenn die Leitung der Reuen Freien Volksbühne mitgeteilt hat, daß ihre Mitglieder, die der jämmerlichen Vorstellung am 29. Mai beigewohnt haben, entschädigt werden sollen, so müßten gerechterweise wir Besucher der Fingstvorstellung ebenfalls entschädigt werden, selbst wenn diese Vorstellung an das „Deutsche Theater“ schon bezahlt sein sollte. In Mitgliedertreffen der Reuen Freien Volksbühne macht sich stark die Ansicht geltend, daß auch auf anderen Stadt Bühnen im letzten Spieljahr gegen selber auffallend nachlässig gespielt worden ist. Der Vereinsleitung ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie neuerdings wegen der Reklame für das Volkstheaterhaus andere künstlerische Interessen ihrer Mitglieder nicht mit der erforderlichen Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Der internationale Schriftstellerkongress, der wie wir dem Münchener Wochenblatt „Die Lesé“ entnehmen — vom 27. August bis 1. September d. J. in Lugdunum tagen soll, wird außer Fragen des Urheberrechts und Nachdrucks auch die Erleichterung eines Museums von Nachdrucken und Nachbildungen behandeln.

Die revidierte Wiener Übereinkunft zum Schutze der Werke der Literatur und Kunst ist am Donnerstag im Auswärtigen Amt zu Berlin ohne Vorbehalt von Deutschland, Belgien, Haiti, Liberia, Luxemburg, Monaco und der Schweiz unterzeichnet worden. Japan ratifizierte unter dem Vorbehalte der Artikel 8 und 11 der neuen Konvention betreffend das Urheberrechtsrecht und das Aufführungsrecht an musikalischen Werken. Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden, Spanien und Lituania waren noch nicht in der Lage, die Ratifikationsurkunden niederzulegen, weil die Vorarbeiten in diesen Ländern noch nicht so weit gediehen sind.

Zum Rektor der Technischen Hochschule in Berlin für das Studienjahr 1910/11 ist der Geheimrat Regierungsrat Dr. ing. Heinrich Müller gewählt worden. Müller, der zur Unterscheidung von den vielen Namensvettern nach seiner Geburtsstadt Müller-Breslau genannt wird, hatte schon einmal (1895/96) das Rektorat inne.

Die Trümmer einer alten Stadt aus dem 14. Jahrhundert sind etwa 20 Kilometer von Zarizyn (Rußland) bloßgelegt worden. Die aufgefundenen Münzen weisen auf die Zeit der türkischen Kocaben-Fürsten (13. bis 14. Jahrhundert) hin.

Ein Denkmal für die Fremdenlegion. In Saïda in Algerien wurde kürzlich ein Denkmal enthüllt, das zur Erinnerung an die Soldaten der Fremdenlegion errichtet ist, die in den Kämpfen in Süd-Oran den Tod fanden. Es ist ein Werk des Bildhauers Robert Delandre; auf einem Piedestal, zu dem Stufen hinaufführen, steht in kriegerischer Haltung ein Offizier des Kolonialheeres, der in einer Hand die französische Fahne schwingt und mit dem Degen in der anderen auf einen am Fuße des Piedestals lauernden riesigen Löwen weist.

Kleines feuilleton.

Das neue Syphilis-Heilmittel. Wir berichteten vor einiger Zeit von den Forschungen des Prof. Paul Ehrlich (Frankfurt a. M.), dem es gelungen sein soll, ein wirksames Mittel gegen die entsetzliche Syphilis gefunden zu haben. Natürlich mußte und muß man die Nachrichten über solche Entdeckungen, so lange nicht alles aufs genaueste wissenschaftlich überprüft ist, mit Vorsicht und Zurückhaltung aufnehmen, damit nicht Hoffnungen erweckt werden, denen die schrecklichste Enttäuschung auf dem Fuße folgt. Wir warnten denn auch damals vor überstürzten Illusionen und wiederholten diese Warnung auch heute noch, obwohl inzwischen durch weitere Proben und Untersuchungen die Wahrscheinlichkeit im Wachsen ist, daß Ehrlichs Mittel in der Tat Heilungen zu erweilen vermag, wo die ärztliche Wissenschaft bisher versagte oder erst nach unfähig langer Behandlung Erfolge — und zwar manchmal recht large und zweifelhaft — erzielte.

Sanitätsrat Dr. Beetse mann, der Leiter der Haut- und Geschlechtskrankheiten-Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, hat dieser Tage eine größere Zahl kranker vorgestellt, die mit Ehrlichs Mittel behandelt worden sind, das den Namen führt: „Dichlorhydratdioxidamidobenzo!“ — Kürzer: „Ehrlich Nr. 606“. Bei all jenen von Dr. Beetse mann vorgestellten Kranken ist „Ehrlich Nr. 606“ nur ein einziges Mal eingespritzt worden, und die Wirkung soll geradezu in Erstaunen setzen. In ärztlichen Kreisen glaubt man, mit „Ehrlich Nr. 606“ sei endlich das Mittel gegen die Syphilis gefunden. Offen wir, daß diese optimistische Auffassung sich bewahrheitet. . . .

Freiwillig im wilden Westen. Von der betwundernden Anerkennung, welche schon früher dem Dichter der Revolution im fernsten Westen von den deutschen Auswanderern und Flüchtlingen entgegengebracht ward, gibt Fr. Kapp in seinem Werke „Aus und über Amerika“ einen ergötzlichen und zugleich tiefbewegenden Bericht. Ein paar Exemplare der 1858 in New York erschienenen sechsbändigen Gesamtausgabe von Freiwilligs Gedichten kommt in einer Ansiedelung des fernen Nordwestens zur Versteigerung; der Kreis der Bieter, lauter heimatlustige Männer, die der Sturm des Jahres 1848 in diese Widnis geworfen hat: ein Dr. juris aus Hessen, der jetzt mit einem Joch Ochsen Fuhrmannsdienste tut; ein ehemaliger lutherischer Justizbeamter; ein vormaliger Arzt in der ungarischen Armee; ein klüchtiger preussischer Offizier, ein pfälzischer Schulmeister, ein paar Hanauer Freischärler, ein Dresdener Schneider und was der wunderlichen Menschenkinder mehr sind, die zusammen keine 3 Dollar bares Geld haben. Dafür wird in Naturalien gesteigert; der Darmstädter Doktor ersteht die 6 Bände für eine Last Brennholz, der Offizier bezahlt einen Wand, mit einem selbstgefertigten Stuhl, ein dritter zahlt in Wehl, ein vierter in Sägeböden, bis endlich trotz aller Armut sechs vollständige Exemplare abgesetzt sind. „Lach und wenigstens die Gedichte kaufen“, sagt eine verblümmert und verarbeitete aussehende Frau zu ihrem Manne, „wäre es auch nur

um das schöne Gedicht: „Ehre jeder Stirn voll Schweiß!“ — „Der Wind“, sagt Kapp, „mit welchem die Frau ihren Mann anfaß, und die Freude, mit welcher sie das gegen zwei irdene Krüge erhandelte Buch einsteckte, hatten etwas ungemein Rührendes und enthielten eine vollständige Passionsgeschichte.“ (Aus der von der Buchhandlung Vorwärts zur Erinnerung an den 100. Geburtstag unseres großen Dichters herausgegebenen Freiligrath-Kummer. 16 Seiten illustriert 0,20 M.)

Humor und Satire.

Duell.

Von dem Peary wie vom Cool hat der Nordpol bald genug. Ihn hat jeder der zwei Kunden Zeils entdeckt und teils erfunden.

Bären sie, bei gleicher Schärfe, Zeutsche Krieger der Refärs, hätten sich die Ergenossen Mittels des Duells erschossen.

Wirklich ward auch über Nacht Eine „Forderung“ überbracht. Dr. Cool schlug sich als Hanke: Er zederte sie an Franke.

Zweikampf zwischen Nordpolküstern, Rosenfrei, gesund und nüchtern, Ohne Wunden, ohne Schuß. Nur daß einer „bluten“ muß.

Gottlieb im „Tag“

Hat Jesus gelebt? Ganz offen gestanden, lieber Amtsbruder, hätte ich lieber gesehen, daß Jesus in Preußen gelebt hätte; dann hätten wir wenigstens seine polizeiliche Anmeldung.

Der Lokalschulinspektor: „Im großen und ganzen bin ich mit den Leistungen der Klasse zufrieden, aber Sie sollten doch unter der Hand festzustellen suchen, ob der Vater des Knaben, der den Satz „das Zentrum ist die vornehmste Stütze von Thron und Altar“ so unorthographisch geschrieben hat, nicht doch Sozialdemokrat ist!“

Sein weiches Herz vertägt das nicht. „Rein, liebe Frau, Ihre Wohnung in meinem Hause müssen Sie sofort räumen! Sie haben Ihre Arbeit verloren, Sie haben Ihre Möbel verkauft, Sie haben nichts zu essen, außerdem ist Ihr Mann ein Krüppel, — so viel Unglück auf einem Hausen kann ich in meinem Hause nicht sehen, das greißt mich zu sehr an!“

(„Der wahre Jacob“.)

Notizen.

Die kastrierte „Medea“ im Deutschen Theater am 29. Mai war, wie man uns nachträglich mitteilt, nicht das einzige Exemplar dieser Art. Schon am ersten Pfingstfeiertag wurde dieselbe Vorstellung auf der Reichardtischen Bühne in sechzig

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. (Neben dem dritten Besuche der Sekundärbahnvorlage, Anträge, Petitionen.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Frau von Schönebeck vor den Geschworenen.

Am gestrigen Tage, dem fünften Verbandstage, wurde die verantwortliche Vernehmung der Angeklagten beendet. Es zeigt sich bei aller Rücksicht, die der Vorsitzende der Angeklagten angedeihen läßt, und trotz des Säugens, den die Angeklagte durch ihre Verteidiger genießt, daß die Art einer Vernehmung eines Angeklagten eine geistige Tortur ist. Statt der Angeklagten Gelegenheit zu geben, im Zusammenhang das, was sie gegen die Anklage zu erwidern hat, vorzutragen, wird ein Frage- und Antwortspiel zwischen dem Vorsitzenden und der Angeklagten gepflegt, das auch den gebildeten, ungeschuldeten Angeklagten durch eine unvorsichtige eigene Verwendung, vor allem durch die im besten Glauben fortwährend von dem Vorsitzenden vorgetragenen eigenen Sentiments (Ansichten) in eine üble Lage zu bringen vermag. Auffallend ist die beinahe liebevolle Behandlung, die der Vorsitzende der „Stimme aus dem Grabe“ angedeihen läßt. Und doch zeigt schon das wenige, was über von Göbens Aussagen, Briefe und Verhalten in die Presse gebracht werden kann, daß der Würdiger des Herrn von Schönebeck etwas außerordentlich Schwankendes, Hinterhältiges, Unaufrichtiges, Feiges in seinem Charakter zu haben schien. Interessant wäre es und zur Vervollständigung des Charakterbildes des Mörders, dem auffallenderweise Gelegenheit gegeben war, in der Untersuchungshaus kurz vor seiner Aburteilung sich zu erschließen, zu erfahren, ob nicht auch das Sernalleben dieses Mannes etwas Pathologisches aufwies. Seine Auslassungen deuten darauf hin, daß die Sehnsucht nach Aufreißung und ein Drang nach Verächtigung seiner Männlichkeit miteinander kämpften. Außerordentlich befremdend ist es, daß die Angeklagte und Hauptmann von Göben nicht sofort, nachdem von Göben zum ersten Male die Angeklagte belastet hatte, gegenüber gestellt sind. Das ist eine schwere Unterlassung, die der Ermittlung der Wahrheit wahrlich nicht dienlich war.

Die Vernehmung und das wenn auch unabsichtliche Bestreben des Vorsitzenden, den toten Militär gegenüber der Angeklagten, die sich ihm hingegeben hatte, zu verherrlichen, drängen die Frage auf, ob das englische Verfahren, in dem nicht der Vorsitzende, sondern Staatsanwaltschaft und Verteidigung die Befragung durchführen, nicht zweckmäßiger ist. Die unabsichtlich aus der Art der Fragestellung und aus seinen Zwischenbemerkungen sich widerspiegelnde Ansicht des Vorsitzenden eines Gerichts überträgt sich zum Schaden der Ermittlung der Wahrheit gar zu leicht auf die Geschworenen, insbesondere dann, wenn es, wie im vorliegenden Fall, durchweg ländliche Geschworene sind.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung beantragte die Verteidigung, den Psychiater Freiherr v. Schrenk-Rohring zu vernehmen. Dieser hat ein umfassendes Gutachten über die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit des Hauptmanns v. Göben erstattet. Danach vertritt Hauptmann v. Göben über eine lebendige Erzählungsgabe und ließ sich durch die Lebhaftigkeit seines Witzes und seines Witzes, an die Realität seiner Phantasiegebilde zu glauben. Er ist an der pseudologia phantastica (phantastische Selbstbeschuldigung). Er zeigte schon frühzeitig einen großen Hang zum Draufgehen. Er ließ sich oft durch seine zügellosen Phantasieereien zu Uebertreibungen in seinen Erzählungen, zu Renommistereien und träumerischen Gräbelereien verleiten, so daß er oft nach seiner eigenen Mitteilung nicht mehr wußte, was von seinen phantastischen Erzählungen wirklich wahr und was auf Einbildung beruhte. Der Sachverständige Freiherr v. Schrenk-Rohring soll aus dem, was ihm v. Göben erzählt hat und aus seinem Urteil über v. Göben heraus angenommen haben, daß Frau v. Schönebeck wahrscheinlich niemals ernstlich an die Möglichkeit einer Tötung ihres Gatten gedacht hat. Dem Antrage wurde stattgegeben. Der Zeuge soll zum nächsten Mittwoch geladen werden. Gleichfalls auf Antrag der Verteidigung wird beschloffen, zu demselben Tage eine Zeugin Neubauer aus Berlin zu laden. Diese hat mitgeteilt, sie habe mit Herrn v. Göben in Verlehn gestanden, kenne seinen Charakter genau. Er sei schwer zu beeinflussen, außerordentlich phantastisch und rücksichtslos und habe, um eine Frau zu gewinnen, über Leichen gehen können.

Bei der weiteren Vernehmung der Angeklagten

bestreitet diese mit aller Entschiedenheit, daß sie dem Hauptmann v. Göben geraten habe, sich unkenntlich zu machen. Auf die Frage, ob sie dem v. Göben ihr Leid in der Ehe gesagt habe, erklärt sie wiederholt: Ich kann nur wiederholen, daß ich niemals diejenige war, die Klage. Herr v. Göben hat sich in seiner wohlwollenden Liebe und Eifersucht so zurecht gelegt. Er wurde eifersüchtig, wenn mein Mann mir mal ein Geschenk machte. Natürlich wenn Szenen in einer Ehe vorfallen, wie das überall der Fall ist, so erzählt man es einem Freunde doch. Ich habe ihn aber nie aufgefaßt. Das ist in dem krankhaften Gehirn des Herrn v. Göben so entstanden. Ich stehe doch nicht in seinem Kopf. Er war bei jeder Kleinigkeit schon aufgeregt. Einmal dulde er nicht, daß ich zu einem Ball hinging, weil er glaubte, daß dort jemand sei, der mir den Hof machen würde. Das waren krankhafte Vorstellungen bei ihm und dem gegenüber war ich machtlos. Niemand wird sagen können, daß ich jemals meinen Mann schuldig gemacht habe, und das habe ich auch nicht Göben gegenüber getan. In seiner krankhaften Liebe zu mir ist das lediglich in seinem Kopf so entstanden. — **Vors.**: Sie müssen ihm doch aber mehrfach gesagt haben, daß er Sie befreien solle. — **Angell.**: Damit war ja nur die Scheidung gemeint, die er durchaus haben wollte. Er sagte, er wolle meinen Mann in einem Duell auffordern, sich scheiden zu lassen, und er sagte mir, daß es eine ganz christliche Sache zwischen Offizieren sei, wie jedes andere Duell, so ein Duell ohne Zeugen. Das habe ich ihm dann natürlich geglaubt. Wie konnte ich annehmen, daß Herr v. Göben etwas Unehrenhaftes tun werde? — **Vors.**: Sie konnten aber doch seine Aufgereiztheit, Sie wußten, daß er eine krankhafte Natur war und zu allem fähig sei. Da konnten Sie doch nicht mit ihm so sprechen, wie mit uns ruhigen Männern. (Verteidiger Staatsanwalt Salzmann schüttelt den Kopf.) Ja, Herr Salzmann, ich weiß nicht, ob es sich nicht auch auf Sie bezieht. (Große Heiterkeit.) — **Angell.**: Ich konnte ja niemals denken, daß er eine derartige Tat ausführen würde. Ich nahm an, daß er mit meinem Mann sprechen würde. — **Vors.**: Sie müssen doch aber auch sich selbst gesagt haben, daß Ihr Mann sich niemals auf eine solche Sache eingelassen hätte. — **Angell.**: Ich glaube auch, daß mein Mann sich niemals darauf einlassen würde. — **Vors.**: Dann wäre ja die Sache zu Ende gewesen. — **Angell.**: Mein Mann mußte allerdings, wenn Herr v. Göben ihm gegenübertrat, darauf bestehen, daß ich intimen Verkehr mit ihm hätte, und da mußte mein Mann Stellung dazu nehmen und sich scheiden lassen. — **Vors.**: Um dieses Ihrem Mann zu sagen, hatte Herr v. Göben doch oft genug Zeit, er war mit ihm oft allein im Zimmer. — **Angell.**: Ich habe doch gesagt, er solle es nicht tun. — **Vors.**: In einer solchen Unterredung geht man doch nicht mit der Pistole in der Hand. — **Angell.**: Ich wußte doch nicht, daß er mit der Pistole hinhören würde. Er hat mir immer nur gesagt, er werde meinen Mann zu einem Duell fordern und es sei das eine ganz christliche Sache, —

Vors.: Aber er hat hingefügt: Mit der Waffe in der Hand. — **Angell.**: Zum Duell gehört doch auch eine Waffe. — **Vors.**: Haben Sie niemals mit ihm davon gesprochen, daß er sich unkenntlich machen

solle. — **Angell.**: Das wäre doch unnötig gewesen, ich habe ihm nie zugetraut, daß er etwas Unehrenhaftes, was eines Offiziers unwürdig sei, tun würde. Wenn er sich unkenntlich gemacht hätte, wäre das doch eine lokale Sache gewesen, ein Wort. — **Vors.**: Hauptmann v. Göben hat auch gesagt, von einer Waffe hat mir Frau v. Schönebeck nichts gesagt, nur ich soll mich unkenntlich machen. — **Angell.**: Nein, das wäre ja widerständig gewesen, ich weiß von einer Waffe nichts. — **Vors.**: Sie haben bei der ersten Vernehmung gesagt, Sie seien entsetzt gewesen, als Sie hörten, daß er eine Waffe gehabt habe. Sie hätten ihm das niemals zugetraut. — **Angell.**: Ja. — **Erster Staatsanwalt Salzmann:** Die Angeklagte kannte doch den Charakter Göbens. Glauben Sie, wenn Ihr Mann ihn auslachte, daß Göben ruhig wieder weggegangen wäre? — **Angell.**: Jedenfalls glaubte ich nicht, daß er dann gleich ins Gesicht schießen würde. Er wollte ein Duell. — **Vors.**: Wie ich meinen Mann kenne, hätte er ihn zwar nicht ausgelacht, aber den Burtschen geklingelt und ihn hinausgeworfen. Am nächsten Morgen wäre er dann zum Kommandeur gegangen. — **Vors.**: Und meinen Sie, daß Göben dann ruhig davongegangen wäre? — **Angell.**: So habe ich mir das gar nicht ausgedacht. — **Vors.**: Man muß doch die Konsequenzen ziehen. — **Angell.**: Verliebte Leute ziehen eben keine Konsequenzen. — **Erster Staatsanwalt:** Nun war doch schon die Arsenikaffäre vorangegangen, das mußte Sie doch auch ruhig machen. — **Angell.**: Das war doch eine verrückte Idee Göbens. Ich hatte ihn ja auch gesagt, wie eifersüchtig er sei, da konnte ich doch nicht denken, daß er gleich ins Gesicht losknallen werde. — **Vors.**: Leider Gottes ist das doch aber geschehen. — **Angell.**: Daran denkt man doch nicht, zumal als Frau. Ich glaube nicht, daß eine Frau jemals so denken wird. — **Vors.**: Sie sagen, Hauptmann v. Göben sei exaltiert gewesen. Sie erinnern sich doch, wie Sie selbst zugeben, an die Duellgeschichte, und von der Arsenikaffäre mußten Sie auch. Sie wußten jedenfalls, daß Göben mit dem Gedanken der Beseitigung Ihres Mannes spielte? — **Angell.**: Jawohl, das wußte ich, ich hielt es aber nicht für so ernst. — **Vors.**: Unter solchen Umständen war es außerordentlich gefährlich, was Sie taten. — **Angell.**: Ich habe ihm ja abgeraten von der Duellgeschichte. — **Vors.**: Von einem Mann, der mit diesem Gedanken spielt, der Ihrem Mann offen mit der Waffe entgegengetreten will, können Sie doch nicht sagen, daß Sie es nicht ernst aufgefaßt haben. Sie hätten Göben doch in dieser Beziehung durchschauen müssen. — **Angell.**: Er sprach immer nur von einer Ehescheidung. —

Nur eine Liebesepiße.

Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn: Hat die Frau Angeklagte nicht geglaubt, daß die Liebe zu Göben sich mit der Zeit legen würde? — **Angell.**: Jawohl. — **Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn:** Fürchten Sie sich nicht sehr vor Göben, drohte er nicht mit Erschießen. — **Angell.**: Das tat er wiederholt. Wenn ich mich nur gleichgültig zeigte, kam gleich die Eifersucht zum Durchbruch. Ich dachte auch, seine wahnsinnige Liebe würde mit der Zeit abflauen. Ich war ja gerade zu Weihnachten ruhiger geworden, man schlichtet doch so leicht von sich auf andere. — **Staatsanwalt Salzmann:** Ich konzediere der Angeklagten ohne weiteres, daß sie ein Zusammenreffen Göbens mit Major v. Schönebeck auf der Jagd allein verhindert, sie wollte ein Unglück dort vermeiden. — **Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn:** Wenn der Angeklagten an der Ehescheidung lag, brauchte sie ja nur mit Göben offiziell nach Königsberg zu reisen, dann hätte sich ja Herr v. Schönebeck scheiden lassen müssen. — **Angell.**: Ich wiederhole, die Scheidungsidee ging von Göben aus. Ich sagte immer, es liege gar kein Grund zur Ehescheidung vor. — **Vors.**: Was sagten Sie zu der Idee eines ordentlichen Duells mit Zeugen und Unparteilichen? — **Angell.**: Ich sagte, daß mein Mann sich meinetwegen nicht scheiden würde. — **Vors.**: Göben sprach doch aber davon, mit Ihnen im nächsten Jahre unter dem Lannbaum vereint zu sein. — **Angell.**: Ich habe mit ihm darüber nicht gesprochen, ich habe eine solche Idee nicht gehabt. — **Vors.**: Sie haben doch aber der Mutter des Hauptmanns v. Göben detaillierte Angaben über das gemacht, was nach der Ehescheidung geschehen sollte. — **Angell.**: Ich weiß gar nichts, was ich an Frau v. Göben im einzelnen geschrieben habe. — **Staatsanwalt Salzmann:** Zum Untersuchungsrichter sagte die Angeklagte, sie wollte die Ehescheidung und habe fast täglich darüber mit Göben gesprochen und darauf gehofft. — **Angell.**: Jawohl, aber nicht gern. — **Verteidiger, Justizrat Sello:** War es nicht so, daß gerade Weihnachten 1907 Ihr Verhältnis zu Ihrem Gatten ein wohlwollenderes geworden war? Dachten Sie nicht daran, daß auch die Episode Göben einmal in Ihrem Leben vorübergehen würde? — **Angell.**: Gewiß, daran habe ich gedacht. Und das glaube ich auch von Göben. Ich war zu Weihnachten so viel mit meinen Kindern beschäftigt, daß eigentlich der Gedanke an Herrn v. Göben in den Hintergrund trat. Göben ist ja auch längere Zeit nicht gekommen, und ich weiß jetzt, woher die Bestimmung kurz vor Weihnachten stammt. Wir waren am 14. Dezember in Königsberg gewesen. Er sagte dort, er wolle mit mir am zweiten Weihnachtstage wieder nach Königsberg fahren. Ich sagte zuerst ja, dann aber sagte ich wieder nein, da ich Weihnachten mit meinen Kindern zusammen sein wollte. Darauf belam ich von Göben mehrere unglückliche Briefe.

Vors.: Einer von diesen Briefen ist gar nicht in Ihre Hände gelangt. Er lautet: „Der Tag ist vergangen und kein Wort von meiner To. Jedesmal, wenn der Burtsche hereinlan, bin ich aufgefahren in der Hoffnung: Jetzt, jetzt bringt er ein Wort von Dir, von Dir, die mein Denken, mein alles beherrscht. Aber nichts ist gekommen. Der Gedanke, meine To ist böse, ist verletzt, will mir nicht schreiben, quält mich. Ich verstehe nicht, To, begreife Du denn nicht, daß all mein Tauschen nur Liebe ist, nur die rasende Liebe? Die quälende Sehnsucht nach Dir, nach Dir, Du mein Einziges, Höchstes. Habe ich denn so unrecht getan, daß Du kein Wort für mich hast? Selbst wenn ich unrecht hätte, so müßtest Du doch herausgeföhlt haben, wie wahnsinnig ich nach Dir schreie, wie ich von Sinnen, von Sehnsucht und Liebe bin. Bist Du eine so strenge Richter, wenn man in diesem Zustand ein Wort zu Dir sagt? Gibt es denn keine Seelenverbindung, daß Du nicht fühlst, wie ich leide, wie es mich quält? Die schreckliche Angst, die ständig meine Phantasie erfüllt, ist schon genug, um mich ruhelos zu machen. Nun kommt dieses noch hinzu. Es ist keine Sache von Belang, ob wir unsere schönen Pläne ausführen. Das soll und kann unseren weiteren Verkehr nicht stören. Ich kann mich nur des Bedankens nicht erwehren, daß Dein Denken und Fühlen jetzt von etwas anderem in Anspruch genommen wird, und das, To, hat mir weh getan. O hättest Du ein Wort des Bedauerns, ein liebes Wort dazu gesagt. Dergl. wie gern hätte ich all meiner Freude entsagt, wenn ich gewußt hätte, meine To hat ihre Vergnügen! Ich tue es jetzt noch; ich freue mich so, daß Du diese Sache hast. Aber das Quälende ist für mich, daß Du so wenig Mitgeföhle zu haben scheint. O, wie furchtbar gern fiele ich Dir zu Füßen und stelte Dich um Verzeihung an! Ach, komm mir doch ein bißchen entgegen! Schreibe mir doch ein kurzes Wort, daß ich unrecht habe! Ich glaube es Dir, ich will jubeln. Jetzt, Sag, Süße, kann ich es nicht. To, was habe ich Dir getan, daß Du mich so wahnsinnig quälen kannst. Ich komme mir wie ein Verbrecher vor. In diesem Fall kommt Du mir wirklich lieblos und herzlos. Ich weiß, daß alles momentan allzu heiß kommt; aber, Liebling, ich kann nicht anders. Daß wir uns den gesellschaftlichen Verpflichtungen unterordnen haben, weiß ich. Aber ein Wort des Mitleids tut sehr gut. Du Süßes, Sonniges, Du Engel an Liebe und Güte! To, ich liebe Dich so wahnsinnig; ich kann nicht mehr leben, ohne mit Dir eines zu sein. Bitte, bitte, hilf uns beiden! Ich lasse Deinen Mund, Dein O, Schloße süß und ruhig, das ist mein Gebet.“ — **Angell.**: Die Bestimmung kam, weil ich mit Herrn v. Göben am zweiten Weihnachtstage nicht nach Königsberg fahren wollte. — **Vors.**: Unter gesellschaft-

lichen Verpflichtungen, von denen in diesem Briefe gesprochen wird, hat sich Herr v. Göben doch wohl etwas anderes vorgestellt. — **Verteidiger Rechtsanwalt Bahn:** Ich glaube, es handelte sich um ein Malheur. — **Staatsanwaltschaftsleiter Salzmann:** Nein, ich glaube, es war Besuch im Schönebeck'schen Hause angefragt oder eine Theateraufführung im Kasino geplant. — **Angell.**: Darauf kann es sich bezogen haben. Herr v. Göben war ärgerlich, er wollte zuerst kommen und dann erst die Kinder. Ich aber sagte mir: Erst die Kinder und dann Göben. — **Verteidiger Justizrat Sello:** Dieser Brief ist gar nicht mehr in die Hand der Frau Angeklagten gekommen.

Weshalb wieder verlobt?

Vors.: Wie ist es gekommen, daß Herr v. Göben, der eine Zeitlang ausgedient war, mit einem Male am 23. Dezember wieder bei Ihnen ersahen, ebenso am 24. und am 25. Dezember? — **Angell.**: Das weiß ich nicht. Es handelte sich besonders um Weihnachten. Er wollte Weihnachten bei uns sein. — **Erster Staatsanwalt Salzmann:** Weiß die Angeklagte, weshalb Herr v. Göben den Brief nicht abgeschickt hat? — **Angell.**: Das weiß die Verlobte so schnell vorüber war? — **Angell.**: Nein. Ich erkläre es mir daraus, daß Herr v. Göben sehr viele Briefe an mich schrieb und dachte, diese vielen Briefe würden mir lästig sein. — **Verteidiger Rechtsanwalt Bahn:** Es werden hier Zeugen kommen, die bekunden werden, daß Herr v. Göben zeitweise

totale Noheit

bewiesen hat. Ich bitte, die Angeklagte zu fragen, ob sie derartige Noheitszüge wahrgenommen hat, oder ob sie vielmehr in Göben nur den preussischen Offizier sah? — **Angell.**: Nein, ich habe nie Noheit an ihm wahrgenommen. — **Staatsanwaltschaftsleiter Salzmann:** Sie haben doch zugestanden, daß Sie vor ihm Angst gehabt haben und daß dies Sie lebendig dazu bewegen hat, das Arsenik anzunehmen. — **Vors.**: Das habe ich doch dahin verstanden, daß Sie Angst vor seinen phantastischen Leidenschaften hatten. Die Frau Angeklagte hat wohl auch immer ihn für einen anständigen Menschen gehalten, einen sympathischen Charakter, der aber zeitweise sehr aufgeregt war. — **Angell.**: Jawohl. — **Erster Staatsanwalt Salzmann:** Es muß hier auch erst bewiesen werden, ob Jüge von Noheit bei Herrn v. Göben vorhanden waren.

Besammensein mit Pistolen?

Ein Geschworener stellt die Frage, ob Herr v. Göben für den Fall einer Ueberraschung durch Major v. Schönebeck eine Waffe bei sich getragen habe. — **Angell.**: Nein, ich habe nie eine Waffe bei ihm gesehen. Die Angeklagte erklärt dann weiter, daß sie über die Vorgänge, die sich am Tage nach der Tat

abspielten, da sie bemüht war und Schreierämpfe hatte, keine Erinnerung habe. Sie sei für alle Gefühle erstarrt gewesen. Es sei ihr nachträglich gesagt worden, daß ihr Frau Rittmeister Grach sie aufgeleitet habe, und daß sie dann wieder zu sich gekommen sei. **Vors.**: Sie haben am 1. Januar zugegeben, daß Sie gewußt haben, daß Göben sich auf dem Kasernenhof eingeschossen hat und daß er mit Ihnen darüber gesprochen habe. Sie haben erklärt, er wolle jeden niederschießen, der Mätzch über ihn verbreitet. — **Angell.**: Das weiß ich nicht mehr genau. Er soll ja vom Regimentskommandeur zur Rede gestellt worden sein, und da erklärte er, er wolle jeden, der noch einmal Mätzch über ihn herumtrage, vor die Pistole fordern. **Vors.**: Sie haben dann ausdrücklich zugegeben, daß Sie bei der ersten Vernehmung eine falsche Aussage gemacht haben, wenn Sie erklärt haben, daß Sie keinen Verdacht haben gegen jemanden, Sie wissen, daß Göben der Täter sei. Das haben Sie dem Amtsrichter gesagt. — **Angell.**: Das weiß ich auch nicht mehr.

Vernehmung am 1. Januar.

Vors.: Nun ist Herr v. Göben wieder am 1. Januar vernommen worden. Es war das eine sehr eingehende Vernehmung. Auf Antrag wird dieses Protokoll zur Verlesung gebracht. In dieser Aussage heißt es: „Frau v. Schönebeck hat mir ihr Leid mündlich und schriftlich aus freien Stücken wiederholt dargelegt. Ich habe ihr gesagt, ich wolle ihrem Manne mit der Waffe in der Hand im Walde entgegenreten. Frau v. Schönebeck hat gesagt, ihr Mann werde niemals in eine Ehescheidung willigen, da er ihr Geld brauche. Ich habe ihr dann später mitgeteilt, da der Plan im Walde sich nicht ausführen lasse, so werde ich es im Schlafzimmer ausführen. Sie meinte, das sei zu gefährlich. Später sagte sie, es sei doch wohl dasselbe wie im Walde, ich könne tun, was ich wolle. Sie aber wolle davon nichts wissen. Nach erneuten Klagen über ihre unglückliche Ehe reiste dann der Plan in mir zur Ausführung. Es ist wahr, daß meinerseits am ersten Weihnachtstage Andeutungen gemacht worden sind, daß ich die Tat ausführen wolle. Ich habe aber nicht gesagt, daß es noch an diesem Tage geschehen solle. Ich will zugeben, daß Frau v. Schönebeck verlangt hat, ich möchte ihr unter dem Weihnachtsbaum versprechen, die Tat auszuführen. Ich habe ja auch diesen Schwur geleistet. Gerade dieser Schwur war die Veranlassung, daß ich zur Ausführung der Tat schritt. Ob ich ohne den Schwur die Tat ausgeführt hätte, weiß ich nicht. Frau v. Schönebeck sagte mir, daß sie in dieser Nacht den Schweißband auf ihr Zimmer nehmen werde. Meiner Ueberzeugung nach hatte Frau v. Schönebeck Grund zu der Annahme, daß ich in dieser Nacht zur Ausführung der Tat schreiten werde. Direkt gesagt hat sie es mir nicht. Daß Frau v. Schönebeck nicht an den Tod ihres Mannes gedacht hat, ist unrichtig. Sie sagte mir ja auch, wenn ich den Plan ausführe, müßte ich darauf sehen, daß er gleich tot sei, damit er nicht nachher gegen mich aussagen könne. Wir haben eine sehr umfangreiche Korrespondenz unter der Adresse des Fräulein Eue geführt. In einem Nachtrag hat dann Hauptmann v. Göben weiter ausgeführt: Den Entschluß, Major v. Schönebeck zu töten, habe ich allein gefaßt. Ursprünglich wollte ich nur eine Ehescheidung auf gefehlichem Wege herbeiführen, aber die Klagen der Frau v. Schönebeck über ihre Lage reiften in mir den verzweifeltsten Entschluß, mit der Waffe in der Hand den Major dazu zu zwingen. Ich hatte nicht die Absicht, ihn ohne weiteres zu morden, sondern wollte ihm Gelegenheit geben, sich unter gleichen Bedingungen zu verteidigen. Ich habe auch vorher Frau v. Schönebeck genau auseinandergesetzt, wie ich vorgehen und in welcher Weise ich ihr Zeit geben wolle, zur Waffe zu greifen. Hat hat sie mir insofern erteilt, als sie sagte, daß sie den Hund mit sich auf das Zimmer nehmen wolle. Ich habe mich vor der Tat zu Hause umgezogen und Jidilleidung angelegt. Von der Waffe hat Frau v. Schönebeck nichts gewußt. Ich sollte mich nur ihrem Manne gegenüber unkenntlich machen, auf welche Weise, hat sie nicht gesagt.“

Vors.: Im wesentlichen enthält diese Aussage daselbe, wie die früheren Angaben. Göben bleibt dabei, daß er sagt, die Tat sei geplant gewesen. Frau Weber, was sagen Sie dazu? — **Angell.**: Ich bestreite das. — **Vors.**: Göben sagt: Gewiß, ich habe den Entschluß selbst gefaßt, aber ich bin zu dem Entschluß gekommen durch die Klagen der Frau v. Schönebeck. — **Angell.**: Göben sängt hier an sich auszurechnen und alles auf mich zu schieben. Das muß man deutlich herauslesen. Er will sich deden und mich hineinbringen. — **Vors.**: Dann sagt er: Sie hätten ihm Beistand geleistet dadurch, daß Sie den Hund mit nach oben genommen hätten. — **Angell.**: Und der andere Hund, der unten war? Der war doch viel gefährlicher. Im dem Hund oben ist Göben immer vorbei gegangen, ohne daß der Hund sich rührte. Obell hätte höchstens den Hund unten. — **Verteidiger Rechtsanwalt Bahn:** Weshalb hat denn Göben den Major v. Schönebeck nicht am zweiten Weihnachtstage früh auf der Jagd getötet. Diese Jagd war doch verabredet, da waren beide doch allein. Göben hat ja auch den Major ganz kaltblütig am nächsten Morgen zur Jagd abholen wollen. — **Vors.**: Meine Meinung darüber kann die sein: Er hat es deshalb nicht getan, weil man dann die Leiche im Walde gefunden hätte, und der Verdacht sofort auf Göben gefallen wäre. Wenn man die Leiche aber im Hause fand, konnte man auf einen Dieb schließen. — **Angell.**: Göben widerspricht sich ja immerzu. — **Vors.**: Gewiß, aber verstehen Sie sich doch auch in die Lage des Mannes. Er hatte in Ehren die Uniform getragen und sah wegen dieser Tat im Gefängnis. Da ist man auch Stimmungen unternommen. Selbstverständlich ersetzt einen ba Depression, und

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 11. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Kabale Butterfl. (Anfang 8 Uhr.)
königl. Schauspielhaus. Die Lieber des Euripides.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lieber unsere Kraft.
Kommerzielle. Jakob und Krüffler.
Sessing. Katernluft.
Romische Oper. Bierpuppen. Die Zauberkiste.
Neues Schauspielhaus. Der Rieger.
Kleines. Nur ein Traum. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Berliner. Talfun.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charles Lante.
Geibel. Dem gehört Helena?
Kotletterie. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Die jährlichen Verwandten. Im Zivil.
Schiller Charlottenburg. Jungfer Dörigelt.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
Sherlock Holmes.
Volkoper. Staatsanwalt Alexander.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Note. Die Schmutzler.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Gallop II — Die große Revue.
Folies Caprice. Das Gespenst.
Der Mörder. Das Verführungs-fest. Die verfolgte Unschuld.
(Anf. 8 1/2 Uhr.)
Myrios. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Variété. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tausendtrübe 48/49.
Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte. Anwaltsstr. 57—62.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
La Tortajada
in ihrer neuesten Schöpfung:
Abenteuer eines Toreros.
Les Neurs Polonaises
in ihrer Szene:
Ein polnisches Bauernfest.
Amann
Mimiker und Charakteristiker
und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Tartakoff
Blüdel
Mika Mikun
The Kaylons
Zezelarette
und das große
Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.

Lebend! Prinz Atom
der kleinste Mensch, der je gelobt.
Buddhas Tafel
weiß, kann, schreibt alles!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

Gastans Panoptikum

Friedrichstr. 165 (Pechorral).
Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.
Der Mann mit der eisernen Zunge.
Täglich 7 1/2 Uhr abends
Sonntags 4 Uhr:
Heitere Vorträge.

Folies Caprice

8 1/2 Uhr Täglich 8 1/2 Uhr
Vier heitere pikante Einakter.
Das Gespenst.
Der Athlet.
Das Versöhnungsfest.
Die verfolgte Unschuld.

Königstadt-Kasino.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Dolmarstraße 72.
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Marguerit Gilton, dress. Kaselau.
Anton Hildach, Emmy und August
Clever, Rinalur - Duo und das
andere reichhaltige Programm.
Sportmädels!
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anf. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Künstler d. Landstraße.
Kust. Anf. von Moysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.
Donnerstag, 16. Juni: Gr.
Fest-Soiree z. Gedenk für Herrn
Rudolf Schrader zur Feier seiner
20-jährigen Mitgliedschaft bei den
Stettiner Sängern.
Billetts schon jetzt zu haben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Lustspiel in 3 Akten von H. Benedig.
Hierauf: **In Zivil.**
Schwan in 1 Akt v. Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich. Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Zum Besten der ausgesperrten Bauarbeiter

Sonntag, den 12. Juni 1910,
im Café Bellevue am See (Inh.: Gustav Tempel),
Boxhagen-Rummelsburg, Hauptstraße 2:
Großes Gartenkonzert u. Vorstellung
arrangiert vom
Gesangsverein „Vorwärts-Frohsinn“ (M. d.
A.-S.-B.).
Anfang 3 Uhr. Entree 20 Pf.
Familien können Kaffee kochen.
Im Saale: Ball. 2473b*

Brauerei Friedrichshain

Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

LUNA-PARK

Terrassen am Halensee

Größter Vergnügungspark des Kontinents
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.

Neu! Schau-Tanzsaal. Neu!
Mon Pläsier - Lachhaus und viele andere
Attraktionen.

Achtung! Diez' nur Achtung!

Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungestörter Bitterung
Sitz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turnseilkünstler der Welt The Liepolds
[siehe der neuesten und größten Sensation der Gegenwart: Die Reise
um die Erde in **Saltomortale v. 10 Meter Höhe**
1 Sekunde mit dem Fahrrad in den See.
Sensationell: **The O. Goudmits**, komischer akrobatisch. Burlesk-
witz mit ihren konkurrenzlosen Akrobatenhunden. — **1. Sepomd.**
Wensch oder **Hefe?** phänomen. urkomische Affenphantasie. **Duett**
Krill, Leopold Rosser, Original-Quartett mit ihren wunder-
baren aktuellen politisch-satirischen Schlagern und das
neue beste Programm Berlins.
Jeden Sonntag:
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei.

„Pharus-Sommer-Theater“

Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten! Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Hagenbeck

Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-Straße
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.
Juni-Sensationsprogramm
Mit Ruth Radhjah in ihren indisch-Original-Tänzen im Raubtierkäfig sowie 5 neue Debuts.
Abfahrtsstelle
Schillingsbrücke
am Schleisschen Bahnhof.
Morgen Sonntag
früh 8, 9 Uhr, nach
mittags 2 Uhr
Ein 50,
zurück 60 Pf.

Heute Sonnabend Gr. Dampfer-

Mondschein - Promenadenfahrt
mit Wurst und festlich illuminierten Dampfern nach
Kyffhäuser (Rieder-Schönherwede. Dofelst: Gr. Sommerachtsball.
Abf. abends 9 1/2, bis 10 Uhr **Schillingsbrücke**
(am Schleisschen Bahnhof). Hin und zurück 50 Pfennig. 25765

Städtebau-Ausstellung

10—8 Uhr. Eintritt 1 M.
Königl. Akademische Hochschule,
Schluß 15. Juni
Groß-Berlin.
13. Juni: Geh. Baurat Eger:
„Die Entwicklung der Wasser-
straßen Groß-Berlins und anderer
Großstädte“ (Lichtbilder).

ZOOLOGISCHER GARTEN

Großes Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.

Landesausstellungspark

am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festhalle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
; von 4 Uhr ab:

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: **Täglich**
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsvorträge, Theater und
Variété-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. — Alle Dons gültig.
Im Restant.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. N. alle zu Festlichkeiten
aller Art. Max Saeger.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Nible's Festsäle

Dennewitzstr. 13
Heute Sonnabend
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.
Schöner Garten. Täglich geöffnet.
24605 **K. Nible.**

V.T. Vitaskop-Theater

Charlottenburg,
Wilmersdorfer Straße 53/54.
Heute neues Programm!
U. a.:
Wolfsjagd
in
Rußland.

Karl Haverland

Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das wunder- **Juni-Prgr.**
bare
Sonnabend, Sonntag, Mittwoh.,
Donnerstag: Ball.

Burgtheater-Kinematograph

norm. Groterjan, Inhab.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Entree 15 Pf. Orchester 10 Pf.
N. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

Schweizer-Garten

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitätenvorstellung, Volksbelustigungen.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Lessing-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Kasernenluft.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.

Neues Operetten-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu er-
mäßig. Preisen: Die Dollarprinzessin.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, 11. Juni, abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Defektikomödie in 4 Akten von
Herz. Bonn.
Morgen und folgende Tage:
Sherlock Holmes.

Lustspielhaus.

Abends 9 Uhr:
Das Leutnantsmündel
Volkoper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Abends 8 Uhr:
Staatsanwalt Alexander.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Zum letztenmal:
Die Schmutzler.
Komödie in 4 Akten von H. Dinter.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Morgen zum 25. Male: Ein-
jährig-unverheiratet.
Auf der Gartenbühne: Theater-
Vorstellung. Spezialitäten. Gr.
Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Das neue Kolossal-Programm!
Abends 9 1/2 Uhr:

Grete

die weltberühmte Schimponka.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.
Am Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauert. 6 M.

Verbandstag der Brauereiarbeiter.

Berlin, 10. Juni.

An der heutigen Sitzung des Verbandstages nahmen die Delegierten des Brauereiarbeiterverbandes und des Mühlenarbeiterverbandes gemeinsam teil. Den Verhandlungen lag ein Statutenentwurf vor, der mit Rücksicht auf die Verschmelzung von den Vorständen beider Verbände ausgearbeitet ist. — Die ersten Paragraphen wurden ohne wesentliche Debatte angenommen. Danach lautet der Name der Organisation:

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Er hat seinen Sitz in Berlin. Als Zweck des Verbandes wird neben den allgemeinen gewerkschaftlichen Bestrebungen die besondere Förderung aufgeführt:

„Abfassung der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit und des Kost- und Logiswesens. — Mitglieder können alle in den Brauereien und verwandten Betrieben, in Mühlen aller Art und in den dazugehörigen Lagerräumen, Speichern und dergleichen beschäftigten Personen werden. — Die Aufnahmegebühr beträgt in der ersten Beitragsklasse 50 Pf., in der zweiten 25 Pf.“

Eine längere Debatte entstand über die Frage des Beitrages und der Unterstützungssätze. Der Entwurf sieht zwei Beitragsklassen vor, 30 Pf. bei einem Wochenverdienst unter 18 M., 50 Pf. bei höherem Verdienst. In dieser Höhe wurden die Beiträge bisher in beiden Verbänden erhoben. — Eine Anzahl von Rednern traten für den Entwurf ein. Andere befürworteten eine Staffelung der Beiträge von 30, 40, 50 und 60 Pf., je nach Höhe des Verdienstes. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten traten auch wegen der Unterstützungssätze, namentlich wegen der Höhe des Sterbegeldes hervor, welches im Mühlenarbeiterverbande höher war als im Brauereiarbeiterverbande und höher als der Entwurf vorschlägt.

Im Laufe der Debatte brachte Ebel einen Antrag ein, welcher den Mühlenarbeitern in der Höhe des Sterbegeldes entgegenkommt, für die Gewährung desselben aber einen besonderen Beitrag von 10 Pf. monatlich fordert. — Mit Rücksicht darauf, daß die Delegierten der Mühlenarbeiter geringere Mitgliederzahlen vertreten als die Delegierten der Brauereiarbeiter, wurde beschlossen, daß bei allen namentlichen Abstimmungen die Zahlen der von den Delegierten vertretenen Mitglieder maßgebend sein sollen. — Nach diesem Abstimmungsmodus wurde die Staffelung der Beiträge mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann folgte eine mehrstündige Debatte über die Unterstützungssätze, besonders über die Karenzzeit. Während die Mühlenarbeiter bei Arbeitslosen- und Krankenunterstützung eine 7tägige, die Brauereiarbeiter aber eine 14tägige Karenzzeit haben, sieht der Statutenentwurf für beide Unterstützungszweige eine Karenzzeit von 7 Tagen vor mit der Einschränkung, daß dieselbe auf 14 Tage verlängert wird in den Fällen, wo auf Grund von § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Entschädigung in Krankheitsfällen für mindestens 7 Tage gewährt wird. Diese Bestimmung hat für einen Teil der Brauereiarbeiter praktische Bedeutung. — In dieser Debatte traten die Gegensätze zwischen den Freunden und den Gegnern der Verschmelzung manchmal wieder scharf hervor. Die Freunde betonten, man müsse den Mühlenarbeitern hinsichtlich der Unterstützung entgegenkommen, um die Verschmelzung zu ermöglichen. Von anderer Seite wurde dagegen hervorgehoben, daß der Brauereiarbeiterverband im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl nicht soviel für Unterstützungen ausgeben wie die Mühlenarbeiter. Vergünstigungen im Unterstützungsweifen würden den Mühlenarbeitern zugute kommen, die Brauereiarbeiter aber belasten und den gewerkschaftlichen Kämpfen Mittel entziehen. Nur in der Arbeitslosenunterstützung könne eine Herab-

setzung der Karenzzeit befürwortet werden, im übrigen müßten Verkürzung der Karenzzeit und Erhöhung der Unterstützungen abgelehnt werden. Ein Redner, der diesen Standpunkt vertrat, meinte, ein kleiner Verband, der sich mit einem größeren verschmelzen wolle, müsse sich den Bestimmungen des letzteren fügen. — Darauf bemerkte ein Vertreter der Mühlenarbeiter, sein Verband sei keineswegs in der Zwangslage, sich den Brauereiarbeitern anzuschließen. Wenn man die Mühlenarbeiter nicht wolle, würden sie wieder hingehen, wo sie hergekommen sind.

Die nachfolgenden Redner traten lebhaft für einen Ausgleich der Gegensätze ein, lenkten die Debatte von der Verschmelzungsfrage ab und ersuchten, den scharfen Ton im beiderseitigen Interesse zu unterlassen, was dann auch geschah.

Die Debatte währte bis zum Schluß der Sitzung. Dann wurde auf Anregung des Vertreters der Generalkommission, des Genossen Sassenbach, eine partielle Kommission eingesetzt, welche eine Einigung über die strittige Frage der Karenzzeit und der Sterbegeldsätze versuchen und dem Verbandstag morgen Bericht erstatten soll.

Zehnte Generalversammlung des Zentralvereins der in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter.

Altenburg, 9. Juni 1910.

4. Verhandlungstag.

Der weitaus größte Teil der Sitzung wird von der Debatte über die

Erwerbslosenunterstützung

ausgefüllt. Die Anschauungen, die dabei zur Lage treten, sind ungleichmäßig. Manche Redner wenden sich prinzipiell gegen die Erwerbslosenunterstützung. Andere Gewerkschaften hätten schlechte Erfahrungen damit gemacht, und man solle die Mitglieder nicht durch solche Klassen, sondern durch die Ueberzeugung an den Verband fesseln. Die Mehrheit der Redner ist für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Die Kardinalfrage ist aber für sie: Was wird aus unserer Zukunftskasse? Soll sie eingehen und sollen die alten Mitglieder ihre Rechte verlieren, nachdem sie jahrzehntlang gesteuert haben? Dem können sie nicht zustimmen, dann lieber eine Beitragserhöhung zur Sanierung der Kasse! Verhältnismäßig wenige finden, die für die Vorstandsvorlage eintreten, und auch die bringen noch gewisse Spezialwünsche und Bedingungen vor. Der Vorstand selber erklärt, daß der Zukunftskasse jetzt 80 Prozent der Mitglieder fehlen, daß die jüngere Mitgliedschaft, die weniger Ansprüche stellt, gering ist. Werden nun die Beiträge erhöht, dann wird auch der jetzige Zustand noch verfestigt und dann ist die Kasse allein auf die alten Mitglieder, die leicht erkranken, angewiesen. Es besteht dann die Gefahr, daß sich die Kasse nur noch ein paar Jahre aufrechterhalten läßt.

Nachdem sich in einer provisorischen, informierenden Abstimmung knapp zwei Drittel für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung erklärt haben, werden die Anträge einer Kommission überwiesen.

Darauf spricht Genosse Umbreit über die

Reichsversicherungsordnung.

Er läßt an der Regierungsvorlage die nötige Kritik. Es wird eine Resolution angenommen, die erklärt, daß der Entwurf einer Reichsversicherungsordnung nicht geeignet ist, die auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Die Generalversammlung schließt sich den vom VII. (außerordentlichen) Kongress der Gewerkschaften Deutschlands (1910) zu Berlin gefaßten Beschlüssen völlig an. Insbesondere verpflichtet sich der Zentralverein, für den Fall, daß die in obigem Entwurf vorgesehene Halbierung

der Beiträge und Vertretung in den Krankenkassen Gesetz werden sollte, die Vereinsbeiträge um denjenigen Betrag zu erhöhen, den die Mitglieder infolge der Beitragshäufung in den Krankenkassen ersparen würden. Die Mehreinnahmen sollen lediglich zu Kampfwegen des Zentralvereins Verwendung finden.

Meysche weist dann noch in knappen Worten auf die große Bedeutung des Kampfes im Baugewerbe hin. Er fordert die Delegierten auf, mit allen Kräften dafür zu arbeiten, daß den kämpfenden Bauarbeitern zum Siege verholfen wird.

Die Generalversammlung spricht einstimmig unter großer Begeisterung den ausgesperrten baugewerblichen Arbeitern ihre vollste Sympathie aus. Sie erucht die Mitglieder allerorts, sich an den Sammlungen für die baugewerblichen Arbeiter nach besten Kräften zu beteiligen.

Sie beauftragt außerdem den Vorstand, dem Kampffonds der baugewerblichen Arbeiter nach Bedarf Gelder aus der Hauptkasse zu überweisen.

13. Generalversammlung der Schuhmacher Deutschlands.

Köln, 9. Juni.

Die Generalversammlung tagte nur vormittags; der Nachmittag wurde zu einem Ausfluge verwandt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Diätenfrage geregelt, dann wurde in der Statutenberatung fortgefahren. Fast die ganze Sitzung wurde mit der Besprechung einer vom Vorstand vorgeschlagenen Aenderung zur Arbeitslosenunterstützung zugebracht, die von Simon eindringlich begründet und zur Annahme empfohlen wurde. Es sollte, anstatt wie bisher für die ersten drei Tage der Arbeitslosigkeit, in Zukunft für die ersten sechs Wochentage der Arbeitslosigkeit keine Unterstützung gezahlt werden. Die Meinungen darüber waren sehr geteilt. Genosse Bendig-Berlin brachte ein reiches Zahlenmaterial bei, um zu beweisen, daß der Schuhmacherverband mit einer abnorm großen Arbeitslosigkeit zu rechnen habe. Nur im Jahre der höchsten Krisenwirkung, 1908, habe sie 10,8 Proz. betragen. 1907 seien es 7,8 Proz. gewesen und 1909 sei sie wieder auf 6 Proz. gesunken. Es läge also keine zwingende Notwendigkeit vor, dem Vorstandsantrag zuzustimmen. Alle Redner aber legten der Sache Bedeutung bei, und fast alle betonten auch, daß die jetzige Bestimmung im Statut nicht gut sei und geändert werden müsse. Dem Vorstandsantrag gesellten sich schließlich noch ein paar andere Anträge zu. Ein Antrag, es bei der alten Fassung zu belassen, wurde abgelehnt; dann fiel auch der Vorstandsantrag. Angenommen wurde, daß die Karenzzeit zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung drei Arbeitstage betragen soll. Wenn jedoch nach zurückgelegter Karenzzeit ein Wochenfeiertag in die Zeit der Arbeitslosigkeit fällt, dann gilt ein solcher Feiertag als Unterstützungstag. — Damit wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Eingegangene Druckschriften.

- Wetterleuchten. Sogiale Geschichte von B. Treumann, 20 Pf. R. Beihwanger, Nürnberg.
- Widensgehälter. Ein Beitrag zum Lohnproblem der technischen Betriebsangestellten. 50 Pf. Industrieverlag, Berlin NW. 52.
- Vorräte der Gewerkschaften. 2. Bd. Staatsbürgerliche. Von F. B. Jülicher. — Die Polizei. Von G. Kersch. Gebd. je 1 M.
- Der deutsche Buchbinder-Verband im Jahre 1909. 124 Seiten. Selbstverlag, Berlin S. 52.
- Deutsches Euginienland. Heft 10 und 11. 1 M. Selbstverlag in Frankfurt a. M.
- Kunst und Künstler. Heft 9. 2,50 M. G. Cassirer, Berlin.
- „Süddeutsche Monatshefte“. Juniheft 1,50 M. Selbstverlag, München.



Stiller
Gegr. 1867
Jerusalem Str. 38-39
Friedrich-Strasse 75
Potsdamer Strasse 2
Tauentzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146

Zentrale und Versand:
Jerusalem Str. 38-39

Zentrale für Herstellung von individuellen Maßschuhwerk und individuellen Plattfuß-Einlagen unter spezialärztlicher Ueberwachung des Herrn Dr. med. K. Langfeller (früher Assistent von Prof. Hoffa). Kostenlose ärztliche Sprechstunden wochentags von 5 bis 7 Uhr in den Geschäftsstunden Jerusalem Str. 38-39

Man verlange Broschüre über den „Senkfuß“.

Preiswerte Sommer-Schuhwaren

Nur erstklassige Fabrikate □□ Konkurrenzlos in Qualität und Passform

Für Damen:

- Boxcalf- und Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappen, auch Derbyschnitt 8.75 M.
- Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel in neuen modernen Fassons mit hohen od. niedrig. Absätzen, Rand gedoppelt 10.50 M.
- Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel mit oder ohne Derby-Schaftschnitt, a. m. Lackkappen, in ganz neuen Fassons, m. hohen od. niedrigen Absätzen, Goodyear Welt 12.50 M.
- Braun und schwarz Chevreau-Schnür- u. Knopfstiefel m. od. ohne Derby-Schaftschdn., auch mit Lackkappen, in den allerneuest. Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

Für Herren:

- Boxcalf-Schnürstiefel, moderne breite 8.75 M.
- Fasson 8 M.
- Boxcalf-Schnürstiefel in moderner Form, sehr haltbar, Rand gestuppt 10.50 M.
- Braun und schwarz Chevreau-Schnürstiefel in allen modernen Fassons, konkurrenzlos in Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 12.50 M.
- Braun und schwarz Chevreau- und Boxcalf-Schnürstiefel, auch mit Derby-Schaftschnitt in ganz neuen Fassons, feinste Qualität und Ausführung, Goodyear Welt 15.50 M.

NATURGEMÄSSE KINDER-STIEFEL

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, Boxcalf oder Chevreau, durchgenäht, Rand gestuppt

25-27	28-30	31-33	34-36
5.50 M.	6.50 M.	7.50 M.	9.00 M.

- Mädchen-Schnür- und Knopfstiefel, in Boxcalf oder Chevreau, auch mit Lackkappen, Goodyear Welt

25-27	28-30	31-33	34-36
7.50 M.	8.50 M.	9.50 M.	11.50 M.

- Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleg. Herrenstiefel-Ausführung, durchgenäht, Rand gestuppt

31-33	34-36
8.00 M.	9.00 M.

- Knaben-Schnürstiefel, Boxcalf oder Chevreau in eleganter Herrenstiefel-Ausführung, Goodyear Welt, in modernen, breiten Fassons

31-33	34-36
10.50 M.	12.50 M.

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe

Tennis-Schuhe □ Sandalen □ Turn-Schuhe

Leinen-Stiefel und -Schuhe | Leder-Flecht-Schuhe
für Damen, Herren und Kinder in weiss, grau und mode sowie -Stiefel und -Sandalen

Der reichillustrierte Hauptkatalog wird kostenfrei versandt

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Am 8. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Bühnenbauer
Paul Büstrich
5. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
205/4 Der Vorstand.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Allen Kollegen hierdurch zur Nachricht, daß am Dienstag, den 8. d. Mts. unser treues Mitglied, der Modelleur
Paul Büstrich
im Alter von 85 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken in Ehren!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Gemeindefriedhof in Rixdorf, am Mariendorfer Weg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
20/5 Der Vorstand.

Arbeiter-Gesangverein Mariendorf.
Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 7. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Sangesbruder
Gustav Bleck.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Mariendorfer Kirchhofs, Friedenstraße, aus statt.
Rehrliche Beteiligung erwartet
61/2 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Bleck
am 7. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr, auf dem Mariendorfer Gemeindefriedhof in der Friedenstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
25/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Zernsdorf u. Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am 8. Juni verstarb nach langem schweren Leiden unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Kleemann.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Die Parteilgenossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.
203/3 Der Vorstand.

Am 8. Juni, nachts 11 1/2 Uhr, entlich und der unerlöschliche Tod unseren allverehrten, braven Kollegen, den Schriftleiter
Wilhelm Schwarze
im 62. Lebensjahre.
Sein aufrichtiges, natürliches und gerades Wesen sichert ihm bei uns ein dauerndes, ehrendes Andenken.
Die Kollegen der „Vossischen Zeitung“.
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, 12. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee. 24865

Nachruf.
Am 8. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser langjähriger treuer Kollege, der Schriftleiter
Gustav Brenner
im 68. Lebensjahre.
Nach 44jähriger ununterbrochener Tätigkeit in unserem Geschäft war es ihm nur kurze Zeit vergönnt, die wohlverdiente Ruhe zu genießen.
Wir werden seiner nicht in Ehren gedenken.
Die Kollegen der „Vossischen Zeitung“.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Minna Schmidt
am 8. Juni an Unterleibsleiden gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philippus-Kirchhofs in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/18 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschl.
Fillale Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Fritz Roll
am 9. Juni im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
163/3 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Am 8. Juni verstarb unser hochverehrter Kollege, der Seher
Paul Konrad
im 31. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 24565
Die Kollegen im Abt. und Werkstat der Firma Rudolf Woffe.
Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee.

Allen Verwandten und Freunden die betrübende Nachricht, daß meine liebe Frau
Luise Timpe
geb. Witte
nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist. 57962
Der Hebeträgler Gatte
Hermann Timpe,
Rumpfsstraße 60.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Thomas-Kirchhofes aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und für die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers, Onkels und Vrautgams
Paul Roick
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Vorstande der Fabrikarbeiter, besonders den Kollegen der Firma Lindenström, sowie dem Gesangsverein „Vortwärts - Fortschritt“ für den erhabenen Gesang am Grabe meinen aufrichtigsten Dank. 24796
Im Namen der Hinterbliebenen
August Roick.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und die Krankspenden anlässlich der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
24845
Artur Optacy
sagen wir allen Verwandten und Bekannten, hauptsächlich der Firma Max Halle u. Co. sowie den Kollegen und dem Metallarbeiter-Verbande unsern herzlichsten Dank.
Witwe Johanna Optacy und Töchter.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie die reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters
24845
Willi Hopp
sagen wir allen Verwandten, Bekannten sowie den Vereinen unsern innigsten Dank.
Charlottenburg, 11. Juni 1910.
Frau Else Hopp Kinder.

Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu namengebührligen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Staliger Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Möbel-Waren-Kredit-Haus



S. Gottlieb
G. m. b. H.
Rosenthalerstr. 54 I.

Jedermann soll die Möglichkeit gegeben werden, gute solide Waren zu äusserst günstigen Bedingungen anzuschaffen
Wir geben bis auf weiteres
Auf Abzahlung
Herren- u. Damen-Konfektion

Anzug 15 M., Anz. 3 M.	Paletot 12 M., Anz. 3 M.
Anzug 21 M., Anz. 4 M.	Paletot 25 M., Anz. 5 M.
Anzug 27 M., Anz. 5 M.	Kostüm - Rock 9 M., Anz. 2 M.
Anzug 34 M., Anz. 6 M.	Bluse .. 7 M., Anz. 2 M.
Anzug 42 M., Anz. 8 M.	

Wöchentlich 1 Mark


Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorkost bester Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Stoffen (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den härtesten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, fabelhaft billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 10 12 16 18 M. Gehrock-Anzüge . . . 18 22 26 29 M. Jackett-Anzüge . . . 10 14 18 20 M. Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M. Hoch-Anzüge . . . 14 18 20 24 M. Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseestr. 89, 277/90* III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

SALAMANDER

Einheitspreis für Damen und Herren M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50



Fordern Sie Musterbuch V

Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Bad-Strasse 20
Spandau, Breite Strasse 80
Steglitz, Schloss-Strasse 20

Zum Reichtum der erste Schritt

ist sorgfältige und passende Auswahl. Dieses erreichen Sie dadurch und legen viel Geld aus, wenn Sie Ihren Bedarf an Kleidungsstücken im Kaufhaus für Monatsgarderoben Große Frankfurter Str. 93 beden. - Für billiges Geld können Sie sich dort schön und elegant einkleiden, denn wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werksstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I	Serie II	Serie III
Maß-Anzüge 8 M.	14 M.	18 M.
Maß-Paletots 6 M.	12 M.	16 M.

Geschnittene-Anzüge werden billiger vertrieben.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
nur Gr. Frankfurter Straße 93, nur
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Streng reelles Geschäft. Keine Willkür am Platze.
Abteilung II Neue Garderoben.
nur Große Frankfurter Str. 93.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unserlobte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.

Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark Garn. Schwere Leder-Platz-Taschen. Große Flecken unsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN
Spezial-Haus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 20
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 16.
Haupt-Katalog gratis und franko

Nachdr. verboten

Eine Mark wöchentlich Teilzahlung liefern eleg. fertige Herren-Garderoben

Erst für Mass. □ Tadellose Ausführung. Anfertigung nach Mass.
Julius Fabian, Schneidermeister
Gr. Frankfurterstr. 37, II Eingang Strassenburger Platz
II. Geschäft: Turmstr. 18, I, kein Laden.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Nichelswerder**, an der neuen Geeststraße beim **Alten Freund**.

Kautabake - 5 Pfg.-Rollen
der Firma **Fischer & Herwig, Hann. Münden.**
Erstklassiges Fabrikat.
Hauptniederlage:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70
Amt VII, 3047.

M. Schulmeister
BERLIN SO., Dresdener Str. 4. Hochbahn-Station Kottbuser Tor.

Moderne Paletots und Ulster

1- u. 2-reihig, Formen zum Durchknäpfen, in d. neuest. Must.	48.50	45.-	40.50	21.50
	36.50	32.50	29.50	21.50

Jackett-Anzüge
elegante Passons, prima Hochhaar-Vorarbeitung 50.- 24.50
45.- 48.50 38.50 24.50
34.- 29.50 27.50 24.50

Rock-Anzüge	29.50	54.00
Gehrock-Anzüge	36.50	70.00
Lüster-Jacketts	3.75	15.00
Wash- u. Schillein-Jacketts	2.00	7.50
Loden-Pelerinen	10.50	24.50
Gummi-Mäntel	19.50	45.00

Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.

Anfertigung nach Maß in eigenen Werkstätten unter eigener persönlicher Leitung. Prima Sitz u. Verarbeitung

Partei-Angelegenheiten.

Schifferagitation. Am Sonntag, den 12. d. M., vormittags, findet die Verteilung des „Fadel“ und Einladungen zu der am gleichen Tage nachmittags 5 Uhr bei Keller, Köpenicker Str. 65/66 stattfindenden Schifferversammlung statt.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. Sonntag, 12. Juni, bei Jul. Meyer, Oranien Str. 108: Wahlmorgen für Druckerhilfsarbeiter. Gute Beteiligung erwarten. Die Vertrauensleute.

5. Wahlkreis. Die Genossinnen der 3.-7. Abteilung des Wahlkreises werden ersucht, am Sonntag, den 12. d. M., nachmittags recht zahlreich zum gemischten Beisammensein (Kaffeeloch) im Garten des Verbandsbüros der Gastwirtschaftsgehilfen, Große Hamburger Str. 19, mit ihren Angehörigen zu erscheinen.

Tempelhof. Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 9: Mitgliederversammlung. Genosse Schütte spricht über Ferdinand Freiligrath. — Verschiedenes.

Vorsigwalder Wittenau. Am heutigen Sonnabend, den 11. Juni, feiert in den Vorsigwalder Festsälen, Conradstraße 42/43, der hiesige Wahlverein sein erstes Stiftungsfest in Form eines Kunst- und d. s. Das reichhaltige künstlerische Programm bietet die Gewähr für einen gelungenen Abend. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., Anfang 1/9 Uhr. Während der Darbietungen wird im Saale nicht serviert, auch ist das Rauchen verboten. Billetts sind in den bekannten Lokalen und an der Kasse zu haben. Ein gemütliches Tanzkränzchen wird die Feier beschließen.

Zegel. Die Mitgliederversammlung für Monat Juni fällt aus. Die Mitglieder werden ersucht, sich an dem Stiftungsfest der Vorsigwalder Genossen am Sonnabend, den 11. Juni, in den Vorsigwalder Festsälen zahlreich einzufinden. Billetts sind bei den Bezirksführern und beim Kassierer zu haben. Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Sonntag, den 12. Juni, findet auf dem Rottenbamm im Lokal von Friede, Siemensstraße 23, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Karl Liebmann über das Thema: „Der Gang der inneren Politik“ referieren wird. Sorge jeder für guten Besuch dieser Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Luftbarkeitssteuer des Magistrats

Ist mit 58 gegen 40 Stimmen, wie wir schon gestern berichteten, einem Ausschuss überwiesen worden. Eine sonderbare Rede hat noch am Donnerstag der Oberbürgermeister Kirchner gehalten. Er sagte unter anderem: „Für die Erhöhung der Einkommensteuer spricht ja vieles, und lebten wir nicht in den Verhältnissen von Groß-Berlin, so würde ich damit nicht gezögert haben. Aber unter den tatsächlichen Verhältnissen ist eine Ueberspannung über die hundert Prozent so bedenklich, daß wir erst dazu greifen dürfen, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind.“

Der Herr Oberbürgermeister scheint gar nicht mehr daran gedacht zu haben, daß der Magistrat in diesem Etatsjahre der Stadtverordnetenversammlung die Ueberführung der 100 Prozent und Festsetzung von 105 Proz. Gemeindefinkommensteuer — also die bedenkliche Maßnahme — selbst vorge schlagen hat. Und gerade der Herr Oberbürgermeister war es, der in Verteidigung der 105 Proz. erklärte, daß der Etat so mager aufgestellt sei, daß Streichungen ohne Gefährdung wichtiger kommunaler Aufgaben kaum möglich wären. Warum vertritt der Oberbürgermeister also nicht konsequent diesen ganz verständigen Standpunkt auch heute? Im Februar und März dieses Jahres lebten wir doch auch schon in den Verhältnissen Groß-Berlins und trotzdem griff der Magistrat zu der seiner Meinung nach „bedenklichen Ueberspannung“ der 100 Proz.!

Weiter hat der Herr Oberbürgermeister davon gesprochen, daß die Vorlage des Magistrats in weiten Kreisen Uebertreibungen ausgelegt gewesen sei, so daß es sehr schwer sei, das herauszuschälen, was der Verursachung wert sei. Einen Nachweis seiner Behauptung hat sich Herr Kirchner erspart, er dürfte ihm auch verteuert schwer fallen. Denn die Magistratsvorlage ist so dehnbar, daß alles herausgelesen werden kann. Wollte der Magistrat eine etwaige falsche Auslegung verhindern, so wäre es seine Pflicht gewesen, in einer eingehenden Begründung zu sagen, wie er die einzelnen Bestimmungen aufgestellt wissen will. Eine solche Begründung fehlt aber vollkommen. Ein Vorwurf gegen einseitige Auslegung der Steuerordnung kann deshalb am allerwenigsten vom Magistrat erhoben werden, im Gegenteil kann die betroffene Bürgerschaft Berlins dem Magistrat den Vorwurf nicht ersparen, daß selten eine so un begründete weite Kreise der Einwohnerschaft Berlins schwer treffende Vorlage gemacht worden ist, wie die Luftbarkeitssteuerordnung.

Die verfeimte Porzellanbibel.

Auf dem Dalkirchhof in Ahrensfelde hatten Angehörige einer Verstorbenen auf das Grab der letzteren eine Porzellanbibel niedergelegt, die folgende Widmung enthielt:

Schlammere sanft, Du gutes Kind, Unvergänglich stets den Deinen, Die im tiefsten Schmerze sind, Seihe Tränen um Dich weinen.

Daraufhin erhielten die Angehörigen von der Kirchhofsverwaltung der Berliner Stadtsynode ein Schreiben, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Aufstellung von Denkzeichen nach § 14 der Kirchhofsordnung nur nach vorheriger Genehmigung der Kirchhofsverwaltung gestattet sei, aber auch für Porzellanbibeln grundsätzlich nicht erteilt werde. Das Denkzeichen solle innerhalb vierzehn Tagen entfernt werden.

Auf ein Schreiben, in dem um nachträgliche Genehmigung ersucht wurde, erfolgte wieder eine ablehnende Antwort. Unter anderem heißt es in demselben: „Es können nur Grabanlagen auf den Zentralkirchhöfen der Berliner Stadtsynode zugelassen werden, die, wenn auch in bescheidenen einfachen Formen gehalten, ermöglichen, die Kirchhöfe wieder zu Stätten jener andächtigen, weihvollen Stimmung zu machen, die den alten Kirchhöfen mit ihren feinsinnigen, der Umgebung sich einfügenden Denkmälern eigen war. Das in Aussicht genommene Grabzeichen erfüllt diese Bedingung nicht, es entbehrt des künstlerischen Gehalts und entspricht nicht der Würde des Kirchhofes. Die Kirchhofsverwaltung ist bereit, Anhaltspunkte für die Auswahl guter und billiger Denkmäler durch Vorlage von Musterentwürfen zu geben.“

So, nun wissen es die Angehörigen. Die Porzellanbibel ist von der Kirche verpönt, ihre Aufstellung auf einem Grabe

entspricht nicht der Würde des Kirchhofes. Werden nun auch von den übrigen Kirchhöfen die vielen dort niedergelegten Porzellanbibeln verschwinden müssen, wenn ihre Aufstellung der Würde des Kirchhofes nicht entspricht?

Eine zeitgemäße Betrachtung. Daß die alten Berliner recht kräftige Biertrinker waren und einen köstlichen Trank aus Malz und Hopfen zu schätzen wußten, geht daraus hervor, daß es bereits vor Jahrhunderten eine recht große Auswahl fremder Biere in Berlin gab, obwohl hier ebenfalls Brauereien bestanden. Zwar gab es noch keine Vierpaläste nach heutiger Art, sondern der Jecher war auf die verschiedenen Wirtschaften angewiesen, die mit den damals modernen Namen „Schwarzer Adler“, „Bär“, „Hirsch“, „Sonne“, „Mond“, „Moh“ usw. lodten, aber der Stadtleiter schenkte bereits offiziell Vermaner Bier aus und außerdem konnte man im 18. Jahrhundert bereits etwa 80 Sorten Biere in Berlin trinken. Wir finden darunter aufgeführt: Goslorsche Gose, das Bier von Königs-Lutter, Duffstein genannt, Gardelegener Gartei, Brandenburger Altes Klaus, Bismarcker Aniesnack, Wettiner Keuterling, Braunschweiger Rummel, Rauener Rosen, Broghan, Karthäuser, Alsbäner usw., daneben auch englisches, böhmisches, Stockholmer, sächsisches und pommerches Bier in verschiedenen Qualitäten. Bei dieser Fülle des Stoffes, die manchem Jecher bei der gegenwärtigen Temperatur das Herz höher schlagen machen wird, war es entschieden nötig, daß ein wohlwollender Magistrat von Berlin für Ordnung unter den Jechern sorgte. Wir finden daher schon Anno 1851 eine Verordnung, wonach den Luchtrappen oder Leinewebern, die soviel tranken, daß sie das Genossene nicht bei sich behalten konnten, eine Strafe auferlegt wurde. Sie bestand in einem Viertel Bier, dem sogenannten Trageviertel. Auch winkten neben den Stadtleitern auf der Straße die Karrenläufer, vergitterte Holzlässe, in welche die Scharwade die radonulstigen Jecher sperrte, die nach dem Weg nicht nach Hause fanden. Die Straßenjugend sorgte dann gewöhnlich morgens für die Ernteharveste der Fingesperrten. Uebrigens herrschte selber eine solche Begeisterung für das märkische Bier, daß sich nicht wenige Poeten zu seiner Verherrlichung fanden, während sich die modernen Dichter meist nur vom Wein zu Versen begelstern lassen.

Die Modeausstellung im Grunewald.

Am Donnerstag war auf der Rennbahn im Grunewald ein großer Tag, der Tag der Arme. Der Offizier dominierte. Auch der Hof mit dem Kaiser und seiner Frau waren anwesend. Das gab Veranlassung zur Entfaltung einer Pracht von Eleganz, über die der „Kotlanzeiger“ folgende Schilderung entwirft:

„Und nun erst gar den Top ausgeben zu sollen für die Mode, die sich auf grünem Rasen dokumentierte, das ist die noch viel schwierigere Aufgabe. Denn man kann heuer nicht glatt und einfach von der großen Mode reden. Zu viel sind der Farben vom leuchtenden Blüdeton und sattem Rot bis hinüber zu Lichtgrün, zum Weiß der Spitzenleiten und Stidereisleder und zum stumpfen Ton der gerugetrogenen Seantung, und Pastgewebe. Auch die Zweifarbenwahl, die an mancher Toilette verwegen-frappierend und an mancher distrikt-harmonisch zum Ausdruck kam, blieb nicht Siegerin allein. Und meinte man, das einem zugleichsüßlichen Sad ähnelnde, bauschige, eng von der Schärpe unterhalb des Anies zusammengehaltene Kleid müßte — um im Rennjargon zu bleiben — als erstes vor dem Modedichter durchs Ziel gehen, dann war da wieder das lose Ueberkleid, das die Seide farblich hindurchschimmern ließ, dann war da diese köstliche Schlichtheit und Einfachheit im Schnitt an gemusterten Seiden, und farbigen Reinkleidern, die nur ein Pierrokkhäuschen an Hals und Kermeln zierte.“

Das Jadenkleid schick wie immer auf dem grünen Rasen, ab es nun im großstädtigen West, in Leinen, in hellem Wollstoff auftrat. In der Ruffenbluse war ihm aber der Konkurrent gleich wieder fast auf den Hacken und ebenso im durchsichtigen, mantelartigen und zum Kleide passend abgestuften Belement. Ein charakteristischer Zug der Mode trat hier, wo der Offizier mit seinen Damen auf Tribüne und Sattelplatz das Feld beherrschte, nur vereinzelt zutage: das Decolleté. „Man“ geht eben nicht zum Rennen wie zu Velle! Inbes — ich sah ein Kleid, das wohl der Beschreibung loht, und das dies Decolleté nicht vermied. Vom weichen, schimmernden Atlas vom tiefsten Schwarz hob sich hellgrün und von breiter Goldbordüre gehalten das Chiffonüberkleid ab. Dazu der Hut... Es verlohnt nicht erst, ein Loblied auf die Hüte anzustimmen. Sie gleichen Blumenbeeten in üppigster Sommerblüte, so roten, widen, nellenüberschüttet stellen sie sich dar. Sie sind dicht mit Gerank von farbenleuchtenden Voeten überzogen, und Federn niden über breite Ränder hinaus, daß die langgestielten Schirme volle Verrechtigung erzielen und der spitz zur Höhe gehende Turmschirm kein Uding mehr bleibt. War es zu Ehren der Chinesenprinzessin in der Kaiserloge, daß eine modern gekleidete Europäerin Holz ihren chinesischen Papierschirm zur Schau trug?

Ein prächtiges Farbenbild bot der Blick in die Kaiserloge: Die Kaiserin trug über der mattgeblühten Robe den Mantel überwurf aus schwarzem Chiffon, und wicklungsvoll hob sich am weißen Hut und zum weißen, hochgefrachten Haar der schwarze Rand ab und das Schwarz der Straußenfederparanitur. Der Kaiser hatte den Uniformrock der Gardehusaren angelegt. Auch Prinz Eitel-Friedrich war als Husar erschienen, während die prinzipalen Brüder Infanterieuniform trugen. Daneben nun die Prinzessinnen! Prinzess Eitel in mattblau, mit Spigen besetztem Kleid. Prinzess August Wilhelm in sanfterem Kirchoel mit dunstler abgestuhtem und schwarzbordiertem Ueberwurf, der Hut mattgrau mit Blüten und Kirchoel Samtaubput. Zum rosa Jadenkleid hatte Prinzess Viktoria Margarete, des Prinzen Leopold junge Tochter, eine weiße Federboa umgelegt. Rosen in der Farbe des Kleides garnierten den Hut. Prinzess Viktoria Luise war schlicht und weiß. Der Rock war in Querfallen abgenäht, die Ruffenbluse vorn mit fischuartigem Rebers verziert. Rosen lagen auch auf dem Hut der Kaiserstochter. Noch Gäste von der prinzipalen Hochzeit des Vortages weilten in der Kaiserloge in blau, in lichtgrün, in weiß, und dazu nun die hellen Toiletten der Damen des Gefolges gewissermaßen als Hintergrund.“

Nach einem anderen Toilettenberichte wurde allgemein bebauert, daß der Kronprinz und die Kronprinzessin dem Rennen ferngeblieben waren. Man hat sich nachgerade daran gewöhnt, in ihnen beiden die Verkörperung aller Eleganz zu sehen, die der preussische Hof augenblicklich aufzubringen vermag.“

Wo ein solcher Zug herrscht, kann wohl von einem Reichtum nicht mehr geredet werden. Damit vergleiche man, wie es in Hunderttausenden von Arbeiterfamilien aussieht wo es kaum zum Essen reicht, geschweige denn dazu, die Blüten zu deden. Ja, wir leben in der besten der Besten!

Patriotischer Schulfesttag.

Die hundertste Wiederkehr des Todesstages der Königin Luise wird nach einer Verfügung des Unterrichtsministers festlich begangen werden. Der Unterricht fällt an allen preussischen Schulen aus. Die Feier findet am 19. Juli statt. Die Schulen werden von den königlichen Regierungen beauftragt, eine Gedenkfeier zu veranstalten, die „dem Gedächtnisse der in unserem Volke fortlebenden vereinigten hohen Frau würdig“ ist. Es soll den einzelnen Schulleitern überlassen bleiben, die Feier nach den Verhältnissen der Schule zu ordnen. Neben Vorträgen der Lehrer und Lehrerinnen sollen auch die Schüler und Schülerinnen durch Vortrag und Gesang beteiligt werden. Für Mädchenschulen insbesondere und unter günstigen Umständen wird empfohlen, die Feier reicher zu gestalten. Wo der 19. Juli in die Zeit der

Schulferien fällt, ist eine entsprechende würdige Feier tunlichst an einem Tage der Woche vor dem Beginne der Ferien zu veranstalten. Um den Eindruck dieser Feier möglichst nachhaltig zu machen, wird es als erwünscht bezeichnet, daß an eine Anzahl von Schülern und Schülerinnen eine geeignete Festschrift verteilt wird. Städte und ländliche Gemeinden werden auch diesmal es sich sicher nicht nehmen lassen, bei Gelegenheit der Gedenkfeier Festschriften in den Schulen zu verbreiten.“ Die Landräte, Kreis- und Ortschulinspektoren sind ersucht worden, dazu anzuregen.

Die neuen Paketadressen und Karten mit Rücksicht. Für Rücknahmen führt die Post bekanntlich neue Paketadressen und Karten ein, denen ein Formular für die Postanweisung zur Rücksendung des Geldes angehängt ist. Auf diese Karten wird der dreieckige Rücknahmesettel geklebt. Die neuen Formulare für Paketadressen wie für Rücknahmekarten können auch von der Privatindustrie hergestellt werden. Um das Aufleben der Rücknahmesettel zu ersparen, hat man vorgeschlagen, die Zettel in rotem Druck nachzubilden. Das Reichs-Postamt hat sich damit einverstanden erklärt.

Post-Zeitungsabonnements auf Umwegen. Man schreibt uns: Als Berliner Einwohnerin wollte ich für den Monat Juni während meiner Sommerferien mehrere in Berlin erscheinende Tageszeitungen nach außerhalb durch die Post beziehen. Ich gehe also nach meinem zuständigen Postamt, lasse mir ein Formular geben und fülle dasselbe entsprechend aus. „Ja, wo wohnen Sie denn ständig?“ fragt der Schalterbeamte. „In Berlin“, antworte ich. „Dann müssen Sie die Zeitungen nicht in Berlin, sondern bei dem zuständigen Postamt Ihres Sommeraufenthaltes bestellen und vorweg das Bezugsgehalt mit Postanweisung einsenden.“ Ungläubig sah ich den Beamten an und machte darauf aufmerksam, daß ja dann das auswärtige Postamt meine Zeitungen auch erst in Berlin bestellen müsse. Darauf erhielt ich die Antwort: „Ja, es wird auf Wunsch auch direkt von hier aus gemacht, aber die Ueberweisung kostet pro Zeitung 50 Pfennig.“ Da ich keine Lust verspürte, der Postverwaltung für ein halbes Duzend Zeitungen einen Taler zu schenken, schickte ich also Bestellzettel und Geld nach außerhalb, wo man nichts Eiligeres zu tun hatte, als von meiner Logiswirtin noch vor meiner Ankunft und vor der ersten Zeitungslieferung die paar Pfennige Bestellgeld zu fordern. Die Zeitungen selbst erhielt ich sehr unpünktlich, so daß es erst energischer Beschwerden bedurfte. Warum kann man in solchen Fällen als Berliner nicht das doch in Berlin domizilierende Post-Zeitungsamt in Anspruch nehmen? Das wäre doch der einfachste, portobiligste und wohl auch sicherste Weg. Dann könnte auch die ungemöhnlich hohe Ueberweisungsgebühr von 50 Pfennig für jede Zeitung fortfallen.

Unzulässige Briefumschläge. Fensterbriefe nennt man bekanntlich Briefe, deren Umschläge die Adresse des Briefes nach außen durchscheinen lassen. Die Industrie hat nun neuerdings auch Umschläge hergestellt, die ganz aus durchscheinendem Papier bestehen. Das Reichs-Postamt hat jedoch entschieden, daß Briefe mit derartigen Umschlägen zur Verwendung durch die Post nicht zugelassen werden können. Solch durchsichtiges Papier nimmt die Stempelfarbe schlecht oder gar nicht an. Auch ist es schwer, auf solchen Umschlägen dienstliche Vermerke anzubringen, wie sie notwendig werden, wenn die Befestigung nicht ohne weiteres geschehen kann oder unmöglich ist. Es handelt sich hierbei um Vermerke über die Rücksendung, die Rückführung, die Unbestellbarkeit usw.

Wieder eine Haarkrankheit unter Schulkindern.

Die Schuldeputation weist durch eine Verfügung vom 8. Juni 1910 auf eine neue ansteckende Haarkrankheit hin, die bei einigen Kindern eines Kinderhortes in der Gipsstr. 8 festgestellt worden ist. Es handelt sich aber nicht um Mikospore. Die Krankheit ist erkennbar an einigen kahlen Stellen auf dem Kopfe. Die Kinder, die den Kinderhort besuchen, stammen aus den Gemeindefschulen 8, 9, 24, 63, 67, 84, 267.

Die Schuldeputation hat verfügt, daß Kinder, die den Kinderhort besuchen, bis auf weiteres von dem Besuche der Schule ausgeschlossen sind. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Krankheit auch Kinder anderer Schulen befallt, sollen die Kinder aller Schulen auf diese Erkrankung hin durchgesehen werden, und Verdächtige sofort dem zuständigen Schularzt zur Untersuchung überwiesen werden.

Die Enthüllung des Virchowdenkmals wird am 20 Juni erfolgen.

Eine überreife Lehrerin. Aus der 92. Mädchen-Gemeindefschule (Winterfeldstraße) geht uns die Klage an, daß die Lehrerin Fräulein Köppen, die die Klasse III leitet, an ihren Schülerinnen des Guten zu viel tut. Fräulein Köppen scheint über den Zweck der Pausen, die zwischen die Unterrichtsstunden eingehoben sind, anderer Meinung als die Schulverwaltung zu sein. Man sagt uns, daß diese Lehrerin manchmal eine Pause dazu benutzte, in ihr Schularbeiten anfertigen zu lassen. Unsere Ermittlungen haben ergeben, daß es sich hierbei um nachträgliche Leistung von Aufgaben handelt, die von einem Teil der Kinder mangelhaft oder gar nicht geleistet worden sind. Unzulässig ist selbstverständlich auch das, denn die Pausen sind unter allen Umständen dazu bestimmt, der Erholung zu dienen. Es ist doch ein starkes Stück, wenn z. B. die 12 Uhr-Pause von 20 Minuten vollständig mit Arbeiten ausgefüllt wird. Fräulein Köppen behält zuweilen auch Kinder noch nach 1 Uhr in der Klasse zurück, nachdem sie fünf Unterrichtsstunden durchgemacht haben, und läßt hier in einer Art Nachbleibstunde die Sämlinge nacharbeiten, was sie im Unterricht nicht nach Wunsch geleistet haben. Wir halten auch dieses Verfahren für unzulässig, und wir sind überzeugt, daß die Schulverwaltung uns darin bestimmen wird. Mißbilligen muß man solches Allzuviel schon aus gesundheitlichen Gründen, weil ja fünf Unterrichtsstunden hintereinander gerade genug sind, ein Kind zu erschöpfen. Es wird uns versichert, daß gelegentlich sogar am Montag, wo von 8 bis 1 Uhr fünf Unterrichtsstunden gegeben werden und dann von 8 bis 5 Uhr noch zwei Stunden Turnen zu leisten sind, Kinder nach 1 Uhr noch in der Schule bleiben mußten. Mißbilligen muß man aber den Ueberreifer des Fräulein Köppen auch aus Rücksicht auf die Familie, die mit Recht fordern darf, die Kinder nicht über die im Stundenplan festgesetzte Zeit hinaus in der Schule zurückgehalten zu sehen. Wenn eine Lehrerin Kinder sogleich nach dem Unterricht „nachbleiben“ läßt, so wird daheim manches Elternherz durch die unerwartete Verzögerung der Rückkehr des Kindes mit Sorge erfüllt werden. An diese Möglichkeit scheint Fräulein Köppen nicht zu denken, wie sie offenbar auch nicht annimmt, daß die Pausenentziehung den Kindern einen Gesundheitschaden bringen könnte. Desto ausgiebiger sorgt sie sich um das Seelenheil der ihr anvertrauten Kinder. Letzthin fragte sie in der Klasse, wer von den Kindern denn zu Hause zu beten pflege. Als von 45 Kindern 12 die Hand erhoben, war ihr das noch nicht genug. „Ihr müht immer alle häßlich beten“, ermahnte sie die Kinder. Auch das wird von Eltern mit Recht als ein Ufer an unrechter Stelle, als ein ungehöriger Ueberreifer empfunden.

Mit Hinterlassung bedeutender Schulden ist der 80 Jahre alte Schullehrermeister Otto Schulze aus der Aufzinsenstraße Nr. 1 verschwunden. Schulze, ein Junggeheule, war ein Lebemann und ließ viel Geld auf der Rennbahn und bei Gelegenheiten, die damit zusammenhingen. In der letzten Zeit einnahm er von Großschlächtern viel Ware und schob die Zahlung immer wieder hinaus. Seine Lage wurde immer schwieriger, bis er endlich gar keinen Ausweg mehr gefunden zu haben scheint.

Eine umfangreiche Verkehrshörung im Straßenbahnbetriebe ereignete sich am Donnerstag in der Blumen- Ecke der Alexanderstraße. Dort entgleiste der Motorwagen 1623 der Linie 36, Richtung Rosenfelder Tor und verpörrte so die nach der Jannowitzbrücke und der Holzmarktstraße führende Weiche. Da der Wagen trotz aller Anstrengungen von dem Fahrpersonal nicht wieder in die Weiche gebracht werden konnte, mußte ein Rettungswagen der Großen Berliner Straßenbahn requiriert werden, der nach fast einstündiger Arbeit den Motorwagen wieder in die Schienen hob. Die Wagen der Linien 11, 45 und 41 wurden durch die Stralauer Straße und Königsstraße nach dem Alexanderplatz abgelenkt. Die Verkehrshörung betrug 55 Minuten.

Ein raffiniertes Ringknipperpaar treibt an den hiesigen Bahnhöfen sein Unwesen. Die beiden Gauner brandschäben vorwiegend Provinzler, die sie beim Eintreffen derzüge abfangen. Während der eine der Betrüger an das Opfer herantritt und dieses um Feuer bittet, wartet der andere im Hintergrund auf den Moment, wo er einschreiten muß. Der erstere knüpft nun mit dem Reisenden ein Gespräch an und erwähnt dabei auch, daß er fortfahren müsse. Zu seinem „Schreck“ sieht er aber plötzlich, daß er sein Portemonnaie verloren hat. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als seinen goldenen Ring zu versetzen. In diesem Augenblick tritt der Komplize hinzu. Er torjert den Ring und schält ihn auf etwa achtzig Mark. Die beiden Gauner verstehen es fobdann in geschickter Weise, dem Reisenden den an sich wertlosen Ring für eine recht hohe Summe anzudrehen.

Ein großer Silberdiebstahl ist bei dem Major a. D. M., Klopstockstraße 52 verübt worden. Eine aus mehreren Mitgliedern bestehende Diebesbande drang unter Anwendung von Dietrichen und Rockschlüsseln in die unbeaufsichtigte Wohnung ein und durchsuchte sämtliche Räume nach Silbergeräten und anderen Wertobjekten. Den Einbrechern fielen wertvolle Silbergegenstände in die Hände. So stahlen sie beispielsweise eine Fruchtgale im Werte von etwa 700 M., silberne Bekleider, Schmuckgegenstände und eine Visitenkarten-gale im Wert von 400 M.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist der 23 Jahre alte Malergehilfe Otto Hartmann, der bei seinen Eltern in der Anklamer Straße Nr. 52 wohnt. Der junge Mann hatte auf dem Dach des Ostbahnhofs am Ritziner Platz zu tun, brach durch eine Lichtweiche durch und stürzte aus einer Höhe von 25 Meter in die Tiefe hinab. Der Unglückliche wurde innerlich und äußerlich so schwer verletzt, daß er auf der Stelle verstarb.

Einbrecher im Auto. Drei „moderne Einbrecher“ treten gegenwärtig in der Reichshauptstadt auf. Die dreisten Burthen pflegen in einem Auto vorzufahren. Mit langen Reifemänteln, mit Automänteln und Reifenschuhen versehen, betreten sie das Haus, in dem sie für einige Zeit läug zu sein geben. Natürlich ahnt niemand, was die beiden Automobilisten im Schilde führen, und ruhig können die Einbrecher, die die Gelegenheiten zu Diebstählen wahrnehmen, vorher „ausbaldornern“, ans Werk gehen. U. a. stahlen sie einem in der Müllerstraße wohnhaften Schlächtermeister einen größeren Geldbetrag und wertvolle Schmuckgegenstände.

Den Tod im Wasser suchte gestern Abend die 48 Jahre alte, unverheiratete Plätterin Christine Winge aus der Ludauer Straße Nr. 2. Um einem langen und unheilbaren Herzleiden ein Ende zu machen, sprang sie vor dem Hause Luisenufer 21 in den Luisenbädischen Kanal, ging unter und ertrank.

Ein großer Fabrikbrand kam am Freitag, nachmittags 8 1/2 Uhr, in der Chausseestraße 49 gegenüber der Kaserne des 3. Garde-Regiments zum Ausbruch. Auf dem Hofe brannte bei Anbruch der Feuerwehre die Goldbleich- und Wilderrahmenfabrik von Ruhlmann in großer Ausdehnung. Die Flammen hatten an den Vorräten reiche Nahrung gefunden und auch das Dachgebälld erfaßt. Um Luft zu machen mußte die Feuerwehre das Dach an mehreren Stellen einbauen. Die Löscharbeit gestaltete sich unter der Einwirkung der Hitze und des Qualms recht beschwerlich, mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfspritze mußte ständig Wasser gegeben werden. Die Fabrikräume in einer Ausdehnung von acht Fenstern Front sind total ausgebrannt, auch die Kontorräume haben gelitten. Nach Angaben des Personals soll der Brand durch Unvorsichtigkeit zweier Leute beim Anfrühen von Tee entstanden sein. Erst gegen Abend konnte die 4. Kompanie wieder abziehen.

Wer ist der Tote? In einem Fremdenlogis in der Auguststraße erschloß sich gestern mittag ein Gast, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der etwa 28 Jahre alte Mann, der den besten gestellten Reisenden angehört zu haben scheint, war vorgestern Abend eingelehrt. In den Taschen des Toten, der nach dem Schauhause gebracht wurde, fand man ein Notizbuch mit dem Namen R. Thimm.

Auf zweifache Weise hat sich gestern ein unbekannter Selbstmörder um Leben gebracht. Am Ufer der Oberspree sitzend, vergiftete sich der Fremde mit Chankali. Sodann sprang er ins Wasser und ertrank, ehe er gerettet werden konnte. Die Leiche konnte bald darauf gebadet werden. Der Tote ist ein den mittleren Ständen angehörender Mann im Alter von etwa 60 Jahren.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung hielt am 8. Juni eine Sitzung ab, in welcher der stellvertretende Vorsitzende Dr. Heinich die Mitteilung machte, daß der Magistrat sich dem am 20. Mai von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlusse, wonach gegen die von der Aufsichtsbehörde angeordnete Festsetzung des Gemeindefeinkommens für die Zuschläge auf 100 Proz. Einspruch erhoben werden sollte, angeklommen habe. Ferner wird der Magistrat auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung eine Petition an das Abgeordnetenhaus richten, worin um Aenderung der §§ 54 und 55 des Kommunalabgabengesetzes ersucht wird, aus welchem die Behörde befehlsmäßig ihre Befugnis zur Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages hergeleitet hat.

In dem städtischen Gebäude Pfalzburger Straße 23 soll eine neue Gemeindegemeinde, die letzte am Ort, zum Oktober dieses Jahres eröffnet werden. Die Versammlung erklärte sich mit der Vorlage einverstanden.

Weiter stand die Vorlage eines Ortsstatuts gegen die Veranstaltung von Straßen und Plätzen auf der Tagesordnung. Die Annahme des Statuts wurde befehlsmäßig, trotzdem sich in der letzten Sitzung eine geringe Mehrheit dafür fand, durch den Einspruch der Opposition hintertrieben. Sollte die Absicht des Magistrats, der erst zum dritten Teil bebauten Stadt ein möglichst künstlerisches Gepräge zu geben, durch die Vertreter des Grundbesitzes vereitelt werden, so hat die Behörde sich dies selbst zuzuschreiben. Das Streben des Magistrats in der Wohnungsfrage läuft darauf hinaus, nicht nur das Proletariat, sondern auch den kleinen Mittelstand nach Möglichkeit in Wilmerdorf fernzuhalten; und in dieser Tendenz legt die Behörde bei der Verteilung von Baukonzessionen den Grundbesitzern die Pflicht auf, nur Häuser mit größeren Wohnungen, etwa von mindestens fünf Zimmern, zu bauen. Hiergegen hat sich auch allmählich der Unwille der Bauwirtschaft gewandt, und deren Mißtrauen gab der Stadtverordnete Bächtemann bei der Erörterung der Vorlage lebhaften Ausdruck. Es zeugte zwar von wenig Vertrauen in die Kraft der preussischen Selbstverwaltung, als der Stadtverordnete Hartung die Vorlage von einem anderen Standpunkte aus angriß und die Meinung ausdramte, daß die von dem verstorbenen Baukünstler Messel entworfene Häuserfassaden höchst wahrscheinlich verworfen worden wären, wenn sie der Prüfung des Stadtbauamts unterlegen hätten; aber in der Stadtverordnetenversammlung schlug dieser Einwurf durch. Alles Neben des in seinem Fach als tüchtig bewährten Stadtbaurats Herrnzin half nichts; die Versammlung nahm einen von Hartung gestellten Antrag auf motivierten Uebergang zur Tagesordnung an und über-

ließ damit dem Magistrat die Sorge, in abgeschwächter Form einen Gedanken zu verwirklichen, dessen Tendenz vom künstlerischen Standpunkt aus nur gebilligt werden kann.

Ein Vorlage, wonach 12 städtische Kassenboten gegen Verabreichung versichert werden sollen, wurde nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen.

Weiter hatte die Versammlung sich mit einer Magistratsvorlage zu befassen, wonach über die Erbauung eines besonderen Elektrizitätswerkes für die Stadt mit der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen ein Vertrag abgeschlossen werden soll. Das Werk soll an der Ringbahn in der Nähe der Schmargendorfer Gasanstalt errichtet werden. Beachtenswert ist, daß Stadtbaurat Müller in der Beratung der Vorlage dem vielverbreiteten Gerücht von einer bald bevorstehenden Verlegung der Anstalt entgegen trat. Er habe beim Magistrat der Stadt Berlin, der das große Gaswerk befehlsmäßig gebietet, in dieser Angelegenheit angefragt; und da sei ihm der Befehl geworden, daß die Gasdeputation erst kürzlich die neuesten Maschinen für das Werk angekauft habe, und daß in den ersten 30 oder 40 Jahren gar nicht daran zu denken sei, daß das Werk abgerissen und das große Terrain, auf welchem es errichtet ist, verkauft werde. Die Magistratsvorlage wird einstimmig mit der Einschränkung angenommen, daß die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen um die authentische Interpretation einer Vertragsbestimmung ersucht werden soll, welche die Deutung zuläßt, als ob die Stadt bei der Verteilung des Gewinnes aus dem zu errichtenden Werke benachteiligt werden könnte.

Rixdorf.

Der Magistrat beschloß in seiner letzten Sitzung, die Rasenfläche des Herzbergplatzes derart abzufassen, daß der Platz während der von Schülern auf ihm veranstalteten Turnspiele abgesperrt werden kann. — Dem Vorschlage der Schuldeputation, in den diesjährigen Sommerferien die Höhe der Schulfächer Voddinstraße, Prinz-Handjery-Straße, Kaiser-Friedrich-Straße, Welferstraße, Eberstraße, Mühlstraße und Erstraße als Spielplätze versuchsweise in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends dem Publikum freizugeben, schloß sich der Magistrat an.

Charlottenburg.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde vorgestern Abend der Maler Vinzenz Karstunicki. In der Nähe der Dankeimannstraße wurde R. beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem herankommenden Droschkenautomobil erfaßt, niedergebissen und so unglücklich unter den Kraftwagen geschleudert, daß ihm die Räder über Brust und Kopf hinweggingen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Schöneberg.

Folgender Rotzfrei geht uns von Anwohnern der Roggstraße zu: Anfang Oktober 1909 wurde die Roggstraße zwischen Altdreuth- und Eisenacher Straße aufgerissen, um den Tunnel für die Untergrundbahn anzulegen. Infolge des milden Winters ging die Arbeit flott von statten, so daß Ende März 1910 der Fahrdamm zugeschliffen und gepflastert war und die Elektrische wieder in der Straßenmitte fuhr. Nun wurde in der Straße bis Ende Mai nichts mehr gearbeitet; Die Schienen blieben auf dem Bürgersteig eingebaut liegen, der Fahrverkehr war ganz nach dem jeweiligen Bestehen der Kautschuk auf dem Fahrdamm und auf dem Bürgersteig. Ende Mai wurde die Elektrische wieder auf die Bürgersteige geleitet, die Straßenmitte wurde wieder aufgerissen, die dort gelegenen Schienen und die mit vieler Mühe eingerammten Steine entfernt und abgefahren. So liegt die demolierte Straße nunmehr seit Wochen still, kein Arbeiter ist weit und breit zu sehen. Die Straße wird nur durch die liebe Straßenjugend unterbrochen, welche nach Möglichkeit die großen feuerfesten Steine weiter abdrückt und damit unher wirft, so daß es nur als ein Wunder zu bezeichnen ist, daß die vielen Passanten, welche die Straße zu überschreiten gezwungen sind, noch nicht von einem Unfall betroffen wurden. Nun blirke aber eine einst große Verkehrsstraße, welche vor dem Hause Nr. 69 sogar als Steinplättelweg benutzt wird, nicht durch falsche Maßnahmen der Behörde in einen Spiel-, Lummel- und Duddelplatz für die Kinder hergerichtet werden. Die Bewohner sind kaum in der Lage, die Fenster ihrer Wohnungen öffnen zu können, denn jeder Luftzug führt den heißen, ausgetrockneten Sand der freigelegten Straße mit all seinen Krankheitskeimern in die Wohnungen. Alle Geschäfte leiden gleichmäßig unter diesen schrecklichen Zuständen und haben unverkündet größere Einbußen zu erleiden, denn das lauffähige Publikum geht selbstverständlich im weiten Bogen um die zerstörte Straße. Es war nicht möglich, bei dem zuständigen Magistrat Schöneberg eine richtige Auskunft zu erhalten, wann die Beseitigung dieses unhygienischen Zustandes zu erwarten ist.

Hoffentlich gibt der Magistrat eine Erklärung dafür, warum der hier geschilderte Mißstand bereits seit so langer Zeit besteht.

Die schon in der Schuldeputation erwogene Frage, ob man den zur Erholung nach Volldium gefandten Kindern als Ersatz für die Schulverweigerung Unterricht erteilen lassen sollte, hat auch die Wohlfahrtsdeputation beschäftigt. Man war hier der Ansicht, daß man den Kindern die meist nur auf sechs Monate benehene Erholungsfrist nicht durch Lehrstunden verläumern dürfe, der etwa darüber hinaus besonders schwächlichen Kindern gewährte Aufenthalt gäbe natürlich noch weniger Anlaß zu einer solchen Maßnahme. Etwas Versäumtes würde erfahrungsgemäß bald nachgeholt werden können. In besonderen Fällen sollte man mit Genehmigung des Arztes die örtliche Gemeindegemeinde in Anspruch nehmen.

Auf den Wert der hier bestehenden von der Arbeiterschaft geschaffenen Rechtsauskunftsstelle ist schon des öfteren hingewiesen worden. Während in den Privatrechtsbüros die Konsultenden nur zu oft trotz erheblicher Unkosten schlecht beraten werden, finden sie in der Rechtsauskunftsstelle Meininger Straße 9 bei dem Genossen Kofanek jederzeit den gewünschten unentgeltlichen Beistand. Auch die Gerichtsschreiber im Amtsgericht, Brunenwaldstraße 95, Zimmer 27, fertigt unentgeltlich Schriftsätze an und erteilt über Rechtsfragen Auskunft.

Rumelsburg.

Im Cafe Bellevue, Hauptstr. 2 (Zw. S. Tempel), findet heute ein vom Gesangsverein „Vorwärts“ (R. d. A. S. V.) veranstaltetes Gartenkonzert statt. Der Reinertrag dieses Festes soll den ausgeperrten Bauarbeitern überwiesen werden. In Anbetracht des Zweckes wird erwartet, daß die Parteigenossen mit ihren Familien zahlreich erscheinen. Außer dem Konzert und der Vorstellung wird auch der Gesangsverein durch Gesangsvorträge zur Verschönerung des Festes beitragen, so daß jeder Besucher des herrlichen Naturgartens auf seine Rechnung kommen wird.

Nieder-Schönebrücke.

Die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes ist gestern in der Spree hinter Reptinshain gelandet worden. Es ist bisher noch nicht festgestellt, ob der Lebensmüde sich ertränkt hat, denn nach ärztlichem Befund ist es nicht ausgeschlossen, daß der Unbekannte entweder vorher Gift genommen oder aber infolge Vergiftung durch dritte Personen gendert hat, die dann die Leiche ins Wasser geworfen haben. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die Personalien des Toten festzustellen. Die Leiche wurde zwecks Obduktion nach Adlershof übergeführt.

Adlershof.

Die Erziehungspraktiken des Herrn Lehrers Noewes von der hiesigen Anstalt bildeten die Veranlassung zu einer öffentlichen Versammlung, welche am 7. Juni in Wöllsteins Lokal tagte und von circa 700 Personen besucht war. Die vorgelegten Klagen über Mißhandlungen und Verschimpfungen der Zöglinge durch den Lehrer führten dazu, daß eine Kommission verfaßt, auf gutlichem Wege — durch gegenseitige Aussprache in Gegenwart des Leiters der Schule — um Abstellung der Mißstände nachzusuchen. Leider kam dieses löbliche Vorhaben über den Versuch nicht hinaus. Auch die Informaten teil veranw.: Th. Gluck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts

zusätzliche Kreisfunktionsprüfung, bei der darauf Beschwerde geführt wurde, glaubte — es ablehnen zu sollen, mit dritten Personen darüber in Unterhandlung zu treten. Inzwischen ist Herr R. beurlaubt worden.

Nach einem Referat des Genossen Al. Horlig, der in eingehender Weise das System kennzeichnete, das solche Auswüchse zeitigt, nahm die imposante Versammlung folgende Resolution an: „Die heutige von circa 700 Männern und Frauen besuchte Versammlung erhebt energischen Protest gegen die in der Anstalt unseres Ortes vorgekommenen Verschimpfungs- und Mißhandlungsfälle. Die Versammelten sind jedoch der Ansicht, daß dafür weder die einzelne Person, als vielmehr das System, unter welchem die heutige Volksschule geleitet wird, verantwortlich zu machen ist. Die Anwesenden sind überzeugt, daß die Schulfrage nicht allein eine Bildungsfrage, sondern auch eine soziale Frage ist. — Die Versammelten geben sich deshalb das Gelübde, mit allen Kräften für die Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse im Sinne des Sozialismus tätig zu sein. Erst dann werden unsere Schulen wirkliche Volksschulen, Kulturanstalten zur Erziehung und Heranbildung edler Menschen, Pflanzstätten wahrer Bildung und Freiheit sein!“

Friedrichshagen.

Vom Hühnerslag wurde vorgestern in der hiesigen Anstalt ein zwölfjähriger Schüler betroffen. Während des Unterrichts brach der Kleine zusammen. Ein herbeigerufener Arzt stellte Hühnerslag fest und veranlaßte die Ueberführung des Knaben nach dem Krankenhaus.

Pankow.

Die Gemeindevertreterung am Mittwoch vollzog zunächst die Wahl eines unbesoldeten Gemeindevorstandes, wobei sich die Wiederwahl des durch Ablauf seiner Amtsperiode ausgeschiedenen Schöffen Wilhelm Sautze ergab. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung nahmen dann die Gemeindevorleiter in nichtöffentlicher Sitzung sachmännische Vorträge über das neu zu erbauende Elektrizitätswerk entgegen. Die Erörterungen hierüber zogen sich fast drei Stunden hin, so daß der übrige Teil der öffentlichen Tagesordnung vertagt werden mußte. In vorgerückter Stunde kam dann noch die gegenwärtige Wasserklammer zur Sprache, wobei gewissermaßen tröstend darauf verwiesen wurde, daß auch in einzelnen Bezirken Berlins sowie Charlottenburgs sich Wassermangel eingestellt habe. Der Bürgermeister machte Mitteilung, daß in kommender Woche der in Aussicht gestellte weitere Anschluss an das Berliner Leitungsnetz fertiggestellt werden soll. Im übrigen wird größte Sparamkeit im Wasserverbrauch empfohlen. Hierbei gedenkt die Gemeindeverwaltung in der Weise mit gutem Beispiel voranzugehen, daß die öffentlichen Rasenflächen, vor allem diejenigen im Amalien- und Bürgerpark, in der Verpflegung mit Wasser etwas stiefmütterlicher behandelt werden sollen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Wohnungsinpektoria.

Der Staatsausch der Stadt Halle beschloß die Anstellung einer Wohnungsinpektoria, die ihre Hauptaufmerksamkeit auf gesundheits-schädigende Wohnungsverhältnisse richten soll. Das Gehalt wurde mit 2400 bis 3800 M. vorgeesehen.

Die Organisation der Heimarbeiterinnen, die in Wien ihre sechste Hauptversammlung abgehalten hat, zählte Ende 1909 1490 Mitglieder, 490 mehr als Ende 1907, was wesentlich auf Rekrutierung von Ortsgruppen beruht. 2050 Eintritten stehen 1809 Austritte oder Streichungen gegenüber. Eingenommen wurden 1908 und 1909 17 982 Kronen (+ 4258 gegen die beiden Vorjahre), ausgegeben 17 172 Kronen (+ 4592); an Unterstützungen (hauptsächlich Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung) 8567 Kronen bezahlt, dazu für eine Kuristin zur ambulanten Behandlung der Wiener Mitglieder 400 Kronen. Eine Bibliothek wird unterhalten, die „Arbeiterinnen-Zeitung“ den Mitgliedern geliefert. Auch beteiligt sich der Verein an den Unterrichtsorganisationen. 220 Vereins-versammlungen, 534 Vereinsabende und 91 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Die Arbeitsvermittlung des Vereins wird weniger von den Mitgliedern als von Arbeiterinnen anderer Art in Anspruch genommen. Von 1908 angemeldeten Posten wurden 788 vermittelt, darunter 751 Wöchnerinnen und Wöchnerinnen, 42 Mädchen. Mehrere Anträge auf Erhöhung der Unterhaltungs-sätze mußten mangels Einnahmen von der Hauptversammlung abgelehnt werden. Genoffin Bojchel wurde als Vorsitzende wieder-gewählt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr, Doppel-Messe 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn R. G. Baeg: „Biblisch-philosophisches und naturwissenschaftliches Denken“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Montag, 13. Juni, abends 8 Uhr: Beschließende Versammlung in „Al-Berlin“, Blumenstr. 10.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. G. W. Hamburg). Filiale Berlin 5. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Grunow, Dragonerstraße 15: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 6. Sonntag, 12. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Bernke, Kienstraße 123: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. — Filiale Baumgartenweg. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Franz Ködlig, Baumgartenstraße 67: Generalversammlung.

Amsticker Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise nachgehend. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, tote Fische und Seezucht kaum absehbar. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 9. 6.		am 8. 6.		Wasserstand	am 9. 6.		am 8. 6.	
	6. 6.	am 1)	6. 6.	am 1)		9. 6.	am 1)	8. 6.	am 1)
Remel, Mühl	86	-2	86	-2	Saale, Großhau	82	+6	82	+6
Bregel, Unterburg	37	+1	37	+1	Saale, Spandau	50	0	50	0
Beichel, Horn	12	-4	12	-4	Saale, Radenow	41	-1	41	-1
Oder, Ahrbar	113	-2	113	-2	Spree, Sternberg	64	-4	64	-4
• Rottorf	97	-2	97	-2	Spree, Weesow	60	-5	60	-5
• Frankfur	109	-5	109	-5	Spree, Röhden	67	-1	67	-1
• Witten	21	0	21	0	Spree, Witten	1	-1	1	-1
• Landsberg	29	-3	29	-3	Rhein, Maximilianbau	534	+6	534	+6
• Rade	22	+2	22	+2	• Rade	287	0	287	0
• Elbe, Leimert	24	-3	24	-3	• Rade	278	-1	278	-1
• Dresden	-141	-2	-141	-2	• Rade, Weidbrom	85	+25	85	+25
• Bardo	90	-7	90	-7	• Rade, Weidbrom	115	-5	115	-5
• Magdeburg	90	-3	90	-3	• Rade, Weidbrom	56	-2	56	-2

+) + bedeutet Buß, — Fall. Unterpegel.

Witterungsübericht vom 10. Juni 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Schwetende	761.0	SW	3	heiter	21	Nabranba	764.0	SW	2	halb bb.	12
Hamburg	758.0	SW	3	heiter	21	Petersburg	770.0	SW	2	molten	14
Berlin	759.0	SW	1	molten	23	Scilly	759.0	SW	4	bedekt	12
Frankfurt a. M.	756.0	SW	1	Dunst	20	Berdeen	759.0	SW	1	molten	17
München	767.0	SW	4	heiter	18	Bari	766.0	SW	1	molten	16
Wien	759.0	SW	1	molten	22						

Wetterprognose für Sonnabend, den 11. Juni 1910.

Sehr warm, viel Wind, aber veränderlich bei ziemlich lebhaften südlichen Winden und fortwährender Bewölkung.

Berliner Wetterbureau

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Untersuchungshaft und Legalitätsprinzip.

Aus der Justizkommission.

Im weiteren Verlauf der Debatte über den § 148 der Strafprozessordnung rücken in der Justizkommission selbst die Antisemititen von den Rationalisten ab. Die Rationalisten wollen die den Verkehr des Verteidigers mit dem verhafteten Beschuldigten vor der Eröffnung des Hauptverfahrens hemmenden Bestimmungen des Absatz 2 des § 148 im Interesse der Staatsanwaltschaft noch weiter ausdehnen.

Mit der debattierten Annahme der §§ 149 und 150 war das erste Buch: „Allgemeine Vorschriften“ der Strafprozessordnung erledigt.

Sodann trat die Kommission in die Beratung eines Antrages des Zentrums ein, der um statistische Mitteilungen über die Anwendung der Untersuchungshaft für das erste Halbjahr 1908 ersucht. Diese Statistik sollte einen Überblick geben über die Zahl der Fälle der Untersuchungshaft, der Gründe (Macht- oder Kollisionsgefahr), der Art des Abschlusses der Untersuchungshaft und der Dauer.

Die Regierungsvertreter erklärten, eine solche Statistik nicht vorlegen zu können. Einmal seien die ersten über das Reich sich erstreckenden Erhebungen nicht nach diesem sorgfältig gegliederten System, sondern nur allgemein vorgenommen worden, zum anderen werde die Untersuchungshaft in den verschiedenen Oberlandesgerichten derart verschieden angewendet, daß sich schon daraus jede vergleichbare Gegenüberstellung unmöglich mache.

Das zweite Buch der Strafprozessordnung behandelt das Verfahren in erster Instanz und der erste Abschnitt betrifft die öffentliche Klage.

Da kam es beim § 152 zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Nach dem dritten Absatz des Paragraphen kann eine Klage nach Eröffnung der Untersuchung nicht zurückgenommen werden. Die Rationalisten beantragten, daß die Klage unter Zustimmung des Beschuldigten zurückgezogen werden kann.

„In Sachen, die vor den Amtsgerichten ohne Schöffen zu verhandeln sind, kann die Staatsanwaltschaft von der Erhebung der Klage absehen, wenn die Verfolgung des Verdächtigen wegen geringfügigkeit der Verfehlung nicht geboten erscheint.“

Abg. Traeger eröffnete die Diskussion, indem er sich in scharfer Weise gegen die Erweiterung der Staatsanwaltschaftlichen Willkür bei der Erhebung von Anklagen wendete. Genosse Stadthagen begründete darauf in längeren gründlichen Ausführungen den sozialdemokratischen Antrag.

„In Sachen, die vor den Amtsgerichten ohne Schöffen zu verhandeln sind, kann die Staatsanwaltschaft von der Erhebung der Klage absehen, wenn die Verfolgung des Verdächtigen wegen geringfügigkeit der Verfehlung nicht geboten erscheint.“

Abg. Heinze (natl.) erkannte einige der vorgebrachten Bedenken an; er ist aber für den Antrag. — Abg. Graef spricht gegen den § 153 in seiner jetzigen Fassung. Er will aber das Verbot der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung walten lassen; diese solle entscheiden, ob ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung vorliege.

Abg. Heinze (natl.) erkannte einige der vorgebrachten Bedenken an; er ist aber für den Antrag. — Abg. Graef spricht gegen den § 153 in seiner jetzigen Fassung. Er will aber das Verbot der Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung walten lassen; diese solle entscheiden, ob ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung vorliege.

traten Abg. Gröber und unsere Genossen entgegen. Sie verwiesen darauf, wie man bisher aus formalen Gründen dem Reichstag jede Kritik der Rechtsprechungspraxis unmöglich habe machen wollen. — Von den Konservativen trat der Abg. Giese für die Regierungsvorlage ein, der im § 153 einen „gesunden Fortschritt“ erblickte. Zugleich gab Giese seiner Verwunderung über die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten Ausdruck. — Den Ausführungen der Regierungsvertreter gegenüber wies Stadthagen darauf hin, daß wenn man gegen die zu erwartende Milde der Staatsanwaltschaft auf die öffentliche Kritik hoffe, die Folge davon nur neue Klagen wegen Verleumdungen der Staatsanwaltschaft sein würden.

Nach dem § 154 kann die Staatsanwaltschaft von der Erhebung einer Klage auch dann in anderen Sachen absehen, wenn der Beschuldigte wegen einer anderen Tat eine erheblich größere Strafe zu erwarten hat. Ist die Klage bereits erhoben, so kann sie eingestellt, doch nach der Rechtskraft des Urteils in der anderen Sache binnen drei Monaten auf Antrag des Staatsanwalts fortgeführt werden.

Aus Industrie und Handel.

Industrie und Bürgerinn.

Bei der letzten Stadterordnetenwahl in Dortmund eroberten unsere Genossen zum erstenmal einige Sitze. Als bald enthielten sie im Stadtparlament eine unglaubliche Liebesgabenpolitik zugunsten der Großindustrie. Diese Politik wies sie nach beim Elektrizitätswerk, beim Tarif für Kanalanschlässe, hauptsächlich aber beim Wasserwerk. Beim Etat des Wasserwerks konstatierte der sozialdemokratische Redner, daß die Industrie das Wasser zu Preisen geliefert bekomme, die unter die Selbstkosten hinabgehen.

Biehmangel.

Im März d. J. ist die höchste Zahl der jemals geschlachteten Rälber mit 542 000 Stück erreicht worden, also weit über 1/2 Million Rälber in einem einzigen Monat. Hierbei kann naturgemäß für die Zukunft absolut nichts übrig bleiben, denn bei einem Aufbestand von knapp 11 Millionen Rälbern dürften kaum mehr als 7,6 bis 7,7 Mill. Rälber geboren werden.

Weitere Monopolisierungsbestrebungen des amerikanischen Stahltrusts.

Infolge von Preisdifferenzen mit den Eisenhändlern, die daraufhin mit unabhängigen Werken in Verbindung traten, hat der Trust, wie berichtet wird, begonnen, den Warenabsatz in die eigene Hand zu nehmen. Nachdem bereits vor zwei Jahren in New Jersey ein Lager mit Erfolg eingerichtet worden ist, sind nun weitere in Pittsburg, St. Louis und New Orleans gefolgt.

Neue Säbholzfabrik. Obwohl seit mehreren Monaten der Bedarf an Säbholzern infolge der Steuerbelastung abgenommen hat, werden im Ausland, besonders in Ungarn, fortgesetzt neue Säbholzfabriken eröffnet, die in der Hauptsache Aushubtreiben. Vor einiger Zeit ist nun wiederum in Budapest ein größeres Unternehmen ins Leben gerufen worden, welches in wenigen Wochen mit der Fabrikation beginnen wird.

Preisermäßigung. Der belgische Stahlwerksverband beschloß nach einer Meldung des „W. L.“ eine Ermäßigung der Halbzeugpreise aller Sorten um 5,50 Fr. pro Tonne vom 1. Juli ab eintreten zu lassen.

Gerichts-Zeitung.

Ein sich beleidigt fühlender Gendarm.

Vor dem Amtsgericht Lichterfelde wurde am Freitag gegen den Genossen Göhre aus Zehlendorf der Prozeß wegen Gendarmenbeleidigung verhandelt, der vor vier Wochen verlagert worden war, weil neben dem Zehlendorfer Gendarmereiwachmeister Weiß noch einige von ihm benannte Personen über die ihm angeblich zugefügte Beleidigung gehört werden sollten.

Der Angeklagte erklärte, daß er allerdings auch über Weiß, aber in ganz anderen Worten sich geäußert habe. In jenen, von bürgerlichen Vereinen einberufene allgemeine Wählerversammlung seien nach ordentlichem Brauch die Wahlkandidaten aller Parteien gegangen, und neben den anderen sei auch er zum Worte gekommen. Auf die Behauptung eines Redners, daß in Zehlendorf die Sozialdemokraten doch wirklich über nichts zu klagen hätten, habe er erwidert, der Herr könne offenbar die Zehlendorfer Zustände nicht. Er, Göhre, habe dann der Versammlung erzählt, was er selber in gesellschaftlicher Hinsicht und auch mit Behörden durchzumachen gehabt habe, seit er zur Sozialdemokratie übergetreten war.

Dem Gericht gab der Angeklagte auch Auskunft darüber, welchen Vorgang er dabei im Sinne gehabt hatte. Für die Boykottierung des Lokals „Fürstehof“ durch die Zehlendorfer Arbeiterbevölkerung sei wunderlicherweise er als vermeintlicher „Führer“ verantwortlich gemacht worden, obwohl er dabei gar keine „leitende“ Rolle gespielt habe. Gelegentlich habe man ihm sogar ein Strafmandat besorgt, weil er in der Nähe des Lokals unbefugt verweilt haben sollte.

In der Betweiderhebung bekundete Gendarmereiwachmeister Weiß, er habe genau gehört und auch sofort erklärt, daß Göhre die inkriminierte Äußerung getan hatte. Zeuge wurde gefragt, was er denn in jenem Schadenersatzprozeß ausgesagt habe. „Na, alles, was ich beobachtet hatte!“ antwortete er dem Verteidiger. Auf die Frage: „Um welche Vorgänge handelte es sich denn?“ erklärte er: „Das kann ich nicht mehr mit Bestimmtheit sagen.“

Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für überführt und beantragte 100 M. Geldstrafe. Der angebotene Beweis der Wahrheit der gegen Weiß erhobenen Beschuldigung sei als unerheblich abzulehnen, denn selbst wenn die Wahrheit zu beweisen wäre, so sei jene Äußerung eine kraftbare Beleidigung. Der Verteidiger Dr. Heinemann führte aus, der Angeklagte müsse freigesprochen werden, weil der Sachverhalt nicht geklärt sei.

Das Gericht sah die inkriminierte Äußerung als erwiesen an, fällt aber das Urteil: der Angeklagte ist freizusprechen. Die Begründung schloß sich den Darlegungen des Verteidigers an, daß G. in Wahrnehmung berechtigter Interessen handelte, als er den Fall Weiß jenem Redner entgegenhielt, der Zehlendorf als Dorado für Sozialdemokraten schilderte.

Vermischtes.

Die Leiche im Koffer.

Im Comer See haben Fischer mit ihren Netzen einen Koffer aufgefischt, der die Leiche einer Frau enthielt. In der Toten

ist eine Schauspielerin Mary Trillenden Kaste, die im Jahre 1908 in New York wohnte, erkannt worden. Freitagmittag wurde in Roggiano ein gewisser Konstantin Zpalatoff, der aus Petersburg stammt, unter dem Verdacht, an dem mutmaßlich begangenen Verbrechen beteiligt zu sein, verhaftet. Zpalatoff soll sich beim ersten Verhör in Widerspruch verwickelt haben.

Aus der guten Gesellschaft.

Einer Skandalaffäre, deren Akteure der besten Gesellschaft Münchens angehören, ist die dortige Polizei auf die Spur gekommen. Zwei jungverheiratete reiche Herren wurden in einem abgelegenen Teil eines großen Kaufhauses gestern bei einem Vergehen gegen § 175 erfaßt. Der eine sprang aus dem Fenster, um zu entkommen, was ihm aber nicht gelang. Die Polizei teilt mit, daß beide Herren zu einer weitverzweigten Vereinigung gehören, die sich aus den vornehmsten Kreisen Münchens zusammensetzt. Weitere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Und diese Drohnen der Gesellschaft fordern für die Arbeiterklasse Gottesfurcht und fromme Sitten; mit heuchlerischem Augenaufschlag getert man über die zunehmende Unsitlichkeit des Volkes, während es besser wäre, zunächst einmal den Schmutz vor der eigenen Tür zu kehren.

Der doppelte Geist.

Eine originelle Spiritistengeschichte macht gegenwärtig die Runde durch die französischen Blätter. Zwei befreundete junge Ärzte in Le Havre und Rouen hatten zahlreiche Anfeindungen von Seiten der Spiritisten auszuhalten; sie beschloßen deshalb, Rache zu nehmen und gaben sich den Anschein, als hätten sie sich zum Spiritismus bekehrt, indem sie eifrig spiritistische Sitzungen besuchten. Sie verabredeten, an ein und demselben Tage zu ein und derselben Stunde zu Rouen und Le Havre während des Geisterdienstes zu beantragen, daß der Geist des Schäfers Breland, der im achtzehnten Jahrhundert in der Normandie lebte und als Naturheilkundiger weit berühmt war, um sein Erscheinen gebeten werde. — Und der Geist des Schäfers erschien, — sowohl zu Rouen wie zu Le Havre, in ein und derselben Nachtzeit. Jeder der beiden Ärzte stellte an den Geist genau dieselben Fragen, die sie vorher besprochen hatten. Die Fragen waren ein und dieselben, die Antworten, die die Witzbegierigen erhielten, grundverschieden, doch jede in ihrer Art originell.

Kußerdem trug der auferstandene Schäfer in Rouen einen Hohlbart und langherabwallende Silberlocken, während er in Le Havre ein bartloses Gesicht hatte, einen Stab in den

Händen hielt und ihm von der Schulter die Girtenlasche herabhängte. Da nach Aufdeckung des Schwindels einer der jungen Ärzte von den begeistertsten Anhängern der vierten Dimension arg verprügelt wurde, wird der gelungene Spaß noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Unwetter in Ungarn.

Ueber das ungarische Komitat Fehér ging am Donnerstag ein furchtbares Unwetter nieder. In mehreren Gemeinden mußte der Hagel mit Schaufeln weggeräumt werden. In der Gemeinde Egor flüchteten mehrere Frauen unter eine Brücke, um dem entsetzlichen Hagelwetter zu entgehen. Hier mußten sie stundenlang stehen. Das Wasser schwoß immer mehr an und wurde immer reißender. Schließlich riß der zum reißenden Strome angeschwollene Bach mehrere Frauen mit sich fort und dieselben ertranken. In Stuhlweissenburg schlug der Blitz während des Unwetters in mehrere Häuser und entzündete diese, so daß sie total niederbrannten.

Kleine Notizen.

Einen schrecklichen Tod fanden in Harburg a. E. zwei Arbeiter; sie waren in einer Eisfabrik beschäftigt und fielen bei ihrer Arbeit in einen Kessel mit heißem Öl.

Bei dem Stapellauf eines Schiffes auf einer Harburger Werft umschlang eine Seile einen Angestellten und schleuderte ihn in die Luft. Beim Aufschlagen auf den Boden erlitt der Mann so schwere Verletzungen, daß er sofort starb.

Während einer Schwimmbadung in der Militärbadanstalt in Hannover erkrankte der Einjährig-Freiwillige Koehle vom Infanterieregiment Nr. 78. Die Leiche des Verunglückten konnte bisher nicht gefunden werden.

Selbstmord eines Charlottenburgers in Oesterreich. In einem Hotel in Mährisch-Budwitz hat sich der Apotheker Paul Harnisch aus Charlottenburg, der für eine Fabrik chemischer Produkte reiste, vergiftet.

Entdeckung einer Sprengstofffabrik. Nach einer Meldung aus Madrid wurde in Sedilla bei einer polizeilichen Hausdurchsuchung in der Wohnung eines Arbeiters eine geheime Sprengstofffabrik entdeckt. Sieben Personen wurden verhaftet.

Verraubte Post. Zu der gestern von uns gemeldeten Vererbung einer Post in der Nähe von Bjelski wird ergänzend berichtet, daß es sich bei dem Ueberfall um einen von drei Räubern verübten Bombenanschlag handelt. Durch die Explosion der Bombe wurden drei Soldaten der Begleitmannschaft, der Postkillion und zwei Postpferde getötet und zwei Soldaten schwer verwundet. Die Räuber sind mit dem geraubten Gelde entkommen.

Großen Veruntreuungen ist man in einer Brüsseler Bank auf die Spur gekommen. Bisher sind bereits 500000 Franc

veruntreute Gelder beschlagnahmt worden. Die Gesamthöhe der Unterschlagungen sieht noch nicht fest.

Eingegangene Druckschriften.

- „Der Kampf“. Heft 9. Sozialdemokratische Monatschrift Desterreichs. 50 Heller. Wien VI. Mariahilferstr. 80.
- „Der Tropenpflanzer“. Zeitschrift für tropische Landwirtschaft. Nr. 6. Kolonialwirtschaftliches Komitee. Berlin. Unter den Linden 43.
- Die Vorkämpfer in Vergangenheit und Gegenwart. Von Dr. G. Buschan. Strecker u. Schöbner in Stuttgart. Geb. 1 M.
- Die Vorbildung der Juristen. Von E. Hülsmann. 1 M. Duncker u. Humblot, Leipzig.
- Die Provinz Brandenburg in Wort und Bild. Herausgegeben von dem Verlagsverein der Provinz Brandenburg. In Originalleinwand 4 M. J. Neumann, Neudamm.
- Geschäftsgänge nach Hamburger Usancen für den Unterricht in der einfachen und doppelten Buchführung. Von H. Rühl. 40 Pf. C. Neuman, Hamburg.
- Geschäftsbericht des Zentralverbandes des Verbandes deutscher Textilarbeiter. 144 Seiten. Selbstverlag.
- Köln, eine innere Gefahr für den Katholizismus. Von einem Geistlichen. 2 M. H. Walther, Berlin W. 30.
- Camillo Cantori und seine Frauen. Roman von E. Radnussen. 4 M., gebd. 6 M. — Der Volksbegleiter. Roman von R. Haas. 4 M., gebd. 5 M. H. Junfer, Verlag, Charlottenburg, Spelstr. 11.
- „an Gonda“ von Paul Besson, geschmückt von Paul Bornemann, Kommissionsverlag Selter u. Co., Leipzig, Blumengasse. Preis 2 M.
- Die Prostitutions in Deutschland. Von A. Heffen. Umschlagzeichnung von Prof. B. Ziemann. 3 M., gebd. 4,50 M. H. Langen, München.
- Spielnachmittage. Von Prof. H. Radt. 2,40 M., gebd. 2,80 M. — Botanisch-geologische Spaziergänge in die Umgebung von Berlin. Von Dr. B. Gotth. 1,80 M., gebd. 2,40 M. — Jahrbuch 1910 für Volks- und Jugendvoles. Von Prof. H. Radt. 3 M. — Gesundheitskunde. Von Dr. H. Spiller. 2,30 M. — Gesundheitslehre. Von Dr. F. A. Schmidt. 2,80 M. — Sammlung von Aufschriften und Handelszetteln zum Gedächtnis beim Unterricht in den Handelsschulen für kaufmännische Unterrichtsanstalten. Zusammengestellt von Prof. Oberbach. 60 Pf. H. G. Teubner, Leipzig.
- Die Jesuiten nach Windthorst und Wolf. Separatdruck von E. Steger. 158 Seiten. Handelsbucherei, Bamberg.
- Das Tarifvertragswesen im Schneidergewerbe. Anhang. Die Entwicklung unseres Verbandes. 200 Seiten. H. Stähler, Berlin.
- Leodegar, der Birtenhäuter. Von Hermine Gilling. (Volksbücher der deutschen Dichter. Gedächtnisblätter Nr. 27.) 20 Pf., gebd. 50 Pf. Hamburg-Brooktholstel.
- Der Mensch und die Erde. Lieferung 101—105. Herausgegeben von H. Kramer. 120 Liefer. a 60 Pf. Bong u. Co., Berlin.
- Die logischen Grundlagen der exakten Wissenschaften. Von P. Katorp. (Wissenschaft und Hypothese.) Gebd. 6,60 M. H. G. Teubner, Leipzig.
- Vulkanismus und Erdbeben. Von J. B. Messerschmitt. 1 M., gebd. 1,40 M. Strecker u. Schöbner, Stuttgart.
- Der moderne Gesangsunterricht. Eine Kritik von B. Martin. 2 M. H. Konegen, Wien I.
- Jahresbericht des Verbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands 1909. 80 Pf. Verlag B. Kahler, Berlin, Mühlauer Straße 50.

Joseph's

Rixdorf
Berliner
Str. 54/55.

Serien-Woche

Von Sonnabend, den 11. Juni bis Sonnabend, den 18. Juni.

Während dieser Zeit in allen Abteilungen enorme Auswahl zu ganz hervorragenden billigen Einheitspreisen. Die Preise sind bei fast allen Artikeln bedeutend herabgesetzt und bietet dieser Verkauf außergewöhnlich große Vorteile.

Während der Serienwoche im Erfrischungsraum 1 Stachelbeer- oder Erdbeer- oder Eisschokolade 10 Pf. Speiseeis mit Waffel 10 Pf. Zitronen-Limonade naturoll & Glas 5 Pf.

Rabatt- u. Prämien-Marken! Wir bitten um Besichtigung unserer Schaufenster, wo sämtl. angebotene Artikel mit Preisen ausgestellt sind. **Doppelte Vorteile!**

Nur Sonnabend u. Sonntag
Lützower Str. 5a
am Rathaus
Schweinefleisch u. Schuller Pf. 70 Pf.
Rindfleisch, Linsen u. Bohnen 65
Kleinfleisch 95
Rinder-Schmorfleisch Pf. 80 Pf. an
Rehruppe u. Hamm Pf. 75 Pf.
Gervelatwurst 100
5 Pf. gemischte Wurst 3 u. 4 M.
Ehringer Kottwurst Pf. 50 Pf.
Feinere Speck 75

Normalwäsche
für
Damen u. Herren.
Margarete Dietrich
Berlin O.
Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Hüte in allen
Preislagen.
R. Weidner, Hutmacher,
Prinzenstr. 57,
an der Dresdener Str.
Fahrgeld wird vergütet.
Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: H. Gies, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Tuche — Maßanzüge

fertige Herren- und Knabensachen kaufen Sie am billigsten bei der Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17. Unser Bestreben ist es, jeden Zwischenhandel auszuschalten und Tuche wie Anzüge dem Publikum direkt zu äußerst billigen Preisen abzugeben. Maßanzüge — vornehmster Sitz wird garantiert — M. 32,00—85,00, fertige, sehr elegante Herren-Anzüge M. 9,50, Burschen-6,50, Knaben-1,25 an. Phantasiewesten M. 2,20. Elegante Sonntagshose M. 6,00. Stoff zum Anzug M. 5,00, zur Hose M. 2,25 an. Leberjackets 2,25 an. Gummimäntel, sehr leicht, gegen Staub und Regen, 14,50. Lodenpelorien für Touristen 8,50. Waschanzüge für Kinder, große Auswahl, 0,90 an. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Vereins-, Verbands- und Genossenschaftsverbände laden wir im Interesse ihrer Mitglieder noch ganz besonders zur Besichtigung unseres sehr großen Lagers ein. Gern schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufpflicht. Original englische Stoffe billig.

Tuchgesellschaft Kottbuser Damm 16-17.
Vorzeigern dieses Inserats 5 Prozent Rabatt.

Sehr Einkauf von
Drogen, Parfümerien,
Farben, Toiletteseifen usw.
empfehlen sich den meisten „Bormärts-
lesern
Raabe, Droglis,
Steglich, Schügen, Gde Birkenstr.

Ambulatorium für Haut- u.
Beinleiden
für Harn- und Geschlechtskrankheiten
Kottbuserdamm 16-17, täglich 12-1, außer Dienst. u. Feit.
Dr. med. Britz, Spezialarzt.

Spezialhaus für Photographie
Paul Loewe, Dresdener Str. 2,
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Großes Lager in Apparaten und Bedarfsartikeln.

Ringfreie Papiere.
Postkarten 10 Stück 25 Pf.

Tel. IV 10645

Bellevue, Woltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 24655*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

Berlin-Lichtenberg Kohlenvertrieb „Glückauf“
Güterbahnhof Frankfurter Allee.

Ausnahme-Preise
vom 1. Mai bis 31. Juli von 10 Zentner an ab Platz
in nur prima Marken.

Beste Vulkan Halbbestein-Briketts p. Ztr. M. 6,70,	
Hoye	„ „ „ 0,80
Prima Ferdinand Salon-	„ „ „ 0,72, 1000 Stück 6,75
Anker	„ „ „ 0,82, 1000 „ 7,75
„ Anh. Kohlenw. „	„ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
„ Hgo	„ „ „ 0,90, 1000 „ 8,50
„ Brikettbruch, Steinkohlen und Koks billigt.	

Handwagen zur Verfügung.